STARK.

Unser Wahlprogramm für NRW 2017.

DIE LINKE.

Entwurf Landtagswahlprogramm NRW 2017
Beschluss des Landesvorstands am 25.9.2016
als Antrag zum Landesparteitag am 5./6.11.

Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort

II. Armut und soziale Spaltung überwinden

1. Arbeitsplätze: Gut bezahlte feste Stellen schaffen
2. Sozialpolitik: Menschenwürde zur Richtschnur machen
3. Gesundheit: Gute Versorgung im ganzen Land sichern
4. Kinderarmut: Soforthilfe für Familien organisieren
5. Rente: Soziale Sicherheit im Alter garantieren

III. Die Wirtschaft ist für die Menschen da

1. Investieren: Mit der Millionärssteuer wieder handlungsfähig werden
2. Industrie: Arbeit sichern und ökologisch umbauen
3. Forschung: Mehr Zeit und Geld in sinnvolle Entwicklungen stecken
4. Mitbestimmung: Die Wirtschaft demokratisieren
5. Infrastruktur: Den öffentlichen Ausverkauf aufhalten
6. Kommunen: Mehr Geld für die maroden Städte bereitstellen
7. Wohnen: Öffentlich bauen und Mieten bezahlbar machen
8. Verkehr: Fahrscheinlos mit Bus und Bahn das Klima schützen
9. Sport: Dabei sein können ist für alle wichtig

IV. Allen Menschen gute Bildung und Ausbildung garantieren

1. Kita: Kinder gebührenfrei und besser betreuen
2. Schule: Für weniger Druck und mehr persönliche Förderung sorgen
3. Ausbildungsplätze: Mangel beseitigen und Qualität verbessern
4. Hochschule: Mehr Studienplätze und sichere Arbeitsplätze schaffen
5. Weiterbildung: Angebote ausbauen und Personal anständig bezahlen

V. Diskriminierung verhindern und Gleichberechtigung verwirklichen

1. Frauen: Zeit und Arbeit neu verteilen
2. Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen
3. Queer: Gleichstellung und Akzeptanz aller Lebensweisen erreichen
4. Inklusion: Vollständige Teilhabe für Menschen mit Behinderungen ermöglichen

VI. Die Zerstörung unserer Umwelt beenden

1. Umweltschutz: Sich gemeinsam den Konzernen entgegenstellen
2. Landwirtschaft: Nachhaltig produzieren ohne Gifte und Antibiotika
3. Tiere: Mit Respekt behandeln und artgerechter halten
4. Wald: Für gute Luft und Artenvielfalt sorgen
5. Tourismus: Umweltfreundlicher verreisen
6. Wasser: Unsere Lebensgrundlage besser schützen
7. Luft: Schadstoffe vermeiden und für mehr Filter sorgen
7. Energie: Wir brauchen einen sozial-ökologischen Umbau

VII. Rechtsruck aufhalten und Grundrechte stärken

1. Antifaschismus: Gemeinsam Stärke zeigen gegen Neonazis und Rassismus
2. Grundrechte: Demokratie verteidigen, Überwachung stoppen
3. Gewalt: Menschen schützen und Opfern helfen

4. Justiz: Große Fische fangen statt Gefängnis für Schwarzfahren
5. Drogen: Nüchtern aufklären, Cannabis legalisieren
6. Mehr Demokratie: Wahlrecht erweitern, Bürgerentscheide vereinfachen
7. Laizismus: Staat und Religionen konsequent trennen

VIII. Netzpolitik, Medien und Kultur

1. Netzpolitik: Für ein freies Internet, das allen gehört
2. Medien: Die Vielfalt erhalten und Beschäftigte gut bezahlen
3. Kunst und Kultur für uns alle: Schützen, unterstützen und finanzieren

IX. Internationale Solidarität

1. Konsequent für Frieden und Abrüstung
2. Nein zur EU der Banken und Konzerne – Nein zu den Freihandelsverträgen

I Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit diesem Programm zur nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2017 stellen wir unsere Vorstellungen zu den unterschiedlichen Politikfeldern vor. Eingeflossen sind Konzepte von Sozialverbänden und Gewerkschaften, Ideen aus der Umwelt-, der Frauen- und der Friedensbewegung, Forderungen von Menschenrechtsorganisationen und Praxiserfahrungen von Initiativen.

Über der Vielzahl der Themen steht in allen Vorschlägen eine gemeinsame politische Vision. Wir wollen Hoffnung machen für eine andere Gesellschaftsordnung, in der die Politik nicht mehr von den Interessen weniger Superreicher, Banken und Konzerne bestimmt wird, sondern von den Bedürfnissen der Menschen.

In NRW laufen die Verhältnisse immer stärker aus dem Ruder. Immer mehr Menschen sind von Armut betroffen, von prekärer Beschäftigung und einer zunehmend unsicheren Lebensperspektive. In keinem anderen Bundesland ist die Armut in den letzten Jahren derart angestiegen wie in NRW. 20% der Beschäftigten arbeiten inzwischen im Niedriglohnbereich.

Jedes dritte Kind im Ruhrgebiet lebt in Armut. Die Zahl der auf Grundsicherung angewiesenen Rentner*innen hat sich in den letzten 10 Jahren nahezu verdoppelt.

Armut ist keine Naturkatastrophe. Sie ist Ausdruck einer ungerechten Wirtschafts- und Sozialpolitik, die dem Kapitalismus freies Spiel lässt und die Profitmaximierung über das Gemeinwohl stellt. Armut und Reichtum hängen direkt miteinander zusammen. Von den 500 reichsten Deutschen lebt jeder vierte in NRW, ihr Vermögen wird seit Jahren immer größer.

Wenn die Menschen für Niedriglöhne arbeiten müssen, bleiben sie arm, obwohl die Unternehmen Gewinne machen. Wenn Millionär*innen und Milliardär*innen kaum noch Steuern zahlen, ist für die Reparatur der Schulen oder sozialen Wohnungsbau immer weniger Geld vorhanden. Wir brauchen dringend eine gerechtere Steuerpolitik. Zusammen mit immer mehr Organisationen und Verbänden setzen wir uns heute für ein gerechtes Umsteuern ein. Gemeinsam wollen wir aus NRW den Druck auf die Bundespolitik 2017 noch verstärken, damit die Kampagne „UmFAIRteilen“ für die Menschen Erfolg hat.

Wir setzen uns gemeinsam mit Schüler*innen, Auszubildenden, Studierenden und Beschäftigten im Bildungswesen entschieden für Chancengleichheit in Bildung und Beruf ein. Wir streiten für ein Bildungssystem, das alle mit nimmt, gut finanziert ist und eine individuelle Förderung ohne Zeit- und Leistungsdruck gewährleistet. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen und muss gebührenfrei sein.

Während die einen Menschen durch Erwerbslosigkeit, Niedriglöhne und Minijobs nicht genug Geld zum Leben haben, fehlt den anderen die Zeit für die Familie, Freunde und ein gutes Leben. Jedes Jahr müssen Beschäftigte Millionen Überstunden leisten, weil nicht ausreichend Personal eingestellt wird. Wir wollen eine Wirtschaftsordnung, die dem Wohle des Menschen dient. Deshalb setzen wir uns nicht nur für mehr Arbeitsplätze ein, sondern wollen Arbeit und Zeit auch gerecht und sinnvoll umverteilen. Das Ziel ist eine 30-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Das schafft mehr Arbeitsplätze und gibt den Menschen mehr Lebenszeit zurück.

Ein Anfang wäre schon gemacht, wenn der riesige Personalmangel in den Kitas, Schulen, Pflegeheimen und Krankenhäusern behoben würde. Soziale und Erziehungsberufe sind unverzichtbar. Es muss Schluss damit sein, dass diese Berufe als traditionelle Frauenberufe schlechter bezahlt werden. In Nacht- und Nebelaktionen wurden Milliardenbeträge für Banken zur Verfügung gestellt. Doch wenn es um soziale Belange der Menschen geht, dann heißt es immer, es sei kein Geld da.

Wir wollen mit einer groß angelegten Offensive für Investitionen und öffentliche Beschäftigung die kaputte und fehlende Infrastruktur in den Städten sanieren und für die Bevölkerung ausbauen. Alleine die dringend nötige Verkehrswende bietet große Chancen für neue und umweltfreundliche Arbeitsplätze. Immer mehr Menschen wollen mit dem Rad oder mit Bus und Bahn fahren. Das ist auch besser für unsere Umwelt.

Dafür brauchen wir einen erheblichen Ausbau des öffentlichen und fahrscheinlosen Nahverkehrs. Denn auch Mobilität ist für uns ein Menschenrecht!

Ein wichtiges Thema für uns sind bezahlbare Wohnungen. Privatisierungen öffentlicher Wohnungsbestände und Kürzungen im Wohnungsbau haben vielerorts für einen dramatischen Wohnungsmangel und abenteuerliche Mietpreise gesorgt. Wir sagen „Keine Profite mit der Miete“ und fordern, dass Spekulationen und Preistreiberei beendet werden. Wohnen ist für uns ein Grundrecht und keine Ware, an der sich einige wenige auf Kosten der Mieter*innen bereichern dürfen.

Auf die Frage „Wem gehört eigentlich die Stadt?“ lautet unsere Antwort: „Uns allen gemeinsam.“ Die Privatisierung von Grund und Boden muss ein Ende haben. Wir wollen mit den Menschen den öffentlichen Raum zurückerobern. Wir setzen uns für den Bau von 100.000 günstigen Wohnungen jährlich durch das Land und die Kommunen und den Aufbau einer neuen Landeswohnungsgesellschaft ein.

Angesichts der großen Herausforderungen gleicht die Politik der Landesregierung dem Märchen von Hans-Christian Andersen „Des Kaisers neue Kleider“. Der Kaiser ist zwar nackt, doch er lässt sich wegen seiner angeblich neuen prächtigen Gewänder von seinen Untertanen bejubeln. Trotz vollmundiger Versprechungen bleibt die Langzeitarbeitslosigkeit in NRW seit Jahren nahezu unverändert, die Armut steigt weiter und beim Umweltschutz setzt die Landespolitik statt konsequent auf erneuerbare Energien weiter auf Kohle- und Atomstrom. Dies gleicht einem Zug, der in die Vergangenheit fährt, nicht einer Politik, die sich den dringenden Zukunftsaufgaben stellt.

Zu den großen Aufgaben gehört auch ein sozialer und menschlicher Umgang mit eingewanderten und geflüchteten Menschen. In NRW gibt es eine lange Tradition der Einwanderung aus unterschiedlichen Nationen. Das Miteinander funktionierte immer dort gut, wo die Menschen ihre Gemeinsamkeiten in den Vordergrund gestellt und sich gemeinsam für die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebenssituation eingesetzt haben. Ob in der Zeche oder in der Stahlhütte, ob am Fließband oder bei den Verkäuferinnen wurde in NRW immer gemeinsam für soziale Gleichheit, berufliche Perspektiven und gleiche Rechte für alle Menschen gestritten. Das ist auch weiter unser Ziel. Eine solidarische und soziale Politik ist unsere Alternative zu Rassismus und Ausgrenzung.

Wir sind davon überzeugt, dass Integration schwieriger wird, wenn es den Menschen schlecht geht, wenn Arbeitsplätze und Wohnungen fehlen. Wir nehmen die sozialen Sorgen der Menschen sehr ernst. Es die Aufgabe der Politik, die Integration zu organisieren und die Kreise, Städte und Gemeinden hierfür finanziell gut auszustatten.

Doch Rassismus und Ressentiments sind keine Antwort auf die schon lange bestehenden Missstände. Nazis und Rechtspopulist*innen wie die AFD profitieren von der Enttäuschung, die mit der unsozialen Politik der letzten Jahrzehnte gewachsen ist. Doch nicht nur der rechte Rand schürt Ängste und sät Gewalt gegen Geflüchtete, gegen Schwule und Lesben und gegen emanzipierte Frauen. Die Regierungsparteien gießen die Parolen der extremen Rechten regelmäßig in diskriminierende Gesetze oder brüsten sich damit, wer hilfesuchende Menschen am schnellsten abschiebt.

Antifaschismus, Frieden, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte sind für uns unverrückbare Grundpfeiler unserer Politik. Wir setzen uns ein, wir argumentieren und wir streiten auch entschieden für eine gewaltlose Gesellschaft, in der die Menschen über ihre Belange gemeinschaftlich und selbstbestimmt entscheiden. Die brutalste Zerstörung von Mensch und Natur ist der Krieg. Deshalb stellen wir uns konsequent gegen Kriege, Auslandseinsätze und Waffenexporte. Wir wollen auch nicht, dass für militärische Gewalt in unseren öffentlichen Bildungseinrichtungen geworben wird. Seit Jahren unterstützen wir die Kampagne der Friedensbewegung: „Bundeswehr raus aus den Schulen.“

Unser übergeordnetes Ziel bei allen politischen Fragen ist es, den Menschen wieder in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung zu stellen.

Besonders wichtig finden wir, die Menschen dabei zu unterstützen, selbst für ihre Belange aktiv zu werden, den Mund aufzumachen und sich gegen Ungerechtigkeit zur Wehr zu setzen. Wir wollen keine Politik über

die Köpfe der Leute hinweg machen, sondern mit ihnen gemeinsam. Wir wollen die direkte Demokratie ausbauen.

Wir stehen für eine kapitalismuskritische und emanzipatorische Politik. Wir wollen eine gerechte und friedliche Welt ohne Ausbeutung und Krieg. Wir beginnen damit vor unserer Haustür. Wir laden alle Menschen dazu ein, sich im Rahmen eines aufsuchenden und einladenden Wahlkampfes mit uns gemeinsam für diese Ziele einzusetzen.

Zu guter Letzt: Wir wollen natürlich Regierungsverantwortung übernehmen und für die Ziele aus unserem Programm stark machen. Unsere Überzeugungen und Grundsätze werden wir aber nicht über Bord werfen. Wenn in einer neuen Regierungskoalition eine deutliche Absage an neoliberale Politik möglich ist, werden wir dabei sein. Ein „weiter so“ mit Sozialabbau, Stellenkürzungen und Niedriglöhnen ist mit uns nicht zu machen. Ob in einer Regierung oder der Opposition werden wir uns stark machen für eine konsequente Sozial-, Umwelt- und Friedenspolitik.

II. Armut und soziale Spaltung überwinden

Wofür arbeiten wir eigentlich? Für einen guten Lohn? Um das zu produzieren, was wir Menschen zum Leben brauchen, um Menschen zu helfen, sie zu bilden, zu pflegen oder auch zu unterhalten? Wir wollen uns mit Arbeit ein sorgenfreies Leben finanzieren. Wir wollen das tun, was wir gut können in einem guten Klima ohne Angst. Wir wollen dazu lernen, die Gesellschaft zusammen halten und gemeinsam Probleme lösen.

Tatsächlich nutzt unsere Arbeit aber immer mehr den wachsenden Profiten der wenigen Menschen, denen die Unternehmen gehören. 124 der 500 reichsten Deutschen wohnen bei uns in NRW. Sie besaßen 2015 ein geschätztes Privatvermögen von über 145 Milliarden. Bei so viel Reichtum sehen wir nicht ein, dass immer mehr Menschen unter der Armutsgrenze leben.

Es gibt ganze Stadtteile in NRW, in denen über die Hälfte der Kinder in Hartz IV aufwachsen müssen. Das ist gesetzlich verordnete Armut. Uns lässt das keine Ruhe. Wir wollen und wir müssen an diesen Zuständen etwas ändern.

Wir finden gut, dass in letzter Zeit in der Öffentlichkeit viel darüber gesprochen wird, was man gegen die wachsende Armut unternehmen kann. Es gibt dazu viele Vorschläge. Auch die Frage der fehlenden Arbeitsplätze ist ein großes Thema geworden.

Wir haben uns mit Fachleuten aus den Sozialverbänden und Gewerkschaften zusammengesetzt ein Konzept erarbeitet. In unserem Programm zur Landtagswahl stellen wir eine Reihe sehr konkreter Maßnahmen vor, mit denen man gute Arbeitsplätze schaffen und die Menschen aus der Armut herausholen kann. Die Politik muss nur wollen, dann kann sie die Lebensbedingungen der Menschen sehr schnell deutlich verbessern.

Noch wichtiger als klare Ziele und praktische Verbesserungsvorschläge ist es für uns, mit den Menschen gemeinsam aktiv zu sein. Deshalb sind wir mit dabei, wenn sich die Mieterinitiative gegen Zwangsräumungen wehrt und wenn die Erzieher*innen für ein besseres Gehalt auf die Straße gehen. Auch wenn die Verkäufer*innen und ihre Gewerkschaft ein familienfreundlicheres Ladenschlussgesetz vom Landtag fordern, unterstützen wir sie dabei.

Wir finden, Politik braucht eine ehrliche Haltung, klare Ziele, konkrete Schritte und vor allem den direkten Bezug zu den Menschen, um die es geht.

1. Arbeitsplätze: Gut bezahlte, feste Stellen schaffen

Menschen wollen selbstbestimmt, in Würde und ohne Angst vor Armut leben. Dazu gehören Arbeitsplätze, die ein sicheres und gutes Leben ermöglichen. Hierfür fehlen uns in NRW mindestens die 500.000 tariflich bezahlten unbefristeten Arbeitsplätze, die der DGB in seinem Memorandum 2020 fordert. Rund 250.000 Arbeitsplätze in der Industrie sind seit dem Jahr 2000 weggefallen. Zugleich fehlen zehntausende Beschäftigte in Schulen und Hochschulen, Kitas, Krankenhäusern, Pflegeheimen, Jugendzentren...

Die bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familie und Freizeit hat eine immer größere Bedeutung bekommen. Im Unterschied zu früher wollen und müssen Frauen ein eigenes Einkommen haben. Was für die meisten Mütter schwer zu erreichen ist, ist für viele Alleinerziehende nahezu unmöglich: Gleichzeitig Kinder und eine existenzsichernde Arbeit zu haben. Wir wollen das ändern, damit Familien endlich nicht mehr zu kurz kommen.

Die anhaltend hohe Zahl an Erwerbslosen und Aufstocker*innen führt bei vielen Menschen zu Existenzangst. Wo Beschäftigte sich mit Betriebsräten organisieren wollen, gibt es durch die Arbeitgeber*innen vielfach Behinderungen oder Anfeindungen bis hin zu Kündigungen. Auch vor dem öffentlichen Dienst hat dieses Klima der Lohndrückerei durch Angst und Stress nicht Halt gemacht. Unter solchen schlechten Arbeitsbedingungen leiden nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Qualität der Arbeit.

Was tun?

- *Unbefristete armutsfeste Arbeitsplätze mit planbaren Arbeitszeiten schaffen*
- *Löhne durchsetzen, von denen man ohne Transferleistungen nach dem SGB II leben kann*
- *Nachhaltigen Arbeits- und Gesundheitsschutz verankern*
- *Soziale Sicherheit und Freiheit von Diskriminierung für die Beschäftigten schaffen*

Während die einen höchstens einen schlecht bezahlten Minijob ergattern können, arbeiten Vollzeitbeschäftigte tatsächlich meist mindestens 40 Stunden in der Woche. Plus Überstunden und Fahrtzeit bleibt für das eigene Leben, für Kinder, Sport, Kultur und Freizeit vom Tag nur wenig übrig. Wir müssen die Arbeit neu verteilen. Unser Ziel ist eine 30-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit. Die ersten Schritte dahin können sofort beginnen.

Mindestlohngesetz NRW statt Lohndumping und 1 €-Jobs

Zahlreiche Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen haben eigene Mindestlohngesetze eingeführt. Die Gesetze gelten für alle Landesbeschäftigten, alle öffentlichen Aufträge und alle Träger, die öffentliche Zuwendungen erhalten. Gerade NRW als Land mit vielen Niedriglohnbeschäftigten braucht ein solches Signal für eine deutlich höhere Lohnuntergrenze.

Was tun?

- *Ein Mindestlohngesetz für NRW mit einer Lohnuntergrenze von 12 € beschließen*
- *Mindestlohngrenze jährlich an die allgemeine Lohnentwicklung anpassen*

Wer Hartz IV bezieht, wird häufig von den Jobcentern gezwungen, 1 €-Jobs anzunehmen. Diese sind menschenverachtend, weil sie die betroffenen Menschen zwingen, für Hungerlöhne und ohne arbeitsrechtliche Standards wie Kündigungsschutz, Urlaub, etc. zu arbeiten. Von 1 €-Jobs profitieren allein die Maßnahmenträger, bzw. Kommunen. Deshalb fordert DIE LINKE seit langer Zeit die Abschaffung von 1 €-Jobs und ihre Ersetzung durch sozialversicherte und tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse.

Was tun?

- *Ausbeutung durch 1 €-Jobs in NRW beenden*
- *Nur sozialversicherte Tarifarbeitsplätze bei Land, Kommunen und öffentlichen Aufträgen zulassen*

Tarifverträge statt Werkverträge

Sichere Arbeitsverträge und die Einhaltung von Tarifverträgen schützen vor Lohndumping. Sie stärken den Beschäftigten den Rücken, damit sie gemeinsam für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen können.

Immer mehr Unternehmen drücken sich durch Tarifflucht um eine angemessene Behandlung der Belegschaften. Landtag und Landesregierung müssen die Möglichkeiten des Tarifvertragsgesetzes besser ausschöpfen, um Tariflöhne und tariflich geschützte Arbeitsbedingungen in NRW zu stärken.

Was tun?

- *Missbrauch von Werkverträgen gesetzlich stoppen*
- *Tarifflucht aufhalten und Tarifverträge zum Standard machen. Unter anderem durch einfachere Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen*

Feste Stellen statt Leiharbeit und Minijobs

Gut 190.000 Menschen in NRW arbeiten in Leiharbeitsunternehmen. Für sie heißt das meist: Niedrigere Löhne, schlechtere Berufsperspektive und nur selten Übernahme in feste Jobs. Das mittlere Einkommen von Beschäftigten in der Leiharbeit liegt bei nur 57 % des mittleren Einkommens aller Beschäftigten. Die Stammbelegschaften werden immer weiter reduziert und durch wechselnde Leiharbeiter*innen ersetzt.

Was tun?

- *Lohndumping durch Leiharbeit beenden: Gleicher Lohn plus Flexibilitätszuschlag*
- *Verleihdauer auf höchstens 3 Monate begrenzen*
- *Volle Sozialversicherungspflicht von der ersten Arbeitsstunde an gewährleisten*
- *Statt Minijobs sozialversicherungspflichtige, tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse schaffen*
- *Leiharbeit auf Bundesebene per Gesetz zu Gunsten regulärer Beschäftigung verbieten*

Schluss mit dem Missbrauch von Befristungen

Befristete Verträge für ein oder wenige Jahre sind bei Neueinstellungen fast zur Regel geworden. Im öffentlichen Dienst sind sie vor allem an Hochschulen, im Ganztag an Schulen und in Kitas ein häufiges Problem. Darunter leiden nicht nur die Beschäftigten, deren Leben dadurch nicht planbar ist und die in ständiger Sorge um ihren Arbeitsplatz leben. Auch die Qualität der Arbeit wäre ohne diesen Druck und ständige Wechsel auf den Stellen besser.

Was tun?

- *Befristungen von Arbeitsverträgen ohne sachlichen Grund abschaffen*
- *Kettenbefristungen wirksam unterbinden*
- *Hohe Anforderungen für Befristungen mit Sachgrund stellen*

Tariftreue- und Vergabegesetz verbessern

Das Land NRW kann nicht nur als Arbeitgeber von Lehrer*innen oder Polizist*innen, sondern auch bei der Vergabe von Aufträgen durch Land und Kommunen einen Einfluss auf bessere Arbeitsbedingungen nehmen. Dazu hat der Landtag 2011 auf Drängen von LINKEN und Gewerkschaften ein Tariftreuegesetz beschlossen.

Es steht unter ständigem Beschuss von CDU und FDP, die an ihrer Politik der niedrigen Löhne und der wachsenden Armut festhalten und deshalb die Einhaltung von Tarifverträgen entgegen der Realität als bürokratische Zumutung für Arbeitgeber*innen darstellen.

Auch SPD und Grüne stellen unter dem Einfluss von Konzernlobbyisten und Handwerkskammern die Lohnuntergrenze von 8,85 € für NRW in Frage.

Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften das Tariftreuegesetz verbessern und im Landtag von NRW einbringen.

Was tun?

- *Tariftreue bindend bei Aufträgen ab 10.000 € einhalten*
- *Repräsentativen Tarifvertrag bei der Vergabe von Buslinien anwenden*
- *Tariftreue bei Vergabe durch Wirtschaftsministerium und Kommunen überprüfen*
- *Ausbildende Unternehmen fördern*
- *Beschäftigte mit Behinderung fördern*

Mit einer Vorschlagsliste für häufig benötigte Produkte soll das Land den Kommunen außerdem einfacher machen, nur Produkte einzukaufen, die nicht aus Kinder- und Sklavenarbeit stammen und Equal Pay, Koalitionsfreiheit und weitere soziale und ökologische Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entsprechen.

Mehr Respekt und mehr Gehalt: Frauenarbeit aufwerten

Frauen wollen und müssen heute erwerbstätig sein, um die eigene Existenz zu sichern. Auf dem Arbeitsmarkt sind sie aber noch immer vielfach benachteiligt. Vor allem werden Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, systematisch schlechter bezahlt.

In Minijobs oder Teilzeit dient die Arbeit der meisten Frauen bis heute nur der Ergänzung des Familieneinkommens. Selbst Vollzeitstellen reichen in niedrig bezahlten Dienstleistungsberufen nicht zur eigenen Absicherung. Mit nur 47 % Frauen, die erwerbstätig sind, ist NRW auch hier Schlusslicht.

Gerade in den überwiegend von Frauen besetzten Berufen fehlen massenhaft Stellen und Ausbildungsplätze. Das sind die sozialen Dienstleistungen, die Erziehungs- und Pflegeberufe sowie Verkäufer*innen. Wir wollen neue Stellen schaffen und diese besser bezahlen.

Was tun?

- *Aufwertung und gerechte Bezahlung der Sozial- und Erziehungsberufe*
- *Ausbildungs- und Stellenoffensive für Frauen*
- *Arbeit umverteilen, Vollzeit verkürzen und längere Teilzeit anbieten*
- *Arbeitsbedingungen und Personalausstattung in Gesundheit und Pflege verbessern*

Arbeit umverteilen: Kürzere Vollzeit und neue Stellen schaffen

Bund, Länder und Kommunen sind seit Jahren die härtesten Gegner der Beschäftigten, wenn es um Arbeitszeiten und um Arbeitsverdichtung geht. Immer mehr Aufgaben sollen von immer weniger Beschäftigten immer schneller bewältigt werden. Stellen bleiben unbesetzt oder werden ganz gestrichen.

Behörden werden immer bürger*innen unfreundlicher, Bibliotheken und Jugendzentren werden geschlossen. Familien mit Problemen fehlen Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen müssen auf Teilzeitstellen ganze Kita-Gruppen betreuen, und Lehrer*innen sollen 30 verschiedene Jugendliche gleichzeitig individuell fördern.

In den letzten Jahren sind den Beschäftigten immer längere Arbeitszeiten und immer mehr Aufgaben zugemutet worden. Bei den Beamt*innen schreibt das Land NRW in der Arbeitszeitverordnung sogar eine Wochenarbeitszeit vor, die mit 41 Stunden deutlich höher als bei den Tarifangestellten ist. Während Angestellte des Bundes und der Kommunen tariflich 38,5 Wochenstunden leisten müssen, hat die schwarz-gelbe Regierung 2006 für die Angestellten des Landes 39,5 Wochenstunden durchgesetzt.

Diesem Trend wollen wir uns entgegenstellen, mit Perspektive auf die 30-Stunden Woche.

Was tun?

- *Schrittweise Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich und Stellenausgleich*
- *Offensive für Umverteilung der Arbeit hin zur 30-Stunden-Woche starten*
- *Wenn ein Feiertag auf den Sonntag fällt, den Montag arbeitsfrei stellen*
- *Arbeitszeit der Beamt*innen von jetzt 41 Stunden deutlich senken und dafür neue Stellen schaffen*
- *Mehr Stellen entsprechend dem realen Bedarf in Bildung, Sozialem und Gesundheit*
- *Qualifizierungs- und Vollzeitangebote für die unfreiwillig in Teilzeit Beschäftigten*

Ladenöffnungszeiten reduzieren

In NRW dürfen Geschäfte in der Woche rund um die Uhr öffnen, an Samstagen bis 22 Uhr. Der Lebensmitteleinzelhandel öffnet oft von 7 bis 22 Uhr, teilweise bis 24 Uhr. Die längeren Öffnungszeiten werden insbesondere von großen Handelsketten und Konzernen und in den Zentren genutzt. Klein- und Mittelbetriebe in kleineren Orten und den Stadtteilen der Großstädte geraten so unter Druck. Die Grundversorgung in Wohnungsnähe als wichtige Bedingung unter anderem für eine menschen- und umweltfreundliche Verkehrspolitik ist immer weniger vorhanden.

Unternehmen, die von den längeren Öffnungszeiten Gebrauch machen, verstoßen häufig gegen Arbeitszeitbestimmungen tariflichen Mindeststandards.

Die längere Ladenöffnung hat eine Zunahme von prekären Jobs und einen Rückgang regulärer Beschäftigung gebracht. Nur noch 38 % der Einzelhandelsbeschäftigten arbeiten in Vollzeit.

Die heutigen Arbeitszeiten im Handel sind familienfeindlich und schließen die Beschäftigten oft vom sozialen und kulturellen Leben aus. Deshalb unterstützen wir die breite soziale Kampagne für den arbeitsfreien Sonntag und die Gewerkschaft ver.di bei ihren Forderungen für ein sozialeres Ladenschlussgesetz in NRW.

Was tun?

- *Deutlich kürzere Öffnungszeiten im Ladenschlussgesetz festschreiben*
- *Geschlossene Läden und freie Zeit an Sonn- und Feiertagen*
- *Vorhandene Gerichtsurteile zur Sonntagsöffnung berücksichtigen*
- *Kontrolle des Ladenöffnungsgesetzes verstärken*

Mehr Demokratie am Arbeitsplatz

Ohne Betriebsräte endet die Demokratie am Werkstor. Ihre wichtige Arbeit für die Interessen der Beschäftigten muss von der Landesregierung gefördert und vor der Missachtung ihrer Rechte im Unternehmen geschützt werden.

Einige Unternehmen setzen Betriebsräte, Gewerkschaften und Beschäftigte mit Hilfe spezialisierter Anwaltskanzleien durch einen juristischen Kleinkrieg unter Druck. Für solche „Union Busting"-Praktiken gibt es viele Beispiele in NRW. Etwa von Seiten der Fastfood-Kette Burger King oder des Textildiscounters KiK. DIE LINKE NRW steht bei solchen Konflikten immer an der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.

Was tun?

- *Schwerpunktstaatsanwaltschaft NRW zur Verfolgung der Behinderung von Betriebsratsgründung und –arbeit schaffen*
- *Druck auf antidemokratische Unternehmen durch die Landesregierung*

Mitbestimmung im Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) erweitern

Unter CDU und FDP wurden vor 2010 die Mitbestimmungsrechte der Personalräte im öffentlichen Dienst massiv verschlechtert. 2011 wurde das LPVG auf Betreiben der Gewerkschaften mit Hilfe der LINKEN im Landtag wiederhergestellt und verbessert. 2017 muss es verlängert werden. Wir wollen die Mitbestimmung für die Beschäftigten erweitern. Bisher haben die Arbeitgeber noch die Letztentscheidung in Konfliktfällen. Wir wollen stattdessen die Einigung auf Augenhöhe erreichen.

Was tun?

- *Mitbestimmung bei Abmahnungen und Kündigungen einführen*
- *Keine Spaltung mehr in Beamte und Arbeitnehmer zulassen*
- *Zusammenarbeit der Personalvertretungen bei kommunalen Kooperationen fördern*
- *Verbindliche Entscheidung der Einigungsstelle im Konfliktfall festschreiben*

In Kommunen soll die Bildung von Konzernbeschäftigtenvertretungen ermöglicht werden. So können die Personalräte der öffentlichen Verwaltungen mit den Betriebsräten der privatrechtlich organisierten Bereiche (z.B. Stadttöchter als GmbH) miteinander verschränkt werden. Das leisten die bisherigen Konzernbetriebsräte nicht, weil sie nur den privatrechtlich organisierten Bereich erfassen. So könnten die Interessen der Beschäftigten im Gesamtkonzern Stadt wirksamer verteidigt werden, wenn etwa Personalabbau oder Privatisierung auf der Tagesordnung stehen:

Was tun?

- *Gemeinsame Vertretung aller Beschäftigten bei den Kommunen*

- *Bundesratsinitiative zur Zusammenfassung von Vertretungen im Betriebsverfassungsgesetz*
- *Mehr Mitbestimmungsrechte bei Eigenbetrieben und Anstalten öffentlichen Rechts*

Alle diese Forderungen wollen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen diskutieren und im Landtag durchsetzen.

Ausbildung und Beschäftigung statt Massenarbeitslosigkeit und Verelendung

In NRW, besonders im Ruhrgebiet, sind seit Jahrzehnten Arbeitsplätze in großem Stil vernichtet worden. Die verantwortlichen Konzerne sind unter anderem Thyssen-Krupp, Mannesmann, Opel und die Ruhrkohle AG. Sie haben über viele Jahrzehnte mit der Arbeit der Menschen hier Profite gemacht und lassen mit dem Strukturwandel ihre Industrieruinen zurück.

Der Anteil der Erwerbslosen und der prekär Beschäftigten liegt in NRW deutlich über dem Bundesschnitt. Die betroffenen Menschen brauchen dringend eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt.

Bis heute sehen die Regierungsparteien in Bund und Land, SPD, CDU, FDP und Grüne dabei zu, wie die größte Industrieregion Europas nach und nach verarmt.

Das wollen wir beenden. Mit einer groß angelegten Offensive für Investitionen und öffentliche Beschäftigung soll das Land die kaputten Städte, Schulen, Krankenhäuser und Straßen reparieren und modernisieren. Diese Investitionen schaffen Arbeitsplätze und sichern die Zukunftsfähigkeit.

Der Bedarf an Stellen in den Schulen, Kitas, Hochschulen, Krankenhäusern und in der Pflege muss ohnehin dringend gedeckt werden. Die Politik in NRW soll sich endlich darum kümmern, dass die Menschen hier Ausbildung und sichere Arbeitsplätze erhalten.

Wirtschaftspolitisch braucht das Land eine Politik, die industrielle Arbeitsplätze im Strukturwandel sichert und neue Potentiale erschließt. Wärmedämmung und umweltfreundliche Sanierung, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Energieeffizienz-, Recycling und andere umweltfreundliche Technologien erforschen und produzieren stehen auf der To-Do-Liste für neue sinnvolle und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

2. Sozialpolitik: Menschenwürde zur Richtschnur der Sozialpolitik machen

Für uns ist das wichtigste Ziel guter Sozialpolitik, dass alle Menschen frei von Armut leben und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Niemand soll Angst haben, wie er über den Monat kommt oder ob er am nächsten Tag etwas zu Essen hat. Niemand soll mehr im Winter frieren, weil er die Heizkosten nicht bezahlen kann. Keine Familie soll künftig ohne Strom sein, weil der vom Energieversorger abgestellt wurde. Und wenn es nach uns geht, wird auch keine Rentnerin mehr aus ihrer Wohnung geworfen, weil ihre Armutsrente nicht mehr für die gestiegene Miete reicht.

Dabei geht es uns um nicht weniger als das Versprechen im ersten Artikel des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Hartz IV: Die gesetzlich verordnete Armut überwinden

2016 sind es in NRW etwa 1,6 Millionen Menschen, die auf Hartz IV-Leistungen angewiesen sind. Doch zum Leben reicht der Regelsatz von 404 € nicht. Man kann davon gerade eben überleben.

Im Hartz-Bezug hat man keine Wahl, wo und wie man lebt. Die von den Kommunen festgesetzten Wohnkosten reichen oft nur für eine Schlichtwohnung im billigsten Stadtviertel. Der viel zu geringe Kostenanteil für Energie führt zu massenhafter Überschuldung bis hin zu Strom- und Gassperren. Kein Kino, kein Ausflug, kein neues Spielzeug. Mit ein wenig Pech steht man im Winter ohne Strom und Heizung da.

Wer nicht bereit oder in der Lage ist, jede schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen, wird mit Sanktionen abgestraft. Dann gibt es noch weniger Geld. Erniedrigungen, pauschale Verdächtigungen und Schikanen sind trauriger Alltag.

Für uns ist klar: Hartz IV muss einem System ohne Schikanen und Sanktionen weichen. Wir wollen eine sanktionsfreie soziale Mindestsicherung einführen, die mindestens 1050 € in der Summe von Wohn- und Lebenshaltungskosten beträgt.

Um einen direkten Beitrag zur Linderung der Armut im Land zu leisten, soll NRW über den Bundesrat für Verbesserungen sorgen.

Was tun?

- *Erhöhung der Regelsätze auf 520 € sofort*
- *Abschaffung von Sanktionen und Leistungskürzungen*
- *Keine Anrechnung des Kindergelds mehr auf die Leistungen*
- *Verbot von Energiesperren und Zwangsumzügen.*
- *Anpassung der Kosten der Unterkunft an ortsübliche Mieten*

Zwangsumzüge verhindern durch Mietuntergrenzen

Auch wenn die Wohnkosten grundsätzlich von den Kommunen festgesetzt werden, kann das Land Mietuntergrenzen beschließen. So kann es die Kommunen daran hindern, Mietobergrenzen festzulegen, die unterhalb der Mittelwerte der örtlichen Mietspiegel liegen. Die Verschuldung von zigtausenden Hartz IV-Bezieher*innen könnte so verhindert werden. Bislang setzten CDU, FDP, SPD und Grüne in den Landesregierungen auf Verschärfungen statt Verbesserungen. Für DIE LINKE steht dagegen die Beseitigung von Armut ganz oben auf der Liste.

Schluss mit Energiesperren!

Immer mehr Haushalten werden Strom und Gas abgesperrt, weil sie nicht mehr in der Lage sind, ihre Rechnungen zu bezahlen. Wir halten diese Praxis für unzumutbar, weil eine Wohnung ohne Strom oder Gas heutzutage keine menschenwürdige Existenz mehr bietet. Energiesperren verstoßen gegen existenzielle Grundrechte. Dazu wollen wir im Landtag einen Gesetzentwurf einbringen.

Was tun?

- *Verhinderung von Energiesperren*
- *Ein kostenloses Grundkontingent an Energie zur Verfügung stellen*

Sanktionen verstoßen gegen Menschenrechte

Die Sanktionen gegen Hartz IV-Bezieher*innen nehmen in zahlreichen Kommunen NRWs beständig zu. Jobcenter greifen zumeist zu diesem Zwangsmittel, um erwerbslose Menschen zu bestrafen, wenn sie einen Termin versäumt haben oder sich 1 €-Jobs und anderen Maßnahmen verweigern.

Das zu wenige Geld noch weiter zu kürzen, bringt die Betroffenen in akute Notsituationen und verstößt gegen die Menschenrechte. Wir wollen, dass bis zur Änderung der Gesetze auf Bundesebene die Leistungskürzungen im Land ausgesetzt werden (Sanktionsmoratorium).

Was tun?

- *Ein Sanktionsmoratorium für NRW umsetzen*
- *Die Kommunen sollen sich bei den Jobcentern gegen die Sanktionen einsetzen*
- *Landesweit unabhängige Schiedsstellen für alle Sozialleistungen einrichten*

Schuldner- und Insolvenzberatung

Die wachsende Armut in NRW führt dazu, dass sich immer mehr private Haushalte verschulden. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern steigt die Verschuldung in NRW überproportional. Besonders Jüngere, aber auch ältere Menschen sind von einer erhöhten Verschuldung betroffen. Nicht alle Personen, die in einer schuldenbedingten Notlage sind, haben einen offenen Zugang zur Schuldnerberatung.

Was tun?

- *Unabhängige, flächendeckende und kostenfreie Verbraucher- und Schuldnerberatung mit ausreichend Personal sicherstellen*
- *Mehr öffentliche Mittel für Schuldnerberatungsstellen bereitstellen*
- *Präventionsmaßnahmen für jüngere Menschen hinreichend finanzieren*
- *Schuldner- und Budgetberatung für ältere Menschen einrichten*

Sofortmaßnahmen gegen die wachsende Armut

NRW ist das Bundesland, in dem in den letzten 10 Jahren die Armut am stärksten stieg: Von 14 % auf 18 % seit 2006. Im Ruhrgebiet sind bereits zwischen 20 und 25 % betroffen. Besonders betroffen sind Migrant*innen mit 33 %, Alleinerziehende mit 42 % und Erwerbslose mit 58 %. Frauen sind aufgrund niedrigerer Löhne und weniger Erwerbsjahren weit häufiger arm als Männer. Während die Armutsquote bundesweit zuletzt leicht gesunken ist, steigt sie gegen den Trend in NRW weiter an.

Wir wollen nicht länger darüber reden, sondern die Armut wirksam aufhalten. Den Betroffenen muss schnell geholfen werden:

Was tun?

- *Mehr Geld: Aus NRW im Bund für höhere Sozialleistungen und Renten sorgen*
- *Mehr Bildung: Jedem Kind persönliche Förderung in einer guten Ganztagsschule*
- *Mehr Hilfe vor Ort: Investitionsprogramm für Jugendhilfe und Sozialarbeit*

Reichtum gerecht besteuern, um Armut zu überwinden

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben. In NRW ist neben der Armut auch das Vermögen der Superreichen gestiegen. 124 der 500 reichsten Deutschen leben in NRW. Zusammen besaßen sie 2015 ein geschätztes Vermögen von 145,1 Milliarden Euro, und jeder einzelne ein Anlagevermögen von mindestens 250 Millionen Euro. Seit Jahren fordern Sozialverbände und Gewerkschaften, dass große Vermögen gerecht besteuert werden müssen. Aus NRW wollen wir Druck auf die Bundesebene machen, damit das endlich geschieht.

Gerecht umsteuern heißt vor allem, eine höhere Besteuerung der Einkommen oberhalb der Millionengrenze und großer Erbschaften, eine Entlastung von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen, der Geringverdiener, die Abschaffung der Abgeltungssteuer für Kapitalerträge und eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer. NRW und seine Kommunen würden von den Steuereinnahmen sofort profitieren. Wir könnten sowohl die persönliche Armut beseitigen, als auch die kommunalen Haushalte entschulden und sie für ihre sozialen Aufgaben wieder handlungsfähig machen.

Was tun?

- *Bundesratsinitiative für eine gerechte Steuerreform*
- *Landesweiter Sozialpass mit einem Sozialticket für Bus und Bahn für 15 €*

3. Gesundheit: Gute Versorgung im ganzen Land sichern

„Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen. Die Erlangung des bestmöglichen Gesundheitszustandes ist eines der Grundrechte eines jeden Menschen ohne Unterschied der Rasse, Religion, des politischen Bekenntnisses, der wirtschaftlichen und sozialen Stellung."

- Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Wer kennt das nicht? Überfüllte Arztpraxen und Abfertigung wie am Fließband. Brillen, Zahnspangen und Medikamente kosten richtig viel Geld. Schon an den Zähnen der Kinder kann man sehen, ob sie aus einer Familie mit gutem Einkommen stammen oder in Armut leben müssen. Die SPD hat versprochen, keine Zwei-Klassen-Medizin zuzulassen. Tatsächlich ist die Drei-Klassen-Medizin Wirklichkeit. Komfortable Privatversicherungen und Kliniken für die Reichen und eine Grundversorgung für die Normalverdienerin. Die dritte Klasse wird oft übersehen. Das sind die Armen, die nicht mehr zur Ärztin gehen, weil sie sonst den Minijob verlieren, die nicht zur Vorsorge gehen und sich krank sein gar nicht leisten können. 200.000 Menschen in NRW sind sogar ohne Krankenversicherung. Armut macht krank und Krankheit macht arm, diesen Kreislauf wollen wir mit einer besseren Gesundheitsversorgung nah am Menschen durchbrechen. NRW soll sich im Bundesrat stark machen für eine sozial gerechte Gesundheitspolitik.

Was tun?

- *Eine gemeinsame Krankenversicherung schaffen, die alle Menschen gut versorgt*
- *Beamte, Selbständige und Abgeordnete müssen in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen werden*
- *Zuzahlungen bei Brillen, Medikamenten und Zahngesundheit abschaffen*

Das Gesundheitswesen in NRW demokratisch und transparent machen

Für NRW wollen wir eine Gesundheitspolitik, die politische Verantwortung und demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung verbindet. Wir wollen dafür sorgen, dass krank machende Lebens- und Umweltbedingungen beseitigt werden. Eine umfassende Gesundheitsberichterstattung soll helfen, regionale und geschlechtsspezifische Gesundheitsziele in einem Landesgesundheitsplan zu entwickeln und umzusetzen. Die Gesundheitspolitik und die Planung des Landes mit den Kommunen soll dafür sorgen, dass die Menschen wohnortnah erhalten, was sie brauchen. Das Land NRW sollte sich dieser Verantwortung stellen.

Was tun?

- *Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand organisieren*
- *Einen Landesgesundheitsplan mit konkret überprüfbaren Zielen aufstellen*
- *Umfassende und barrierefreie Gesundheitsversorgung für alle Menschen bereitstellen*
- *Prävention und Rehabilitation ausbauen*
- *Anti-Korruptionsbeauftragten im Gesundheitswesen einsetzen*

Gesunde Krankenhausplanung und -finanzierung

Nach Berechnungen der deutschen Krankenhausgesellschaft liegt die gesamte Unterfinanzierung für Investitionen der Krankenhäuser in NRW bei rund 15 Milliarden. Jedes Jahr fehlen etwa 1,3 Milliarden für dringend notwendige Bauarbeiten und technische Anschaffungen. Die Verantwortung tragen CDU und FDP, die in der Landesregierung 2007 die Krankenhausfinanzierung auf Pauschalen umgestellt haben. SPD und Grüne versäumen es seitdem, daran etwas zu ändern. Seit Jahren vernachlässigt das Land seine Pflicht zur Finanzierung der Investitionskosten der Krankenhäuser – zu Lasten der Patient*innen ebenso wie der Beschäftigten.

Wir brauchen für NRW dringend eine solide Krankenhausplanung, die sich am Bedarf der Bevölkerung orientiert. Deshalb sollten Kommunen, Beschäftigte und Patientenvertretungen daran beteiligt werden.

Kommunale Krankenhäuser wollen wir auch dann erhalten, wenn sie sich vermeintlich nicht rechnen. Denn die Menschen brauchen eine gute wohnortnahe Versorgung.

Was tun?

- *Krankenhausplanung durch den Landtag, orientiert an Bedarf und Wohnortnähe*
- *Ausreichende Vorhaltekapazitäten für Notfälle wie Epidemien, Seuchen, Großunfälle*
- *Regionale Zusammenarbeit von Krankenhäusern*
- *Krankenhausfinanzierung des Landes um mindestens 1,3 Mrd. € jährlich erhöhen*
- *Wiedereinführung der antragsbezogenen Einzelförderung statt Baupauschalen*
- *Rückführung des Anteils der Kommunen für die Krankenhausfinanzierung auf 20%*
- *Anwendung des gültigen Tarifvertrages für alle Beschäftigen*
- *Verbindliche gesetzliche Regelungen für ausreichend Personal im Krankenhaus*
- *Erhalt der städtischen und Kreiskrankenhäuser statt weiterer Privatisierung*
- *Rückführung privater Krankenhäuser in die öffentliche Hand*
- *Ausgelagerte Dienste (Reinigung, Küche, Labor) zurück in die öffentlichen Kliniken*

Die Bevölkerung in allen Regionen gut versorgen

Wer auf dem Land lebt, kann die Unterversorgung sehen: Es gibt immer weniger Arztpraxen und Apotheken. Eine medizinische Grundversorgung nah am Wohnort ist vielerorts nicht mehr vorhanden. Das wollen wir ändern.

Dazu können Modelle aus anderen Bundesländern genutzt werden wie beispielsweise das Docmobil, bei dem Ärzte in Kleinbussen unterwegs sind oder speziell geschulte Gesundheitsfachkräfte, die Hausbesuche machen (VERAH). Ein öffentlich gefördertes Fachkräfte-Programm (AGnES) kann durch Übernahme nichtärztlicher Tätigkeiten Ärzt*innen entlasten. Apothekenterminals ermöglichen Kommunikation mit Apotheker*innen per Monitor.

Was tun?

- *Mobile Arztpraxen und vernetzte Filialpraxen*
- *Bessere Kooperation zwischen Krankenhäusern und Arztpraxen*
- *Hausarztunterstützung*
- *Einsatz von speziell geschulten Fachkräften*
- *Barrierefreie Shuttle-Services zu Arztpraxen*
- *Wohnortnahe Apothekenversorgung*

Selbstorganisation und Patient*innenrechte stärken

Neben dem Ausbau des klassischen öffentlichen Gesundheitsdienstes setzen wir uns für die Stärkung der Selbstorganisation chronisch erkrankter Menschen und die Unterstützung ihrer Organisationen ein. Auch die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten von Patient*innen müssen weiter gestärkt werden. Wir wenden uns gegen die noch immer vorhandene Ausgrenzung von Erkrankten (wie z.B. im Bereich HIV/AIDS) und wollen eine Landespolitik, die Vorurteile abbaut und nicht schürt.

Was tun?

- *Bessere Förderung unabhängiger gemeinnütziger Organisationen wie der Krebs- und der AIDS-Hilfen*
- *Unabhängige Beratungsstellen für Frauen, Migrant*innen und LGBTTI*
- *Finanzielle und strukturelle Stärkung der Selbsthilfe im Gesundheitswesen*
- *Demokratische und finanzielle Stärkung des Landespatientenbeauftragten*
- *Aufbau und gute Ausstattung einer unabhängigen Patient*innenberatung in NRW*

Psychische Erkrankungen besser behandeln

Bei immer mehr Erkrankungen handelt es sich um psychische oder psychosomatische Krankheiten – bedingt oder mit bedingt durch Stress, Mobbing, Arbeitsverdichtung und Erwerbslosigkeit. In NRW fehlen hierfür vielerorts psychologische und psychotherapeutische Hilfen.

Die Einführung von Fallpauschalen geht da in eine völlig falsche Richtung. Sie würde die Psychiatrien und damit einen wichtigen Teil des therapeutischen Angebots drastisch schlechter machen. Durch breiten Widerstand aller beteiligten Berufs- und Selbsthilfegruppen konnte die Einführung des PEPP (Pauschalierendes Entgeltsystem für Psychiatrie und Psychosomatik) vorerst verhindert werden.

Wir wollen die Psychiatrien hingegen im Sinne der Patient*innen weiter verbessern. Eine verbindliche und gute Personalausstattung ist im psychiatrischen Bereich besonders wichtig. Psychiatrie am Fließband vernachlässigt den therapeutischen Ansatz und kann die persönliche Lage der Patient*innen oft nicht berücksichtigen.

Was tun?

- *Bessere psychiatrische und psychotherapeutische Versorgungsstruktur*
- *Ein unabhängiges psychosoziales Beratungssystem auf kommunaler Ebene*
- *Die Aufhebung des Sonderplanungsbereichs Ruhrgebiet (Benachteiligung)*
- *Eine Neuordnung der psychotherapeutischen Versorgungsbezirke*

Gutes Leben und Gesundheit für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Familien haben erhöhte Gesundheitsrisiken. Sie leben oft in Stadtteilen mit höherer Lärmbelästigung und stärkeren Umweltgiften. Folgen sind beispielsweise Häufungen von Atemwegserkrankungen, Allergien, frühkindlichen Entwicklungsstörungen, psychosomatischen Erkrankungen mit Kopf- und Bauchschmerzen. Kinder- und Jugendgesundheit für alle zu sichern und herzustellen, ist eine öffentliche Aufgabe.

Was tun?

- *Breitenwirksame Programme für Bewegung und gesunde Ernährung*
- *Landesfinanziertes gesundes Essen in Kindertagesstätten und Schulen*
- *Mehr niedrigschwellige Programme zur Suchtprävention*
- *Flächendeckende Therapieangebote für Suchtmittel konsumierende Kinder und Jugendliche*
- *Strukturelle Verzahnung der Kinder- und Jugendpsychiatrie mit der Jugendhilfe*

Pflege ist wertvoll. Sie muss entsprechend finanziert werden

Pflege ist als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge Aufgabe der Gesellschaft. Wir wollen eine Politik, die gerecht und solidarisch ist und eine menschenwürdige Pflege gewährleistet. Das bisherige Teilkasko-Prinzip in der Pflegeversicherung bedeutet überwiegend körperbezogene „Pflege“ im Akkord. Persönliche und soziale Bedürfnisse bleiben auf der Strecke. In stationären Einrichtungen haben Betroffene kaum Möglichkeiten, sich gegen Fehlverhalten und schlechte Bedingungen zu wehren. Es gibt lediglich ein Anhör- und Beschwerderecht. Menschen mit Pflegebedarf sollten ohne finanzielle Nöte entscheiden können, ob sie von Angehörigen oder von Fachkräften pflegerisch versorgt werden. Wir wollen eine bessere Unterstützung und Absicherung für pflegende Angehörige.

Was tun?

- *Bundesratsinitiative aus NRW: Umfassende Pflegefinanzierung sichern*
- *Weiterer Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für Menschen mit Pflegebedarf*
- *Mehr Mitsprache der Betroffenen über ihre Unterkunft und Verpflegung*
- *Mehr Pflegekräfte ausbilden und einstellen*
- *Bessere Arbeitsbedingungen durch Verordnung über bessere Bezahlung und Fachkraftquoten*

Auch am Lebensende gut versorgt und aufgehoben

Viele Menschen sorgen sich, dass sie am Lebensende oder bei einer schweren Krankheit mit Leid und Schmerz allein gelassen werden oder ihren Angehörigen eine Last sind. Dabei steht fest: Palliativmedizin und gute pflegerische Versorgung am Lebensende können Vielen auch diese letzte Zeit noch lebenswert machen. Hier stehen Lebenszufriedenheit und Leidensminderung im Mittelpunkt. In NRW hat sich in den letzten Jahren eine immer bessere Versorgung mit Hospizen, Palliativstationen und ambulanter Palliativversorgung entwickelt. Diese wollen wir weiter fördern und ausbauen. Die Betroffenen und ihre Angehörigen wollen wir besser über die vorhandenen Möglichkeiten informieren.

Was tun?

- *Hospize und ambulante palliative Versorgung flächendeckend ausbauen*
- *Förderung der Begleitung von Angehörigen Schwerstkranker und Sterbender*

4. Kinderarmut: Soforthilfe für Familien organisieren

„Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Staat und Gesellschaft schützen sie vor Gefahren für ihr körperliches, geistiges und seelisches Wohl. Sie achten und sichern ihre Rechte, tragen für altersgerechte Lebensbedingungen Sorge und fördern sie nach ihren Anlagen und Fähigkeiten."

- Landesverfassung NRW, Artikel 6

Der wachsenden Kinderarmut den Nährboden entziehen

Die Kinderarmut in NRW nimmt zu. Mit fast 450.000 unter 15-Jährigen lebt landesweit fast jedes fünfte Kind in NRW in einem Hartz-IV-Haushalt, in Teilen des Ruhrgebiets ist es sogar jedes dritte. Betroffen sind zunehmend Kinder aus Familien mit zu geringem Erwerbseinkommen. Kinder mit Migrationshintergrund sind häufiger, geflüchtete Kinder fast immer von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Zu 47 % von Armut betroffen sind Alleinerziehende und ihre Kinder.

Deshalb wollen wir auf Bundesebene die Hartz-IV-Regelsätze auch für Kinder auf ein bedarfsgerechtes Niveau anheben, eine eigene Grundsicherung für Kinder einführen und mit einem Mindestlohn von 12 € für soziale Sicherheit der Familien sorgen. Der Druck für diese Maßnahmen im Bund kann und muss vor allem aus NRW kommen.

Was tun?

- *Kindergeld auf 300 € erhöhen, keine Anrechnung auf Hartz IV*
- *Keine Sanktionen für unter 25-Jährige im Hartz-IV-Bezug*

Familienfreundliche Arbeit für Eltern und gute Ganztagsbildung für Kinder

Nicht nur Kinder leiden unter Armut, sondern die gesamte Familie. Für uns haben alle Menschen das Recht auf ein Leben in Würde und sozialer Sicherheit, unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht oder ihrer Herkunft. Kindern zu helfen, bedeutet in erster Linie, dass der ganzen Familie geholfen wird.

Damit es Familien besser geht, brauchen beide Eltern sichere Einkommen und die Kinder bessere Bildungsangebote in guten Kitas und Ganztagsschulen. Bislang haben es vor allem Mütter schwer auf dem Arbeitsmarkt. In NRW ist nur gut die Hälfte der Frauen berufstätig, darunter die meisten in Teilzeit oder

Minijobs. In der Mehrheit der Familien muss der Vater zu lang arbeiten, während die Mutter mit wenigen Stunden das Familieneinkommen ergänzt. Fällt das Haupteinkommen durch Arbeitsplatzverlust weg, ist die Familie schnell von Armut bedroht.

Was tun?

- *Unterstützung der Erwerbsarbeit von Eltern mit einer Arbeitsplatzoffensive*
- *Kürzere Vollzeitarbeit und familienfreundliche Arbeitsbedingungen*
- *Dauerhaftes Wiedereinstiegsprogramm in den Beruf für Alleinerziehende*
- *Teilzeitausbildungsplätze mit Kinderbetreuung*
- *Flächendeckend kostenlose Ganztagsbildung für Kinder in Kitas und Schulen*

Landesweites Vor-Ort-Programm gegen Kinderarmut

Wir schlagen ein landesweites Konzept vor, um Kinder und Familien besonders in benachteiligten Stadtteilen direkt vor Ort zu unterstützen. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist, die Städte und Gemeinden finanziell so zu unterstützen, dass die marode Infrastruktur wieder aufgebaut werden kann. Für kaputte Spielplätze, Jugendzentren und Sportplätze, Büchereien und Schwimmbäder muss wieder Geld in die Hand genommen werden.

Bei der Neugestaltung von Freizeitangeboten sollen Kinder und Jugendliche in die Planung und Gestaltung einbezogen werden.

Was tun?

- *Landesförderung für bestehende und Schaffung neuer Kinder- und Jugendtreffs*
- *Betreute Abenteuer- und Naturspielplätzen für jedes Wetter*
- *Förderung der mobilen Spielbetreuung im öffentlichen Raum (Spielmobil)*
- *Förderung öffentlicher Bolzplätze, Graffitiflächen, Skater- und Streetball-Anlagen*
- *Beratungsstellen für Familien und Jugendliche in benachteiligten Wohnvierteln*

Kinder- und Jugendhilfe schneller und besser machen

Während die sozialen Probleme vieler Menschen wachsen, stellen Land und Kommunen immer weniger Geld für Hilfen zur Verfügung. Diese Negativspirale wollen wir schnell durchbrechen. Familien mit großen Problemen dürfen nicht vom Jugendamt alleine gelassen werden. Wir brauchen Streetworkerarbeit gegen Jugendgewalt und flächendeckende Sozialarbeit in guten Ganztagsschulen, Familien- und Jugendzentren. Bestehende Projekte dürfen nicht länger gekürzt, sondern sollten gefördert und besser ausgestattet werden.

Wir setzen uns für ein Förderprogramm ein, dass Projekte und Strukturen der Familien-, Kinder- und Jugendhilfe langfristig sichert. Vor allem wollen wir die Kommunen so ausstatten, dass die Jugendhilfe vor Ort langfristig finanziell gesichert und verbessert werden kann.

Was tun?

- *Den Kinder- und Jugendförderplan bedarfsorientiert aufstocken*
- *Mehrkosten für gerechte Bezahlung der Sozial- und Erziehungsberufe auffangen.*
- *Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben besser finanzieren*
- *Stärkung der kommunalen Jugendämter als Anwalt der Kinder und Jugendlichen*
- *Stellen der Sozial- und Erziehungsberufe ausbauen und gerecht bezahlen*
- *Ausbau der offenen Kinder- und Jugendarbeit statt befristeter Projekte*
- *Keine Privatisierung, sondern gemeinnützige Träger in der Kinder- und Jugendhilfe*
- *Landesheimrat zur Mitbestimmung in stationären Einrichtungen*

Ausbau der wohnortnahen Kinder- und Jugendpsychiatrie

Der Kinder- und Jugendpsychiatrie fehlt es wie der Jugendhilfe an allen Ecken und Enden. Auch hier benötigen wir in NRW ein Sofortprogramm, um bedarfsgerechte Kapazitäten zu finanzieren. Wichtig ist die Arbeit nach dem Prinzip: Ambulant vor Teilstationär vor Stationär. So kann die Kinder- und Jugendpsychiatrie näher an die Menschen kommen und Familien helfen, Probleme dauerhaft zu lösen. Wir wollen nicht länger zusehen, wie 8-Jährige aus der überfüllten Kinderarztpraxis mit Medikamenten wie Ritalin entlassen werden, damit sie in der Schule besser funktionieren. Wir setzen uns dafür ein, dass Eltern und Kinder mit Fachleuten Ursachen für Verhaltensprobleme erforschen können und gemeinsam einen therapeutischen Lösungsweg finden.

Was tun?

- *Kinder- und jugendpsychiatrische Angebote wohnortnah ohne langes Warten*
- *Verzahnung der Angebote mit der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe*
- *Dauerhafte Finanzierung und bedarfsgerechte Personalausstattung*

5. Rente: Soziale Sicherheit im Alter garantieren

Wer freut sich nicht darüber? Immer mehr Menschen sind nach dem Erwerbsleben immer länger gesund und aktiv. Wirklich darauf eingestellt hat sich unsere Gesellschaft aber noch nicht. Denn ältere Menschen haben eigene Bedürfnisse und wollen selbst über ihr Leben entscheiden. Großeltern sind nicht der Ersatz für fehlende Kitaplätze. Einen 450-Euro-Job machen zu müssen, weil die Rente nicht zum Leben reicht, hat mit Selbstbestimmung so wenig zu tun wie Flaschensammeln mit Freizeitsport. Und ältere Menschen wollen auch dann mobil unterwegs sein können, wenn sie die 100 Meter nicht mehr unter 10 Sekunden laufen. Sie brauchen eine Infrastruktur ohne Barrieren. Auch beim Wohnungsbau müssen die Bedürfnisse der Älteren stärker als bisher berücksichtigt werden.

Und auch, wenn das Ende des Lebens da ist, wollen sie selbst entscheiden können, wo und wie sie sterben. Im Umgang mit alten Menschen, gehen Würde und Respekt in der kapitalistischen Welt des Profits schnell verloren. In der LINKEN arbeiten Junge und Alte gemeinsam daran, dass die Senior*innen in unserem Land selbstbestimmt und sozial gut abgesichert das Leben genießen können.

Was tun?

- *Wohnungsbauprogramme, die auf ältere Menschen abgestimmt sind*
- *Mehrgenerationenhäuser fördern und bauen*
- *Fußwege barrierefrei und Radwege auch für unsichere Fahrer*innen gestalten*
- *Haltestellen barrierefrei mit Dächern und Sitzgelegenheiten (um-)bauen*

Besonders wichtig ist es uns, etwas gegen die zunehmende Altersarmut zu unternehmen. Bundesweit liegt nach dem Armutsbericht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes 2015 die Armutsquote der Rentner*innen mit 15,6 % erstmals in diesem Jahrtausend wieder über dem Durchschnitt der Bevölkerung. Und in NRW sind heute etwa 148.000 Menschen auf die Grundsicherung im Alter angewiesen.

Für sichere Jobs bis zum Rentenalter

Der beste Schutz vor Altersarmut ist eine gute und gut bezahlte Arbeit bis zum wohlverdienten Ruhestand. Doch die Realität sieht für immer mehr Menschen anders aus. Dass 50 % der Betriebe keine Arbeitnehmer*innen über 50 beschäftigen und dass von den Erwerbsfähigen über 55 nur 40 % einen Arbeitsplatz haben, ist beschämend. Über altersgerechte Arbeit sind vor Jahren viele schöne Worte gemacht worden, denen jedoch keine nennenswerten Taten folgten.

So gelten Erwerbslose von 55 Jahren, die noch mehr als 10 Jahre oder mehr bis zur Rente haben, bei der Bundesagentur für Arbeit bereits als faktisch nicht mehr vermittelbar. Daran wollen wir dringend etwas ändern.

In den Betrieben versuchen die Gewerkschaften, Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge durchzusetzen, die älteren Beschäftigten den Zugang zu innerbetrieblicher Qualifizierung sichern, Arbeitsbedingungen so

gestalten, dass sie länger am Arbeitsplatz gesund bleiben und es mit Altersteilzeit bis zur Rente schaffen können. Solche Regelungen verdienen die Unterstützung der Landesregierung.

Was tun?

- *Kostenlose Qualifizierung und Weiterbildung für Menschen ab 50*
- *Förderung der Wieder- und Weiterbeschäftigung von älteren Beschäftigten*
- *Ältere Erwerbslose bei Einstellungen im öffentlichen Dienst berücksichtigen*

Eine Rente zum Leben auch in NRW

Über die Grundlagen der Rentenpolitik wird im Bund entschieden. Doch Altersarmut und die Sorge, dass die Rente nicht zum Leben reichen wird, nehmen besonders in NRW zu. Besonders betroffen sind neben Erwerbslosen Teilzeitbeschäftigte, Leiharbeiter*innen und Beschäftigte mit niedrigem Einkommen. Am häufigsten ist das der Fall bei Alleinerziehenden, Migrant*innen und Frauen.

Doch auch die NRW-Landesregierung steht in der Verantwortung. Sie muss durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik vor Ort die Ursachen zukünftiger Niedrigrenten bekämpfen und sich mit Initiativen im Bund für die Interessen der heutigen NRW Rentner*innen einsetzen. Der Druck auf die Bundesregierung für einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik muss erhöht werden.

CDU, SPD, FDP und Grüne sind gemeinsam verantwortlich dafür, dass gleich mehrere Faktoren nun zur Altersarmut führen: Sie haben 2000 das Rentenniveau von damals 53 % abgesenkt, die Rente erst ab 67 eingeführt und mit Niedriglohnpolitik für zu geringe Einzahlungen gesorgt. Und der gesetzliche Mindestlohn, den die große Koalition nicht zuletzt auf Druck der Gewerkschaften und der LINKEN eingeführt haben, ist für eine armutsfeste Rente viel zu niedrig.

Wir setzen uns ein für eine Umverteilung der Arbeit vor allem durch Verkürzung der Arbeitszeit. Das betrifft nicht nur die Wochenstunden, sondern auch die Lebensarbeitszeit. Perspektivisch streben wir die 30-Stunden-Woche und die Rente ab 60 an. Kurzfristig ist die Rücknahme der Rente erst ab 67 und mindestens die Rückkehr zum Renteneintritt abschlagsfrei mit 65 Jahren wichtig.

Gerade für NRW ist die damit entstandene soziale Schieflage eine so große Belastung, dass wir dringend für Kurskorrekturen sorgen müssen.

Was tun?

- *Die gesetzliche Rente muss wieder ab 65 Jahren den Lebensstandard sichern*
- *Die Rente erst ab 67 Jahren abschaffen*
- *Als Ziel die Rente Lebensstandard sichernd ab 60 Jahren ansteuern*
- *Rücknahme der Rentenkürzung und Rückkehr zu 53 % Rentenniveau*
- *Solidarische Mindestrente aus Steuermitteln von 1050 € netto*

Eine sichere Rente ohne Armutsrisiko ist bezahlbar. Dafür dürften Menschen mit sehr hohen Einkommen von der Versicherung nicht länger ausgenommen werden und Beamt*innen und Selbstständige nicht länger außen vor bleiben. Arbeitgeber*innen müssten wieder die Hälfte der Beiträge zahlen und die steuerliche Förderung der Riester-Rente abgeschafft werden.

Die Fachleute sind sich mit uns einig. Eine solide Rentenversicherung benötigt keinen Riester, dafür aber alle Einkommen.

Was tun?

- *Alle Erwerbstätigen, Abgeordnete, Beamt*innen und Selbständige müssen einzahlen*
- *Keine Obergrenze mehr bei der Heranziehung von Einkommen*
- *Arbeitgeber zahlen wieder die Hälfte der Beiträge*
- *Keine Steuerförderung der Riester-Rente mehr*

- *Freiwillige Umwandlung der Riester-Ansprüche auf eine höhere gesetzliche Rente*
- *Rentenbeiträge auf 21 % anheben**

Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen von zurzeit 3022 € müssten im Monat - wie die Arbeitgeber*innen auch - 35 € mehr an Beitrag in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen. Im Gegenzug fielen für die Beschäftigten die 108 € Riester-Rentenbeitrag weg, die ohne steuerliche Zulagen den für Riester-Renten geforderten 4 % vom Bruttoeinkommen entsprechen.

III. Die Wirtschaft ist für die Menschen da

In NRW ist in den vergangenen Jahren nicht nur die Armut gewachsen, sondern auch der Reichtum von wenigen Superreichen wie den Besitzern von ALDI oder der Familie Grillo. (mehr dazu in Kapitel II.). Die Armut der Vielen und der Reichtum der Wenigen sind im Kapitalismus zwei Seiten derselben Medaille. Wenn die Unternehmen die Menschen für Niedriglöhne arbeiten lassen, bleiben die Menschen arm, obwohl die Unternehmen große Profite machen. Eben diese Entwicklung hat NRW besonders getroffen.

Ein Fünftel der Beschäftigten in NRW arbeitet heute im Niedriglohnbereich. Steuergeschenke an die Superreichen haben gleichzeitig die öffentlichen Kassen geleert.

Das Wirtschaftswachstum stagniert in NRW, da den Menschen die Kaufkraft fehlt und die Kommunen nicht investieren können. Die heftige soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit werden damit längst auch zum Problem für die Wirtschaftsentwicklung.

Für uns bedeutet gute Wirtschaftspolitik: Sich auf die Seite der großen Mehrheit zu stellen und auf eine Wirtschaft hinarbeiten, die den Menschen nutzt und die Umwelt schont.

Wir setzten uns für die Umverteilung des riesigen Reichtums in unserer Gesellschaft und eine echte Demokratisierung der Wirtschaft ein. Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Der von den Arbeitenden produzierte Reichtum würde es problemlos erlauben, eine würdige Existenz für alle hier lebenden Menschen zu gewährleisten. Gemeinschaftsgüter könnten allen Menschen frei zugänglich gemacht werden - von guten Bildungsmöglichkeiten, guter Gesundheitsversorgung und Pflege für alle bis zum kostenfreien Nahverkehr. Der Raubbau an der Umwelt und der Zwang zu unbegrenztem Wirtschaftswachstum könnten beendet, die natürlichen Ressourcen geschont werden.

Kapitalismus, Krieg und Umweltzerstörung sind nicht das Ende der Geschichte.

Eine andere Welt ist möglich. Und wir wollen hier und jetzt das Leben der Menschen verbessern. Viele unserer politischen Vorschläge weisen den Weg in eine alternative Gesellschaft. Schon heute arbeiten an vielen Stellen Menschen für eine solche bessere Gesellschaft. In Betrieben und Gewerkschaften, Hochschulen, Genossenschaften, Stadtteilgruppen und Vereinen. Wir wollen zusammen mit diesen Menschen einer solidarischen Wirtschaft und gerechten Arbeitswelt Schritt für Schritt näher kommen.

Was tun?

- *Sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen*
- *Abkehr von der unsolidarischen und unsicheren Exportorientierung*
- *Orientierung auf den Binnenmarkt nach sozialen und ökologischen Prinzipien*
- *Mehr Demokratie und Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft*

1. Investieren: Mit der Millionärssteuer wieder handlungsfähig werden

Ein armer Staat kann wenig gegen die Armut von immer mehr Menschen unternehmen. Das gilt auch für NRW und seine hoch verschuldeten Kommunen. Wir haben ein Einnahmen- und kein Ausgabenproblem. Der Landeshaushalt und erst recht die kommunalen Haushalte sind für die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben nicht hinreichend ausgestattet. Die Ursache sind die ungeheuren Steuergeschenke an Multimillionäre, Konzerne und Banken von rund 70 Milliarden pro Jahr. Zusätzlich gehen der öffentlichen Hand jedes Jahr geschätzt 100 Milliarden durch den organisierten Steuerdiebstahl und Steuerbetrug der Superreichen verloren.

Um die Einnahmesituation in NRW grundsätzlich zu verbessern, brauchen wir dringend eine andere Steuerpolitik des Bundes. DIE LINKE hat ein Steuerkonzept vorgelegt, das auf eine gerechte Besteuerung der Reichen und Vermögenden setzt und die Mittelschicht entlastet.

Würde ein solches Steuerkonzept umgesetzt, entfielen auf NRW rund 21 Milliarden zusätzliche Steuereinnahmen pro Jahr.

Wir werden im Landtag noch vor der Bundestagswahl im September 2017 eine Bundesratsinitiative für eine gerechte Steuerpolitik einbringen. 2017 kann das Wahljahr für eine Wende in der Steuer- und Wirtschaftspolitik werden. Wir werden entschieden Druck für Verteilungsgerechtigkeit und damit auch weniger Armut und neue Arbeitsplätze machen.

Mehr Steuerprüfer*innen für höhere Einnahmen

Als Teil der Lösung des Einnahmeproblems wollen wir zusätzliche Steuerprüfer einstellen. Fast 90 % der Millionäre in NRW werden auch in diesem Jahr nicht kontrolliert. Auf jeden Betriebsprüfer kommen in NRW derzeit 551 Betriebe. Auch muss NRW in zusätzliche Finanzgerichte investieren, um als Land handlungsfähig gegenüber Konzernen, Banken und den hochbezahlten Wirtschaftskanzleien zu werden, die aus Steuerhinterziehung ein Geschäftsmodell gemacht haben.

Investitionen in Arbeitsplätze statt unsoziale Schuldenbremse

Solange die öffentlichen Haushalte in NRW nicht entsprechend der öffentlichen Aufgaben finanziert sind, ist die Schuldenbremse in NRW weder gerecht noch nachhaltig. Wir lehnen die Schuldenbremse als Kürzungsdiktat und Folge der Milliardengeschenke an Konzerne und die Oberschicht entschieden ab. Die Menschen in NRW brauchen keine schwarze Null, sondern eine Landesregierung, welche die ausufernde Armut der Menschen und Kommunen anpackt und dafür Geld in die Hand nimmt.

Was tun?

- *In marode Infrastruktur und Arbeit investieren*
- *Keine Kürzungen bei Bildung, Soziale Aufgaben, Kultur und Sport*
- *Haushalte durch gerechtere Steuerpolitik sanieren*

Investitionsstau auflösen, neue Arbeitsplätze schaffen

Wer sorgt sich nicht darum? Die Infrastruktur im Land verfällt. Brücken, Straßen, Schulen und öffentliche Gebäude werden nicht mehr in Stand gesetzt. Der Investitionsstau in der öffentlichen und sozialen Infrastruktur ist nicht nur eine schwere Hypothek für die kommenden Jahre. Es ist auch ein stiller Abbau der sozialen Rechte für breite Teile der Bevölkerung: All diejenigen Menschen in NRW zahlen die Zeche für leere öffentliche Kassen, die auf öffentliche Kitas, Jugendzentren und Freizeitbäder, kulturelle Einrichtungen, Schulen oder Bus und Bahn angewiesen sind.

Ein wichtiger Schritt für die Überwindung der sozialen Spaltung in NRW ist ein mutiges Konjunktur- und Investitionsprogramm. So wollen wir die Infrastruktur des Landes erneuern, wichtige Nachfrageimpulse liefern und qualitatives Wirtschaftswachstum in NRW anregen. Wir unterstützen hierzu die Forderung der Gewerkschaften, bis zum Jahr 2020 mindestens 500.000 Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Vorrang hat die Instandsetzung und Instandhaltung vor dem Neubau von Leuchttürmen, Renommier-Projekten und Politikerdenkmälern. Öffentliche Bauprojekte, insbesondere Straßenbau wollen wir nur durchführen, wenn sie ökologisch sinnvoll sind. Für NRW schlagen wir ein konkretes Investitionsprogramm vor, von dem alle profitieren können.

Was tun?

- *Kita- und Schulgebäude, Spiel- und Sportplätze sanieren und ausbauen*
- *Straßen und Wasserleitungen sanieren*
- *Öffentlichen Nahverkehr und Schienennetz sanieren und ausbauen*
- *Arbeitsplätze in Bauwirtschaft, -Handwerk und Zulieferern schaffen*
- *Bildung und Gesundheitswesen mit neuen Stellen verbessern*
- *Neuansiedlungen von Branchen durch bessere Infrastruktur*

Auf dem Weg zur 30-Stunden-Woche

Immer mehr Waren und Dienstleistungen können dank Informationstechnik und Automatisierung in immer kürzerer Zeit hergestellt werden. In einer Wirtschaftsordnung, die dem Allgemeinwohl dient, würde die Produktivitätssteigerung zwei sinnvolle Möglichkeiten eröffnen: Entweder wird mehr produziert, weil mehr gebraucht wird. Oder die Beschäftigten können kürzer arbeiten und bekommen mehr Zeit für sich, ihre Nächsten, Kultur oder Politik. Unsere kapitalistische Wirtschaft orientiert sich nicht am Allgemeinwohl. Die Steigerung der Produktivität führte deshalb zu massenhafter Arbeitslosigkeit. Während tausende Menschen keinen Job mehr finden, arbeiten sich andere kaputt. Unsere Lösung für diese Situation ist die Umverteilung von Arbeit, von der alle Beschäftigten profitieren.

Insbesondere durch den rasanten Fortschritt in der Automatisierung (Industrie 4.0), der Vernetzung von Maschinen untereinander und der Verfügbarkeit aller benötigten Daten in der Cloud wird sich die Arbeitswelt verändern. Industrie 4.0 darf nicht zu einem neuen fehlgeschlagenen Strukturwandel führen.

Wir schlagen eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich vor. Die Idee: Arbeit wird neu verteilt. Unser Ziel ist eine 30-Stunden-Woche für alle. Für Erwerbslose entstehen neue Perspektiven und Arbeitsmöglichkeiten, Beschäftigte in Vollzeit bekommen spürbar mehr freie Lebenszeit und niemand wird mehr zu Minijobs gezwungen. All dies ist jetzt schon umsetzbar: Wenn die Löhne entsprechend der Inflation steigen und die Arbeitszeit in gleichem Maße gesenkt wird wie die Produktivität ansteigt, wäre das ein gangbarer Weg. Der technologische Fortschritt kommt so nicht mehr nur den Besitzern von Unternehmen zugute, sondern der gesamten Gesellschaft. NRW muss sich über den Bundesrat für eine bessere Verteilung der Arbeit stark machen.

Was tun?

- *Arbeit umverteilen durch gesetzliche Reduzierung der Wochenstunden*
- *Politische Initiative aus NRW zur Umverteilung von Arbeit und Gewinnen*
- *30-Stunden-Woche als Ziel einer sinnvollen Verteilung von Arbeit*
- *Um- und Weiterbildungsangebote ausbauen*
- *Bildungsurlaub auf regelmäßige Angebote ausweiten*
- *Infrastruktur an den Bedürfnissen lokal produzierender Betriebe ausrichten*
- *zukünftige Anforderungen an die Infrastruktur frühzeitig mit einplanen*

2. Industrie: Arbeit sichern und ökologisch umbauen

Der Erhalt und der Ausbau der industriellen Kerne in NRW ist eine wichtige Aufgabe. Für uns gilt: Die bestehenden Arbeitsplätze dürfen nicht ersatzlos wegbrechen. Für die bereits vernichteten Arbeitsplätze in der Montanindustrie braucht es Neuansiedlungen, damit die Menschen in den betroffenen Regionen eine Zukunft haben.

Wir wollen neue Industriearbeitsplätze aufbauen, indem die viel zu niedrigen Innovationen und Investitionen in NRW erhöht werden. Unser industriepolitisches Ziel ist eine binnenwirtschaftliche Ausrichtung und sozialökologische Erneuerung der Wirtschafts- und Industriestrukturen mit kleineren Kreislaufstrukturen.

Auf die humane Ausgestaltung des Fertigungskonzeptes „Industrie 4.0“ soll das Land unter Einbeziehung der Gewerkschaften hinwirken. Industrie 4.0 darf nicht zu einem Einfallstor für den Abbau von Arbeitsplätzen, Mitarbeiter*innenüberwachung, Lohndumping, Dequalifizierung und Entgrenzung von Arbeit werden.

Der Schutz von Industriearbeitsplätzen durch eine Industriestiftung NRW

Wenn sich der Erhalt industrieller Produktion für ein Unternehmen nicht kurzfristig rechnet, sind die industriellen Kerne der Region bedroht, mit oft schwerwiegenden, langfristigen Folgen für die Menschen und Kommunen. Das Beispiel der Stahlindustrie im Saarland zeigt aber, dass der Erhalt industrieller Produktion über die kurzfristige betriebswirtschaftliche Logik hinweg sinnvoll ist – sowohl sozial als auch wirtschaftlich.

Als Modell einer LINKEN Industriepolitik für NRW soll das saarländische Erfolgsmodell zur Rettung der industriellen Produktion übernommen und zu einer Industriestiftung NRW weiterentwickelt werden. Wo Industrieproduktion in NRW bedroht ist, wollen wir eine Weiterführung der industriellen Produktion mit Landes- und Bundesmitteln prüfen. Ziel ist der Erhalt und Ausbau einer sozial und ökologisch sinnvollen Industrieproduktion in NRW in öffentlicher Hand.

Der Einsatz öffentlicher Gelder für den Erhalt von Industriearbeitsplätzen ist sinnvoll, wenn dieser nicht zur Absicherung privater Profite sondern dem Erhalt von Produktionsbetrieben dient. Wenn öffentliche Gelder fließen, muss dies zu öffentlichen Beteiligungen durch die Industriestiftung NRW und zur Schaffung von kollektivem Belegschaftseigentum führen.

Mit dem Industriefonds möchte DIE LINKE eine der wichtigsten Fragen unserer Gesellschaft neu stellen: Wem gehören die Unternehmen? Wo nur für den Profit für einigen wenigen gearbeitet wird, bleiben die Interessen der Beschäftigten und der Gesellschaft auf der Strecke. Eine demokratisch organisierte Industrieproduktion, die den Beschäftigten und der Umwelt verpflichtet ist anstatt der den Aktionären, wäre ein Einstieg in diese spannende Frage. Wie wollen wir leben, wie wollen wir produzieren, wie kann Demokratie in der Wirtschaft umgesetzt werden?

Wir möchten modellhaft zeigen, dass Alternativen zum Privateigentum erfolgreich sein können: Vergesellschaftung ist möglich und sinnvoll. Wir befinden uns dabei im Einklang mit der Landesverfassung. Dort heißt es in Artikel 27: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden."

An den demokratischen Entscheidungsprozessen des Industriefonds sollen die Landespolitik, betroffene Kommunalparlamente, die Belegschaften, Gewerkschaften, Betroffenenverbände und Bewohner*innen betroffener Stadtteile beteiligt werden. Die Mitbestimmungsrechte von vielfältigen politischen Akteuren können dazu beitragen, die Akzeptanz für eine demokratisch gesteuerte Industriepolitik zu erhöhen. Wir möchten eine demokratische, nicht-privatwirtschaftliche Produktion als politisches Ziel in NRW populär machen.

Wir setzen und für die Bildung einer Industriestiftung NRW in konkreten Schritten ein.

Was tun?

- *Kapital aufbringen durch NRW-Bank, Sparkassen, bisherige Eigentümer, EU-Mittel, später Gewinnausschüttungen der Tochterunternehmen der Stiftung (Beteiligungen)*
- *Umwandlung von Kapitalzuwächsen in dauerhaftes kollektives Belegschaftseigentum mit entsprechenden Mitbestimmungsrechten*
- *Zeitliche Befristung der Stiftungsbeteiligungen an Unternehmen und Auswertung der Erfahrungen*
- *Belegschaftsvertreter*innen im Stiftungskuratorium*
- *Verbindliche Vereinbarungen über Zahl und Qualität der Arbeitsplätze mit den Gewerkschaften*
- *Weitgehende Demokratisierung durch Einbindung der Belegschaft, von Umwelt- und Verbraucherverbänden sowie der Kommunen*

Zum Schutz von Arbeitsplätzen setzen wir uns weiterhin für ein Verbot von Massenentlassungen bei Unternehmen ein, die nicht insolvenzgefährdet sind.

Zukunftsfonds für Industrieinnovationen

Die Industrie-Stiftung NRW soll über den Schutz von Industriearbeitsplätzen hinaus Innovationen und Investitionen ankurbeln. Ein wichtiges Hindernis für den Aufbau neuer Arbeitsplätze ist die niedrige Investitionsquote in der Industrie, die in NRW im Vergleich mit anderen Bundesländern gering ausfällt. Wir machen uns stark für die Einrichtung eines Zukunftsfonds für Industrieinnovationen als Teil der geplanten Industriestiftung NRW.

Das ist ein Einstieg in eine demokratisch organisierte Industrieproduktion, die den Beschäftigten und der Umwelt verpflichtet ist, nicht den Aktionär*innen.

Was tun?

- *Überkapazitäten in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche übertragen*
- *Sozial-ökologischen Umbau mit Gründungen und Start-ups voranbringen*
- *Unterstützung nur bei Unternehmen mit öffentlicher oder Belegschaftsbeteiligung*

3. Forschung: Mehr Zeit und Geld in sinnvolle Entwicklungen stecken

In NRW investieren kleine und mittlere Unternehmen im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich weniger in Forschung und Entwicklung. Wir wollen diese Unternehmen gezielt fördern, damit hier neue Arbeitsplätze entstehen können. Damit soll die Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten fest verbunden sein. Wichtig für die Ansiedlung neuer Branchen ist, dass das Land sich besser um Forschung und Entwicklung kümmert und hierfür auch mehr Geld investiert.

Wir setzen uns ein für eine öffentliche und unabhängige Forschungs- und Entwicklungspolitik an den Hochschulen in NRW. Dies würde die Drittmittelabhängigkeit der Hochschulen und damit die direkte Auftragsforschung reduzieren. Wir wollen weder Forschung noch Produktion privaten Unternehmen überlassen.

Was tun?

- *Durch öffentliche Förderung erworbene Forschungsergebnisse NRW-Unternehmen zugänglich machen, wenn diese dafür die öffentlichen und Belegschaftsbeteiligungen erhöhen.*
- *Sozialpolitische und ökologische sinnvolle Forschung und Entwicklung fördern*
- *Öffentliche Unternehmen (z.B. Recycling, Logistik, Gesundheit) berücksichtigen*

Kriterien für Wirtschaftsförderung

Wir wollen, dass in NRW keine Wirtschaftsförderung mehr als Gefälligkeit an Unternehmen geleistet wird. Auch die reine Hoffnung, die Förderung könnte sich vielleicht für die Menschen auszahlen, kann uns nach vielen Enttäuschungen im Land nicht reichen. Wirtschaftsförderung muss dem Allgemeinwohl verpflichtet sein.

Wir wollen im Landtag klare Bedingungen beschließen für den Erhalt von Landesmitteln oder Landesbürgschaften. Die wichtigsten Ziele für uns sind die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Tarifbindung, Mindestlöhne und Mitbestimmung im Betrieb.

Was tun?

- *Benachteiligte Gruppen wie ältere Beschäftigte und Erwerbslose berücksichtigen*
- *Ausbildung ist Pflicht, Chancen und Perspektiven für die Jugend*
- *Städte und Regionen, die besonders von Armut betroffen sind, besonders fördern*
- *Ökologisch sinnvolle Wachstumsfelder fördern, z.B. Recycling oder Wärmedämmung*

4. Mitbestimmung: Die Wirtschaft demokratisieren

Es ist gefährlich für die Gesellschaft, wenn die wirtschaftliche Macht von Konzernen so groß wird, dass sie unkontrollierbar wird. Heute haben wir es zu tun mit Lobbyisten, die Gesetzesvorlagen schreiben, große Konzernspenden an Parteien und Geheimverhandlungen für Handelsabkommen, die von Konzernen gelesen werden dürfen aber nicht von gewählten Abgeordneten. Wo wirtschaftliche Macht zu groß wird, erdrückt sie die Demokratie und setzt die Interessen der Reichsten umso rücksichtsloser gegen die Interessen der Mehrheit durch.

Wir finden, auch die Wirtschaftspolitik braucht dringend mehr Demokratie. Wir wollen das Mitbestimmungsgesetz für Kapitalunternehmen verbessern, indem die Rechte der Beschäftigten erweitert werden.

Was tun?

- *Einführung eines sanktionsbewehrtes Lobbyisten-Registers für NRW*
- *Einrichtung einer Arbeiter*innenkammer NRW*
- *Bundesratsinitiative: Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in Aufsichtsräten zugunsten der Beschäftigten*
- *Bundesratsinitiative: Verschärfungen des Kartell- und des Unternehmensstrafrechts*

Die Arbeiter*innenkammer NRW soll unter anderem die Gründung und Arbeit von Genossenschaften, die Entwicklung von Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung sowie den Einfluss der öffentlichen Hand in NRW fördern. Dazu gehört auch ein Programm, das Belegschaftsübernahmen fördert und unterstützt. Auch soll die Arbeiter*innenkammer die öffentlichen Unternehmen dabei begleiten, zu Vorreitern bei der demokratischen Mitwirkung der relevanten gesellschaftlichen Gruppen und bei der Transparenz Ihrer Gremien zu werden.

5. Infrastruktur: Den öffentlichen Ausverkauf aufhalten

Alle öffentlichen Dienstleistungen, mit denen sich Profite erwirtschaften lassen könnten, sind von Privatisierung bedroht unter dem Motto: „Private sind besser, billiger und bürgernäher“. Die Erfahrungen haben in vielen Bereichen aber schmerzlich gezeigt, dass dies reine Propaganda ist und in Wirklichkeit das Gegenteil erreicht wird. Denken wir nur an den öffentlichen Verkehr.

Das Land NRW hat die Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge immer weiter heruntergefahren. Dadurch ist ein riesiger Investitionsstau entstanden. In Krankenhäusern wird nach wie vor in Baustrukturen des vorletzten Jahrhunderts gearbeitet. In Schulen bröckelt der Putz von der Decke. Brücken und Straßen sind teilweise nicht mehr nutzbar. Das kostet die Steuerzahler*innen am Ende viel mehr, als die regelmäßige Instandhaltung und Sanierung.

Öffentliches Eigentum ist eine Frage der Demokratie

Gegen Privatisierungen und für Rekommunalisierung haben sich in NRW vor Ort und auf Landesebene viele Menschen zusammen getan. Beschäftigte und Gewerkschaften, Sozialverbände, Verbraucherschützerinnen und Verbraucherschützer sind seit Jahren gegen den Ausverkauf der Daseinsvorsorge im Einsatz.

Wir sind auch vor Ort mit den Bürger*innen aktiv. In vielen Städten haben wir in den letzten Jahren Bürgerbegehren unterstützt. Die demokratische Kontrolle über die Bereiche der Daseinsvorsorge muss endlich ausgebaut werden. Die Hürden für Bürgerentscheide sind in NRW und den Kommunen leider sehr hoch. Wir setzen uns für mehr direkte Demokratie ein, für verbindliche Volksentscheide und niedrigere Hürden für Bürgerbegehren (siehe Kapitel VII, 5. Mehr Demokratie).

Verkäufe stoppen und rückgängig machen

Neben dem direkten Verkauf von öffentlichem Eigentum gibt es Öffentlich-Private-Partnerschaftsmodelle, die PPP (Public-Private-Partnership). Auch hier werden öffentliche Aufgaben Privatinvestoren überlassen, mit dem „Kompetenzzentrum Infrastruktur“ und dessen „PPP-Task-Force“ sollen Privatisierungen im Land vorangetrieben werden

Weil diese Politik genau in die falsche Richtung geht, wollen wir sie schnell beenden.

Was tun?

- *Keine Privatisierungen mehr, Schließung der „PPP-Task-Force“ des Landes*
- *Unterstützung der Kommunen bei der Rückabwicklung von Privatisierungen*

Sparkassen sollen für alle da sein

Die Niedrigzinsphase, der Anstieg des älteren Bevölkerungsanteils und die Digitalisierung stellen die Sparkassen vor besondere Herausforderungen, die landespolitisch abgesichert werden müssen. An dem bewährten System regionaler Verankerung und gesellschaftspolitischer Verantwortung wollen wir festhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sparkassen in der Fläche erhalten bleiben und allen Menschen zur Verfügung stehen.

Was tun?

- *Staffelung der Gebühren zur Entlastung von Menschen mit geringem Einkommen*
- *Senkung der Zinsen für Dispokredite*
- *Basiskonto für Geflüchtete und Wohnungslose*
- *Erhalt der Filialen in der Fläche*
- *Begrenzung der Bezüge von Vorstandsmitgliedern*
- *Transparenz über Spenden und Sponsoring*

6. Kommunen: Mehr Geld für die maroden Städte bereitstellen

Kindergärten, Krankenhäuser, Schulen, Stadtbibliotheken, Theater, Grünflächen, Öffentlicher Nahverkehr oder Straßen, das alles und noch viel mehr wird über die kommunale Selbstverwaltung in den Kommunen gestaltet – oder eben nicht gestaltet. Vor allem weil die Kommunen seit Jahren systematisch unterfinanziert sind.

Die Kommunen in NRW haben Ende 2015 einen Schuldenberg von 62 Milliarden – davon 26,4 Milliarden Kassenkredite – aufgehäuft. In vielen Kommunen in NRW geht gar nichts mehr: Kommunale Infrastruktur wird vernachlässigt oder gar bewusst aufgegeben, weil das Geld fehlt.

Auch die Sozialpolitik folgt der Kassenlage: Während auf der einen Seite notwendige Angebote, Projekte und Einrichtungen wie Jugendzentren, öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken etc. dicht gemacht, Schulen nicht mehr saniert oder Spielplätze wegen Sanierungsbedarf abgesperrt werden, steigen auf der anderen Seite Abgaben und Gebühren wie z.B. die Grundsteuer, Müllabfuhr, Straßenreinigung aber auch Eintrittsgelder für Museen, Schwimmbäder oder Kultureinrichtungen.

Darunter leiden ganz besonders die Armen und auch normalverdienende Menschen. Denn nicht jeder hat den Luxus, sich eine private Bibliothek oder einen Swimmingpool zu leisten, nicht jede Familie kann wegfallende Angebote der Jugendzentren aus eigener Tasche bezahlen.

Deshalb sagen wir: Nur Reiche können sich arme Städte leisten. Wir streiten für lebenswerte Städte mit einem vielfältigen sozialen und kulturellen Angebot, in denen alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Die kommunale Finanznot hat vielfältige Ursachen, doch der deutlich überwiegende Teil der kommunalen Schulden gehen auf Entscheidungen im Bund und im Land zurück. Sie erhalten zu wenig Mittel, dafür aber

immer mehr Aufgaben. Beim schleppenden Kita-Ausbau und den Verschlechterungen für die Kommunen, die Kinder und die Beschäftigten durch das Landesgesetz KiBiz ist diese Problematik deutlich spürbar.

Der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen des Landes wurde von früher 28% nach und nach auf nur noch 23% reduziert.

Für uns ist eine zentrale Aufgabe, im Landtag von NRW mit dafür zu sorgen, dass die Kreise, Städte und Gemeinden für ihre Aufgaben genügend Mittel erhalten.

Was tun?

- *Den kommunalen Steueranteil von 23% wieder auf 28% zurückführen*
- *Mitwirkungsrecht für die Kommunen bei sie betreffende Entscheidungen*
- *Mehr kommunale Ausgaben als Pflichtaufgaben anerkennen*

Die Kommunen entschulden und handlungsfähig machen

Der sogenannte „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ist ein vergiftetes Geschenk für die betroffenen Kommunen. Anstatt die Einnahmen der Kommunen dauerhaft zu erhöhen, werden die beteiligten Kommunen zu drastischen Kürzungsmaßnahmen gezwungen.

Die verbindlichen Kürzungsaufgaben führen zu Zwangsbewirtschaftung und bedeuten für die betroffenen Kommunen die Abschaffung der Selbstverwaltung. Dadurch sind zentrale kulturelle und soziale Dienstleistungen vor Ort vom Rotstift bedroht. Dabei wären Zukunftsinvestitionen in den Kommunen bitter nötig, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern und öffentliche Nachfrage zu schaffen. Wir wollen einen echten finanziellen Rettungsschirm für die Kommunen.

Was tun?

- *Sogenannten Stärkungspakt zurücknehmen*
- *Entschuldungsfonds für die Übernahme der Altschulden der Kommunen*
- *Bundesinitiative: Gerechte Gemeindewirtschaftssteuer statt Gewerbesteuer*

Städte und Regionen für alle

Die Regionen Nordrhein-Westfalens sehen sich vielfältigen und unterschiedlichen Problemen gegenüber: Während die meisten Städte des Ruhrgebietes über viele Jahre hinweg Einwohner*innen-Verluste zu verzeichnen hatten, wächst die Bevölkerung in anderen Städten, beispielsweise im südlichen Rheinland. Die soziale Lage ländlicher Regionen unterscheidet sich von derjenigen in den Großstädten. Es kann also keine einheitlichen Entwicklungsstrategien für alle nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden geben.

Wir brauchen regional unterschiedliche Förderprogramme und Strategien. Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen und eine nachhaltige Raumentwicklung. Regionale Kooperationen wollen wir stärken, denn in vielen Fällen lassen sich die kommunalen Aufgaben nicht in den Grenzen einer Stadt oder eines Kreises bewältigen.

Am Verkehrsverbund Rhein-Ruhr kann man sehen, dass hier großer Handlungsbedarf ist. Weder die Fahrpläne noch die Spurbreiten der Straßenbahnen passen hier zusammen.

Es ist im Sinne der Menschen in NRW an der Zeit, kommunale Standortkonkurrenzen zu überwinden und zusammen zu arbeiten. Nur so kann NRW sozialer und umweltfreundlicher werden.

Was tun?

- *Bessere Bedingungen für Zusammenarbeit zwischen Stadt und Umland*
- *Stärkung von Landschafts- und Regionalverbänden*
- *Demokratisierung der Landschaftsverbände und Direktwahl der Abgeordneten*
- *Starke sozial vernünftige Landesplanung statt kommunaler Konkurrenz*

DIE LINKE NRW steht für solidarische Städte in Nordrhein-Westfalen

Die soziale Spaltung zieht sich unübersehbar auch durch die Stadtgesellschaft. Menschen mit geringem Einkommen, Erwerbslose und Eingewanderte leben in bestimmten Stadtteilen, die zunehmend von Armut und Zerfall der Infrastruktur geprägt sind. Sie können ein Leben in anderen Vierteln nicht bezahlen.

Demgegenüber zieht es diejenigen mit besseren Einkommen zunehmend in die Gegenden, wo die Mieten für die ärmere Bevölkerung unbezahlbar sind. Es findet immer weniger soziale Durchmischung statt. Die Unterschiede etwa zwischen den Grundschulen der verschiedenen Stadtteile sind unübersehbar.

Was tun?

- *Vom Land geförderte Stadtplanung zur sozialen Durchmischung*
- *Langfristige Förderung benachteiligter Stadtteile durch Bund, Land und EU*
- *Besondere Förderung der Infrastruktur in benachteiligten Stadtteilen*

Soziale und nachhaltige Politik braucht öffentlichen Grund und Boden

Das Privateigentum an Grund und Boden ist eines der zentralen Hindernisse für eine soziale, ökologische und demokratische Entwicklung in Stadt und Land. Den Mechanismen des privaten Bodenmarktes können die Kommunen nur in begrenztem Umfang entgegenwirken. Es fehlen ihnen häufig die finanziellen und rechtlichen Mittel.

Wir brauchen endlich eine tatsächlich „dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodenordnung“, wie es das Baugesetzbuch fordert. Eine plangerechte Nutzung von Baugrundstücken soll gefördert und der sparsame Umgang mit dem Boden erleichtert werden. So würde die Zersiedlung der Landschaft gebremst. Wichtig ist, dass Bund und Land den Gemeinden wird bei der Finanzierung helfen. Dazu benötigen wir eine engagierte Initiative aus NRW auf der Bundesebene.

Was tun?

- *Reform der Bodenbesteuerung: Spekulationen erschweren*
- *Preisbegrenztes Vorkaufsrecht der Kommunen bei Neuerschließungen*
- *Stärkere Bau- und Nutzungsgebote auch aus sozialen Gründen*

Den Bedürfnissen der Menschen bei Bestattungen gerecht werden

Die hohe und weiterhin zunehmende Zahl an Sozial- und Ordnungsamtsbestattungen ist alarmierend. Hier muss sichergestellt werden, dass jeder Mensch einen würdigen Abschied erhält. Wir wollen, dass jeder beim Abschied und Gedenken seine persönlichen Wünsche umsetzen kann.

Friedhöfe sind zudem mehr als Bestattungsplätze. Es sind auch Orte des Andenkens und der Ruhe. Um sie dementsprechend zu gestalten, brauchen wir eine gute Friedhofspflege. Der Naturraum Friedhof besitzt zudem gerade in Großstädten oft einen unverzichtbaren Wert für die klimatischen Verhältnisse.

Kommunen berücksichtigen den Nutzen der Friedhöfe als Erholungs- und Naturraum grundsätzlich und bezuschussen den Friedhofshaushalt über den sogenannten grünpolitischen Wert. Dieser ist allerdings häufig umstritten und wird zugunsten des kommunalen Haushalts und zu Lasten des Friedhofs möglichst klein gehalten. Deswegen müssen im Friedhofs- und Bestattungsgesetz auf Landesebene Vorgaben zur Festlegung des grünpolitischen Wertes gemacht werden. Dies ist mit entsprechenden Zuschüssen zu verbinden. Das kommt sowohl den Bürger*innen, als auch den Kommunen zugute.

Was tun?

- *Jedem Menschen eine persönliche Grabstätte ermöglichen*
- *Flächendeckend alternative Bestattungsformen wie Friedwälder möglich machen*
- *Abschaffung des Friedhofszwangs bei der Ascheverstreuung und bei Urnen*
- *Landesregelungen und Zuschüsse für den grünpolitischen Wert von Friedhöfe*

7. Wohnen: Öffentlich bauen und Mieten bezahlbar machen

Während einige Groß- und Mittelstädte wachsen, gilt für viele Regionen: Wir werden weniger, älter und ethnisch bunter. Wir brauchen hier eine entschlossene solidarische Stadtentwicklung, eine Regionalpolitik, eine gestärkte öffentliche Planung und öffentliche Infrastruktur: vom Öffentlichen Nahverkehr über das Kanalnetz bis hin zum Wohnungsbestand.

Die größte Gefahr für die Bewohne*rinnen, für Mieter*innen in benachteiligen Lagen, ebenso wie für kleine Hauseigentümer*innen, ist ein "Stadtumbau Wild-West", der zu einer planlosen Entleerung bestimmter Stadtgebiete und zu Abrissen von Gebäudesubstanz führt, die für ihre Bewohnerinnen und Bewohner und das städtische Gefüge wichtig sind.
Auf der anderen Seite muss aber auch den Vermieter*innen sogenannter „Schrottimmobilien" ein Riegel vorgeschoben werden, wenn sie völlig heruntergekommene Häuser zur Ausbeutung von EU-Zuwander*innen nutzen wollen.

Die vorhandenen Ansätze eines "Stadtumbaus West" könnte man zu einer integrierten Stadtumbauplanung auf der Grundlage gesamtstädtischer Untersuchungen und strategischer Stadtentwicklungsplanungen mit eigenen Verfahren frühzeitiger Information und Bürger*innenbeteiligung ausweiten.

Was tun?

- *Keine Fördermittel für Luxusquartiere in schrumpfenden Städten*
- *Bessere Gesetze gegen ausbeuterische Vermietung von „Schrottimmobilien"*
- *Förderung von partizipativen und integrierten Stadtumbaukonzepten*

Keine privaten Profite mit der Miete

Mit der Privatisierung von tausenden Wohnungen der Landesentwicklungsgesellschaft LEG bis 2010 hat die Landesregierung einen grundlegenden Lebensbereich zum Spekulationsobjekt gemacht.

Viele Mieter*innen müssen immer mehr für ihre Wohnung zahlen. In Städten wie Köln, Düsseldorf, Bonn oder Münster sind die Mieten in wenigen Jahren um satte 30% gestiegen. Die angebliche „Mietpreisbremse" hat hieran nichts geändert. Die Mietpreisexplosion hat mehrere Ursachen:

Die Bestandsmieten steigen, vor allem durch „Aufwertung" mittels Sanierung. Große Bestände von Wohnungen im Besitz der öffentlichen Hand wurden privatisiert und an Finanzinvestoren verkauft. Es werden zu wenige öffentlich geförderte Wohnungen gebaut, die Zahl der Wohnungen mit Sozialbindung sinkt.

Für Mieter*innen ist Wohnen eine Notwendigkeit, für die Eigentümer und Banken eine Ware. Der Commerzbank-Tochter *Private Banking* zufolge haben neun von zehn Milliardäre ihr Vermögen mit Immobilien gebildet.

Krise des sozialen Wohnungsbaus

Jedes Jahr fallen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung, als neue dazu kommen. Von ehemals 844.000 Sozialwohnungen in NRW im Jahr 2002 waren Ende 2014 nur noch 489.000 vorhanden.

Als Steuerungsinstrument hat die öffentliche Wohnraumförderung versagt. „Der Markt" ist nicht in der Lage, ausreichend bezahlbare Wohnungen zur Verfügung zu stellen, auch nicht, wenn von politischer Seite

aus versucht wird, die Investoren mit Zuckerbrot und Peitsche zum Bau von mehr Sozialwohnungen zu drängen.

Die Anhebung der Mietobergrenzen im sozialen Wohnungsbau auf 6,25 € bzw. 7,15 € pro Quadratmeter Nettokaltmiete hat außer höheren Mieten nichts bewirkt. Die Investoren können mit hochpreisigen Wohnungen oder Büros weit höhere Profite erzielen.

Die Landesregierung hat beim Bau von Sozialwohnungen völlig versagt. Bereitgestellte Fördermittel wurden nicht einmal vollständig abgerufen. Eine Übertragung in das neue Haushaltsjahr ist nicht möglich.

Jetzt handeln – Wohnungsoffensive für Nordrhein-Westfalen

DIE LINKE will die Versorgung mit Wohnraum nicht dem Markt überlassen. Wohnen ist eine öffentliche Aufgabe. Es ist die Pflicht des Landes und der Kommunen, bezahlbare Wohnungen für alle bereit zu stellen. Wir setzen uns ein für eine gemeinsame Wohnungsoffensive.

Wir wenden uns gegen jede Privatisierung von Wohnungen, bereits privatisierte Bestände sollen wieder in öffentliches Eigentum überführt werden. Die „Aufwertung“ und Luxussanierung ganzer Stadtteile muss gestoppt werden. Leerstehende Wohnungen, Büros oder Gewerbeimmobilien müssen beschlagnahmt und in günstigen Wohnraum umgewandelt werden.

Land und Kommunen müssen mit eigenen Wohnungsbaugesellschaften jährlich 100.000 eigene Wohnungen mit unbefristeter Sozialbindung und garantierten Mieten bauen. Diese Wohnungen müssen barrierefrei und altersgerecht sein.

Der soziale Wohnungsbau war in den letzten Jahrzehnten fast immer Massenwohnungsbau im Rahmen von Großsiedlungen. Wir wollen einen anderen Weg gehen und architektonisch ansprechende Wohnungen für verschiedene Lebensentwürfe schaffen: Für Singles, für Familien jeglicher Art, für Wohngemeinschaften, für Ältere und Jüngere, in kleinen und großen Häusern, innerhalb und außerhalb der Innenstädte.

Das Prinzip der Kostenmiete muss für alle Wohnungen gelten. Das bedeutet, die Miete deckt die tatsächlichen Kosten und die Instandhaltung. Das Land NRW könnte gute Wohnungen für 6 € Nettokaltmiete zur Verfügung stellen. Dafür müsste es zu Beginn umfassende Investitionen vornehmen, aber langfristig würde sich der öffentliche Wohnungsbau selbst tragen.

Um diese Wohnungsoffensive zu stemmen, brauchen wir eine neue landeseigene Wohnungsgesellschaft, die einem sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau verpflichtet ist. Die Kommunen brauchen eine ausreichende finanzielle Ausstattung, um vor Ort ein Angebot an eigenem bezahlbarem Wohnraum ausbauen zu können. Genossenschaften und ähnliche Initiativen, die sich günstigem Wohnen vor Profiten verschrieben haben, müssen vom Land gefördert werden.

Was tun?

- *Bau von 100.000 günstigen Wohnungen jährlich durch Land und Kommunen*
- *Aufbau einer neuen Landeswohnungsgesellschaft*
- *Einfachere Förderbestimmungen, damit Mittel nicht verfallen*
- *Finanzausstattung der Kommunen dem Wohnungsbaubedarf anpassen*
- *Einsatz für ein Bundes-Sofortprogramm von 5 Milliarden für Wohnen in NRW*

Gentrifizierung stoppen – Milieus schützen

Mieterhöhungen im laufenden Mietverhältnis sind nur begrenzt möglich, das wird aber oft umgangen. Einzeln vermietete Zimmer in Wohngemeinschaften werden zum Beispiel nach und nach an Messegäste vermietet, bis aus der Wohnung eine Pension geworden ist. Es werden angebliche Eigenbedarfskündigungen ausgesprochen. Gut erhaltene Häuserblocks werden grundsaniert oder abgerissen.

Der erste Gewinn nach solchen Operationen ist die höhere Miete. Aber es geht um mehr. Durch die Verteuerung von zuvor günstigem Wohnraum wird der Austausch der Mieter*innen bewirkt. Das ist kein bedauerlicher Nebeneffekt, sondern Zweck der Aufwertung.

Nahezu jeder Stadtteil, der eine Gentrifizierung erlebt, einen Austausch der Mieter*innen zugunsten finanziell besser gestellter Schichten, ist zuvor vernachlässigt worden. Die Eigentümer haben nur wenig investiert, zum Teil über Jahrzehnte. Diese systematische „Desinvestition" lohnt sich für die Vermieter, denn sie haben nur geringe Kosten und kassieren trotzdem Miete. Sie lohnt sich außerdem, weil so der Boden für die Aufwertung bereitet wird: Durch „energetische Sanierung", Neubau oder Aufwertung durch neue Badezimmer, zusätzliche Balkone usw. werden die Mieten erhöht. Viele der Bestandsmieter*innen können sich das nicht mehr leisten und werden an den Stadtrand verdrängt.

Was tun?

- *Landeskonzept, um Verdrängung (Gentrifizierung) zu stoppen*
- *Umfassende Anwendung von Milieuschutzsatzungen in den Stadtteilen*
- *Stopp der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen*
- *Verbot des Abrisses renovierungsfähiger Häuser*
- *Verbot der Umwandlungen von Wohnungen in Pensionen oder Hostels*
- *Keine Zwangsumzüge für Hartz-IV-Betroffene*
- *Stopp von Zwangsräumungen*

Privatisierung stoppen – Wohnungen in öffentliches Eigentum

Investoren wie Vonovia, Deutsche Wohnen, Grand City Real Estate, TAG Immobilien, Vivavest und die ehemals landeseigene und 2008 privatisierte LEG besitzen in NRW zusammen fast 400.000 Wohnungen mit steigender Tendenz. Nicht selten waren diese vorher im Besitz von Land, Bund, Kommune, Post oder Bahn. Die Privatisierung öffentlichen Wohnraums muss gestoppt und rückgängig gemacht werden, damit Mieten bezahlbar bleiben.

Was tun?

- *Keine Privatisierung von Wohnungen*
- *Rücküberführung von bereits privatisierten Beständen in öffentliches Eigentum*
- *Wohnungsunternehmen demokratisieren, Mieter*innen mehr beteiligen*
- *Landesprogramm zur Unterstützung Wohnungsgenossenschaften*

Leerstand beenden – Spekulation verhindern

In vielen Städten in NRW stehen Bürogebäude und Wohnungen leer. Selbst in den wachsenden Städten wie Köln gibt es Leerstand, in ganz Deutschland werden aktuell zwei Millionen Wohnungen nicht genutzt.

Es könnte in allen Städten und Gemeinden unmittelbar der Bestand an leerstehenden Wohnungen, Hotels, Bürogebäuden, Fabriken und anderen Gewerberäumen festgestellt werden. Wohnungen, die wegen Spekulation, einem geplanten Abrisses und ähnlichen Gründen leer stehen, müssen Wohnungssuchenden zur Verfügung gestellt werden.

Was tun?

- *Landesweite Erfassung sämtlicher Leerstände*
- *Beschlagnahmung von Leerstand, um daraus günstige Wohnungen zu machen*
- *Legalisierung der Besetzung von Gebäuden, die zur Spekulation leerstehen*

An der Seite der Mieter*innen

In vielen Städten in NRW wehren sich die Mieter*innen gegen steigende Mieten, Luxussanierung und Verdrängung. DIE LINKE steht an ihrer Seite und beteiligt sich an Aktionen.

In Köln haben 2014 hunderte Menschen mit friedlichen Sitzblockaden versucht, eine Zwangsräumung nach einer fingierten Eigenbedarfsklage zu verhindern. Vielerorts mehren sich die Proteste von Menschen gegen skrupellose Wohnungspolitik.

DIE LINKE unterstützt die Selbstorganisierung von Mieter*innen und Initiativen für eine gerechte Wohnungs- und Mietenpolitik.

Was tun?

- *Aufbau und die Stärkung von Mieterinitiativen und Bündnissen wie „Recht auf Stadt“*
- *Förderung von Vereinen zum Schutz der Mieter*innen durch das Land NRW*
- *Rücknahme der Verschlechterungen im Mietrecht der letzten Jahre*

8. Verkehr: Fahrscheinlos mit Bus und Bahn das Klima schützen

Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Barrierefreie Mobilität ist aber noch lange nicht überall umgesetzt. Viele werden deshalb von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Wir verstehen Mobilität als Grundrecht, und wollen dessen Ausübung allen ermöglichen.

Wir brauchen zugleich weniger Verkehrsaufkommen. Verkehrslärm belastet viele Menschen, besonders in Wohnlagen, die für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich sind. Wir wollen Mobilität umweltschonend und lebenswert gestalten. Bei der Stadtplanung darf nicht mehr das Auto im Mittelpunkt stehen. Eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung setzt auf Verkehrsvermeidung und ressourcensparsame Verkehrsmittel.

Leider ist das Gegenteil zu beobachten: Ausbildung und weiterführende Schulen werden in die Innenstädte verlagert, dezentrale kleine Nahversorger durch wenige große Supermärkte verdrängt. Wer vom Dorf in die Städte will, muss oft lange Strecken fahren, meist mit dem Auto, da der ÖPNV hier nicht weit genug ausgebaut ist. So entsteht immer mehr Verkehr in beiden Richtungen.

Der motorisierte Individualverkehr ist in den Städten jedoch einer der wichtigsten Verursacher von Umweltverschmutzung, Ressourcenverbrauch, Klimawandel und gesundheitlicher Belastungen durch Lärm und Feinstaub. Wir müssen unsere Städte so umbauen, dass Fahrräder und öffentlicher Nahverkehr absoluten Vorrang haben.

Wir haben das Ziel nachhaltiger Konzepte für Mobilität. Das bedeutet ein vernetzter Umweltverbund – zu Fuß, per Rad, mit Carsharing, Bus und Bahn. Wir setzen uns für kurze Wege zwischen den Orten von Wohnen, Versorgung, Freizeit, Arbeit und Bildung sowie für eine fuß- und fahrradfreundliche Siedlungsstruktur ein. Verkehrsberuhigte Anwohnerbereiche sollen systematisch ausgeweitet werden. Dabei ist eine barrierefreie Ausgestaltung wesentlich.

Wer Lebensqualität in der Stadt will, muss bei der Straßengestaltung ansetzen. Die Straße ist immer auch wichtiger Lebensraum für die Nachbarn im Stadtteil, Beschäftigte auf dem Weg zur Arbeit oder Kinder auf der Suche nach Spielräumen. Straßen müssen so gestaltet sein, dass sich Menschen gerne draußen aufhalten und fortbewegen. Der Fußverkehr ist die kostengünstige, energieeffiziente Fortbewegung, aber auch für gesellschaftliche Miteinander und einen gesunden Lebensstil unverzichtbar.

Das landeseigene Straßennetz wollen wir in einen guten Zustand bringen, indem wir das Prinzip „Erhalt vor Aus- und Neubau“ weiter verfolgen. Geschwindigkeitsbegrenzungen sind gut fürs Klima, zudem tragen sie zu Verkehrssicherheit und weniger Lärm bei. Wir setzen uns für ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ein.

Die Natur gilt es auch beim Straßenbau zu berücksichtigen. Eingriffe, die mit dem Bau und dem Betrieb von Straßen verbunden sind, müssen in jedem Fall durch begleitende Naturschutzmaßnahmen ausgeglichen werden. Verkehrspolitik muss aktive Klimaschutzpolitik sein.

Was tun?

- *Größtmögliche Vermeidung der Zerschneidung von Flächen von Natur und Landschaft durch Straßenbau und Versieglung*
- *Umweltgerechte und naturschutzkonforme Pflege des Straßenbegleitgrüns sicherstellen*
- *Umweltfreundliche Alternativlösungen, frühe Einbindung und echtes Mitspracherecht von Umweltverbänden und Bürger*innen bei der Verkehrsplanung*
- *Landesstandards zur Barrierefreiheit in der Verkehrsplanung weiterentwickeln*
- *Modellprojekt „Tempolimit in NRW“ auf zwei besonders durch Raser und Verkehrstote auffällig gewordenen Autobahnen starten*
- *Modellversuche gegen schwere Baumunfälle mit speziellen Warntafeln und Schutzplankenprogramm an den betroffenen Strecken nach niedersächsischem Vorbild*
- *Umwidmung von Flächen für den ruhenden Verkehr, also die Reduzierung von Parkplätzen zugunsten von Fahrradparkhäusern oder bewachten Fahrradabstellanlagen*

Straßenverkehr

Das Straßennetz ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Infrastruktur. Der motorisierte Straßenverkehr bedroht und belästigt uns allerdings auch durch Lärm, Abgase und Unfälle. Wir wollen das bestehende Straßennetz erhalten, aber eine Verlagerung auf andere Mobilitätsformen erreichen.

Was tun?

- *Absoluter Vorrang der Erhaltung von Straßen vor dem Neubau*
- *strengere Umweltprüfung bei Straßenneubauten*
- *Einsatz der Fördermittel für umweltfreundliche Mobilität zur Vernetzung von Verkehrssystemen (Intermodalität), anstelle der eindimensionalen Förderung der Elektromobilität*
- *Keine Genehmigung von Gigalinern, also LKW mit Überlänge*
- *Verstärkte Berücksichtigung von Barrierefreiheit bei Planungen im Straßenbau*

Keine Privatisierung von Bus und Bahn

Wir setzen uns dafür ein, dass weder die Verbraucher*innen noch die Beschäftigten im öffentlichen Verkehr auf der Strecke bleiben. Der Sinn von Bus und Bahn ist nicht die Erzielung einer möglichst hohen Rendite, sondern die Schaffung von Mobilität für die Menschen. Wir wollen, dass die Straßenbahn nicht nur dann fährt, wenn sich die Fahrgastzahl rechnet. Wir brauchen ein öffentlich organisiertes und deutlich verbessertes Netz im öffentlichen Personenverkehr.

Bahnhöfe und Haltestellen sind auf die Bedürfnisse der Fahrgäste auszurichten und müssen barrierefrei sein. Damit mehr Güter mit der Bahn transportiert werden, sind effiziente Logistikkonzepte und Verteilzentren zu entwickeln.

Was tun?

- *Privatisierung der Bahn verhindern*
- *Unterstützung des Landes bei der Rück-Übernahme von Bus- und Bahnlinien*
- *Energieversorgung vor Ort demokratisch und ökologisch organisieren*

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Jahrzehntelang hat die anderen Parteien beim Nahverkehr vor allem eine Frage umgetrieben: „Wie können wir es schaffen, hier weniger Geld auszugeben?“. Und das, obwohl der öffentliche Nahverkehr in volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung günstiger ist als die Bereitstellung der Straßen für immer mehr Autos. In der Folge wurde das Netz ausgedünnt, die Taktzeiten verschlechtert, der Nahverkehr wurde unzuverlässig und hat sich einen immer schlechteren Ruf erarbeitet.

Damit mehr Menschen den öffentlichen Nahverkehr nutzen, muss er besser und einfacher werden. In einem strategischen landesweiten Nahverkehrsausbauplan wollen wir die Grundlagen für zukunftsfähigen ÖPNV vom Schienenverkehr über die Stadtbahn, U- und Straßenbahn, den Bus bis hin zum Ruftaxi schaffen um die Attraktivität für den ÖPNV zu steigern und die Fahrgastzahlen zu steigern. Zudem erreicht der ÖPNV auch Menschen, die sich kein Auto leisten können.

Die zweite große Baustelle beim ÖPNV ist der Fahrpreis. Schon heute sind normale Tickets etwa zur Hälfte öffentlich finanziert. Dennoch bestimmen komplizierte Tarifsysteme, undurchsichtige Übergangsregeln von Verkehrsverbund zu Verkehrsverbund und regelmäßige Preiserhöhungen das Bild. Wir wollen die ÖPNV-Nutzung einfacher und billiger machen, mit der Perspektive auf völlig fahrscheinfreie Nutzung. Dazu gibt es verschiedene Finanzierungsmodelle, die gerechter und volkswirtschaftlich sinnvoller sind als der Verkauf von Einzeltickets. Muss für einzelne Fahrten nicht oder nur wenig gezahlt werden, wird das Mobilitätsangebot besser angenommen. Die Straßen werden entlastet, sodass für unverzichtbare verbleibende Individualfahrten sogar die Bedingungen besser werden.

Was tun?

- *Einen solidarisch finanzierten, ticketfreien ÖPNV*
- *Anerkennung des ÖPNV als Pflichtaufgabe*
- *Bessere Anbindung des ländlichen Raums*
- *Die Fusion der einzelnen Betriebe innerhalb des VRR zu einem Nahverkehrsbetrieb*
- *Landes- und Bundesfinanzierung zur Sanierung der U-Bahnhöfe*
- *kostenlose P&R-Plätze an Knotenpunkten, Busbahnhöfen und Bahnhöfen*
- *Barrierefreiheit im ÖPNV, Orientierungshilfen für Sehbehinderte und Gehörlose*

Schienenverkehr

Die Schiene ist und bleibt eine der besten Möglichkeiten zum Transport großer Passagierzahlen und Gütermengen. Wir wollen das Schienennetz ausbauen und mehr Verkehr darauf verlagern. Die Ausschreibung von Schienenverkehrsleistungen, bei denen sich die Wettbewerber vor allem auf Kosten des Personals unterscheiden können, lehnen wir als inakzeptables Lohndumping ab. Wir setzen uns ein für eine konsequente und frühzeitige Bürger*innenbeteiligung beim Neu- und Ausbau von Schienenstrecken für den Güterverkehr, Berücksichtigung von Lärmschutz und Sicherheitsaspekten. Der Güterverkehr muss auf die Schiene. Dazu sind unter anderem bei der Einrichtung von Güterlogistikzentren Schienenanschlüsse einzuplanen.

Was tun?

- *Mehr in Schieneninfrastruktur, Leit- und Sicherheitstechnik investieren*
- *Alle Bahnhöfe barrierefrei machen*
- *Neubau der Güterstrecke nach Antwerpen („Eiserner Rhein“) mit wenig Belastung für Wohngebiete und gutem Lärmschutz*
- *Bessere Maßnahmen zur Lärmminderung beim Schienengüterverkehr*
- *Den Rhein-Ruhr-Express (RRX) von Dortmund nach Köln viergleisig ausbauen*
- *Den Haltepunkt Köln-Mülheim zum ständigen Systemhalt für den Rhein-Ruhr-Express (RRX) machen*

- *Den Ausbau des Teilstücks im Bereich Düsseldorf-Kalkum/Duisburg im Sinne der Forderungen der Bürgerinitiativen*
- *Zusätzliche Sicherheitsstandards- und Vorkehrungen im höchsten Maße entlang der geplanten Betuwe-Linie und ähnlicher geplanter Güterstrecken nach niederländischem Vorbild*
- *Alle Züge des Personenverkehrs müssen in ausreichendem Umfang Platz für Gepäck, Fahrräder, Kinderwagen und Rollstühle bieten*

Luftverkehr

Flugverkehr ist eine Umwelt und Anwohner besonders belastende Verkehrsform. Wir wollen die verursachten Schäden begrenzen. DIE LINKE NRW setzt sich für mehr Bürgerbeteiligung beim Flugbetrieb ein. Nachtflüge lehnen wir ab, da sie für Anwohner*innen in den Flugschneisen zu nicht hinnehmbaren Ruhestörungen führen. Von Fluggesellschaften fordern wir realistischere Zeitpuffer bei Landungen, Starts und Umläufen, um die gesetzlich vorgeschriebenen Lande- und Startzeiten einzuhalten.

Was tun?

- *Kein weiterer Ausbau von Flughäfen in Leistungsumfang und Fläche*
- *Keine Subventionierung des Flugverkehrs mehr durch die niedrige Kerosinsteuer*
- *Mehr Lärmschutz bei Starts und Landungen mittels eines Fluglärmaktionsplans*
- *Bürgerbeteiligung bei der Planung von Flugzeiten*
- *Ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr*
- *Keinen Ausbau der bestehenden Regionalflughäfen*

Radverkehr

Das Fahrrad ist ein umweltfreundliches und gesundheitsförderndes Verkehrsmittel. Wir wollen, dass Radwegenetz und Infrastruktur zur Erledigung von Fahrten mit dem Fahrrad einladen.

Was tun?

- *Ausbau und Sanierung des vorhandenen Radwegenetzes*
- *Ausbau von Fahrradständern und bewachten Radstationen an Bahnhöfen*
- *Pflicht zu abschließbaren und leicht zugänglichen Fahrradstellplätzen bei Neubauten*

Wasserwege

Wasserwege als Transportwege zu nutzen, insbesondere für Güter, entlastet die Straßen. Hierbei darf aber nicht der Umwelt- und Naturschutz außer Acht gelassen werden.

Neben allen ökologischen Problemen im Rhein und in den angrenzenden Gebieten werden Häfen mit geringen Investitionsmöglichkeiten und kleine Reedereien mit flussverträglichen Schiffen mit geringerer Fahrtiefe verdrängt, wenn alles auf eine Infrastruktur für Großanlagen gesetzt wird. Eine Fahrrinnen-Vertiefung des Rheins ist aus ökologischen Gründen abzulehnen.

Noch immer sind Schiffsmotoren für einen hohen Anteil der Schadstoffbelastung in den Städten entlang der Flüsse verantwortlich. Damit die Binnenschifffahrt ihr Potential als ökologische Alternative zum Lkw-Verkehr ausschöpfen kann, muss der Abgasausstoß verringert werden.

Was tun?

- *Verbesserung des Übergangs von anderen Verkehrswegen auf das Schiff*
- *keine Vertiefung natürlicher Gewässer*
- *Förderung kleiner Reedereien und flussverträglicher Schiffstypen*
- *Abgasnormen auch für Schiffe*

9. Sport: Dabei sein können ist für alle wichtig

Sport gehört wie Bildung und Kultur zur gesellschaftlichen Teilhabe. Denn Sport bringt Lebensqualität, verbindet Menschen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung ihrer sozialen Beziehungen. Er fördert Selbstvertrauen und das Bewusstsein für die eigenen Fähigkeiten. Er fördert die Gesundheit und die Rehabilitation nach Krankheit und Verletzungen.

Wir sehen die Hauptaufgabe der Sportförderung darin, den Zugang zu sportlicher Betätigung für alle zu ermöglichen, nicht nur für einige wenige. In den Städten und Gemeinden in NRW unterstützt DIE LINKE bereits jetzt Sportentwicklungspläne und Masterpläne Sport dort, wo diese darauf abzielen, allen Interessierten die Möglichkeit zu geben, daran teilzuhaben. Finanzielle Kürzungen bei der Förderung des Breitensports lehnen wir ab. Sport ist eine öffentliche Aufgabe, der Zugang darf nicht privaten Gewinninteressen untergeordnet werden

Was tun?

- *Sport als kommunale Pflichtaufgabe gesetzlich verankern*
- *Stärkung der Sportförderung*
- *Höhe der Mittel an den Landessportbund verbindlich ins Gesetz schreiben*
- *Erhalt und Ausbau öffentlicher Sportanlagen*
- *Erhöhung der Landesmittel für Neubau und Sanierung von Sportstätte*
- *Höhere Übungsleiterpauschalen vor allem im Kinder- und Jugendbereich*
- *Kostenlose Qualifizierungsmaßnahmen für Übungsleiter*innen*

Sich gemeinsam bewegen für ein besseres Miteinander

Sport liefert wertvolle Beiträge dazu, Brücken zwischen Menschen zu schaffen, Toleranz zu fördern und Vorurteile abzubauen. Er bietet Chancen für interkulturelle Verständigung und kann dazu beitragen, gesellschaftliche und geschlechtsspezifische Beschränkungen in Frage zu stellen und zu überwinden. Die positiven Auswirkungen des Sports auf die Förderung von Menschen mit Behinderungen sind unbestritten.

Um diese Potentiale zu nutzen, wollen wir die bestehenden Projekte gegen Rassismus und Sexismus, für interkulturelle Arbeit, Inklusion und die Akzeptanz sexueller Vielfalt im Sport ausbauen und ergänzen. Dabei wollen wir die Zusammenarbeit mit dem Landessportbund stärken.

Was tun?

- *Flächendeckend barrierefreie Sportanlagen*
- *Förderung der Teilnahme von Geflüchteten am normalen Vereinssport*
- *Gezielte Ansprache von Bevölkerungsgruppen die bislang unterrepräsentiert sind*
- *Mehr Mittel für Projekte gegen Diskriminierung und Gewalt im Sport*
- *Landesweites Programm gegen Homophobie im Sport*

Olympia: Eine Scheindebatte

Nachdem sich die Bevölkerung in Hamburg klar gegen olympische Spiele in der Hansestadt ausgesprochen hat, wird nun in NRW diskutiert, dieses Megaevent in unser Land zu holen. Die CDU macht kräftig Stimmung dafür. Die Landesregierung hat sich vorsichtiger, aber auch wohlwollend geäußert.

Bei Licht betrachtet sind die Chancen einer erfolgreichen Olympiabewerbung aber bescheiden. Nicht zuletzt, weil der Deutsche Olympische Sportbund kein Interesse an dieser Bewerbung zeigt. Da das Thema derzeit gar nicht ansteht (das Bewerbungsverfahren für die Spiele 2028 startet erst 2019) ist klar, welchem Zweck die Debatte dient: Mit der Sportbegeisterung der Menschen in NRW soll Wahlkampf gemacht werden.

Aber auch wenn die Aussicht auf olympische Spiele in NRW irgendwann realistisch würde, sollte man skeptisch bleiben. Denn Olympia hat sich an praktisch allen bisherigen Austragungsorten als vergiftetes Geschenk erwiesen. Explodierende Kosten in Milliardenhöhe, untragbare Auflagen des Internationalen Olympischen Komitees, Korruptionsskandale, die Erfahrung, dass kaum etwas von dem geflossenen Geld in der Region bleibt und vieles mehr trüben die Freude über diese eigentlich schöne Veranstaltung.

DIE LINKE ist der Auffassung, dass eine so folgenschwere Entscheidung jedenfalls nicht über die Köpfe der Menschen hinweg gefällt werden darf.

Was tun?

- *Verzicht auf Olympiavorbereitungen zum jetzigen Zeitpunkt*
- *Volksentscheid vor dem Start von Bewerbungsvorbereitungen*
- *Ausbau des Breitensportes statt Investitionen für Leuchtturmevents*

IV. Allen Menschen gute Bildung und Ausbildung garantieren

Der offene und gleichberechtigte Zugang zu Bildung ist ein im Grundgesetz verankertes Menschenrecht. Bildung bedeutet nicht nur Wissenserwerb und Qualifizierung. Vor allem für die etwa 3 Millionen Kinder und Jugendlichen in NRW meint Bildung auch die Förderung ihrer persönlichen Talente und Interessen. Bildungseinrichtungen haben die Aufgabe, die jungen Menschen sensibel und respektvoll auf ihrem Weg zu kritischen und kritikfähigen, engagierten und friedlichen Erwachsenen zu begleiten.

Viele der mehr als 250.000 Erzieher*innen, Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen in den Kitas und Schulen NRWs gehen täglich an ihre Grenzen, um den hohen Anforderungen gerecht zu werden. Die Arbeits- und Lernbedingungen sind in den Bildungseinrichtungen im Land allerdings höchstens ausreichend bis mangelhaft.

NRW hat im Vergleich zu den anderen Bundesländern die schlechteste Versorgung mit Kita-Plätzen, die größten Schulklassen, die geringsten Haushaltsmittel pro Schüler*in und die wenigsten Hochschullehrer*innen pro Student*in.

Bislang arbeiten immer mehr Beschäftigte zu niedrigen Löhnen und unsicheren Bedingungen, als Honorarkräfte ohne Sozialversicherung oder in Minijobs. Das ist ungerecht und schlecht für die Qualität der Bildungseinrichtungen. Wir wollen und brauchen gut qualifizierte Beschäftigte in unbefristeten, sozialversicherten Arbeitsverhältnissen.

Unser Konzept lautet daher: Bessere Bildung für alle Menschen in NRW. Das heißt für uns: Gebäude sanieren und durch Neubauten erweitern. Personalausstattung den Bedürfnissen für gutes Lernen anpassen, individuelle Förderung für alle, statt Selektion und Benachteiligung, flächendeckend gute Ganztagseinrichtungen und umfassende Inklusion von Menschen mit Behinderungen.

1. Kita: Kinder gebührenfrei und besser betreuen

Kinder brauchen für ihre Entwicklung vielfältige Anregungen, Spielmöglichkeiten und andere Kinder. Ein wichtiges Ziel dabei ist die freie Entfaltung der kindlichen Persönlichkeit. In der Kita lernen Kinder spielerisch demokratische Werte, die für das friedliche Zusammenleben wichtig sind. Die Gleichberechtigung der Menschen unabhängig von Geschlecht, sozialem Status, Herkunft oder Religion.

Gelungene Integration beginnt in der Kita. Spracherwerb und das Lernen des Miteinanders ist am leichtesten in der Kita möglich.

Kitas als öffentliche Gemeinschaftseinrichtung für ein besseres Zusammenleben

Kitas begleiten Kinder in ihrer sozialen, sprachlichen und motorischen Entwicklung. Sie sollen aber auch die Integration verschiedener Milieus und Kulturen, sowie die Inklusion von Kindern mit Behinderungen unterstützen. Dazu brauchen wir flächendeckend Kitas als Gemeinschaftseinrichtungen, die nicht in privater Hand sind und sich nicht nur an ausgewählten soziale Milieus oder Religionsgruppen orientieren. Bislang gibt es nicht nur zu wenige Kitaplätze. Oft haben Eltern nur die Chance auf einen Platz in einer kirchlichen Kita oder bei einem privaten Träger. Vielfach ist dies mit zusätzlichen Gebühren verbunden.

Was tun?

- *Kitas in öffentlicher und nicht in privatgewerbliche Hand ausbauen*
- *Allen Kindern den Besuch in einer öffentlich kommunalen Kita ermöglichen*

Bessere Kitas sind gebührenfrei

Genau wie die Schulkinder müssen auch alle jüngeren Kinder Zugang zu gebührenfreien Bildungseinrichtungen erhalten. Das Ziel einer besseren und gerechten Kitapolitik ist ein gebührenfreies System, denn Bildung ist keine Ware und Vorschulzeit ist auch Bildungszeit.

Was sich ganz schnell ändern muss: Alle Kommunen erheben je nach Kassenlage unterschiedliche und teilweise sehr hohe Gebühren. Während beispielsweise in Münster bei einem Elterneinkommen bis

37.000 € im Jahr gar keine Gebühren anfallen, müssen Eltern in Duisburg mit 40.000 € Einkommen bereits 252 € an Gebühren zahlen (für Kinder unter 2 Jahren bei 45 Stunden). In den Ruhrgebietsstädten sind die Kitagebühren bei den mittleren Einkommen am höchsten.

DIE LINKE tritt für die sofortige Abschaffung der Kita-Gebühren ein. Das Land muss die dafür notwendigen Kosten tragen. Die Kommunen müssen zu diesem Zweck einen Finanzausgleich erhalten.

Solange es noch Kitagebühren gibt, müssen diese landesweit einheitlich, sozial gestaffelt und in der Höhe strikt gedeckelt sein.

Was tun?

- *Gebührenfreie Kitas für alle Kinder in NRW*
- *Finanzausgleich für die Kommunen*
- *schnelle Aufstockung der Kita-Finanzierung zur Verbesserung der Qualität*

Statt Tagespflege als Notlösung Kitas bedarfsgerecht ausbauen

Obwohl seit 2013 alle Kinder einen Rechtsanspruch haben, fehlen in NRW noch immer über 100.000 Kitaplätze für Kinder unter 3 Jahren. Gerade in den ärmeren Städten und Gemeinden werden immer mehr Kinder in der Tagespflege statt in der Kita untergebracht. Tagespflege durch Einzelpersonen in der Privatwohnung kann mit einer viel zu kurzen Qualifizierung von 160 Stunden und ohne verbindliche Qualitätsstandards kein Ersatz für einen Kitaplatz sein. Großtagespflegeeinrichtungen müssen dringend in Kitas mit pädagogischen Standards und sozialer Absicherung für die Beschäftigten umgewandelt werden. Tagesmütter sollen im Rahmen einer Ausbildungsoffensive für Erzieher*innen Weiterbildungsangebote erhalten.

Was tun?

- *Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für jedes Kind umsetzen*
- *Ausbildungsoffensive für Erzieher*innen, Weiterbildungsangebote für Tagesmütter*
- *Tagespflegeplätze ab sofort schrittweise in Kitaplätze umwandeln*
- *Flächendeckend öffentliche Kitaplätze für alle Kinder anbieten*

Mehr Personal für verlässliche Zeiten und bessere Qualität

Es fehlen nicht nur Kitaplätze, sondern es herrscht auch großer Personalmangel in den bereits vorhandenen Einrichtungen. Die Kitas benötigend dringend zusätzliche Erzieher*innen für kleinere Gruppen, um eine kindgerechte Betreuung zu gewährleisten und die Beschäftigten zu entlasten.

Die Erzieher*innen benötigen mehr Zeit für Vorbereitung, Dokumentation und Elterngespräche. In den Kitas mangelt es an Fachpersonal, etwa für Sprachförderung und Musikerziehung.

Es muss verlässliche Öffnungszeiten geben, auch in den Sommerferien. Für Sonderfälle und Notsituationen sollen Betreuungskonzepte über die Regelzeiten hinaus gefunden werden. Das Ziel kann nicht in der 24-Stunden-Kita bestehen, sondern in der Verkürzung von Arbeitszeiten der Eltern. Mehrwöchige Schließzeiten im Sommer sind eine unnötige Belastung der Familien.

Was tun?

- *Kleinere Gruppen und mehr Fachpersonal für besondere Aufgaben*
- *Mehr Arbeitszeit für Vorbereitung, Dokumentation und Weiterbildung*
- *Keine Sommerschließzeiten, sondern flexible Urlaubszeiten*
- *Flächendeckend verlässliche Öffnungszeiten ab 6 und bis 18 Uhr*

Ein neues Gesetz für bessere Finanzierung der Kitas

Viele der Qualitätsmängel der Kitas haben ihren Ursprung im Kinderbildungsgesetz KiBiZ. Eingeführt von der CDU-FDP Regierung im Jahr 2008 und trotz aller Ankündigungen kaum verändert durch SPD-Grüne ist das KIBIZ vor allem ein Kostensenkungsgesetz zu Lasten der Kinder, der Beschäftigten und der Eltern.

Die Fachkraft-Kind-Relation ist zu niedrig und mit den Kindpauschalen hält das KiBiZ an einem überholten Finanzierungssystem fest. Daher wollen wir ein neues Kindertagesbetreuungsgesetz gemeinsam mit Eltern und Beschäftigtenvertretungen entwickeln, welches bestehende gewerkschaftliche Vorstellungen dazu aufgreift (Vorschlag für ein Gesetz zur Erziehung und Bildung in Tageseinrichtungen für Kinder (GEBT) der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di).

Was tun?

- *Feste Gruppenfinanzierung statt Kindpauschalen*
- *Übernahme der tatsächlich anfallenden Kosten durch das Land*

2. Schule: Für weniger Druck und bessere Förderung sorgen

In vielen Ländern Europas sind die Schulen besser ausgestattet als bei uns. Wir finden, dass auch die 3 Millionen Kinder und Jugendliche in NRW bessere Schulen verdient haben.

Die Landesregierung hat bereits 2011 in Folge der Bildungskonferenz versprochen, dass in allen Schulformen und Schulstufen bis 2020 flächendeckend der gebundene, also gebührenfreie Ganztag eingeführt wird. Bislang ist der gebundene Ganztag nur in Gesamtschulen und Sekundarschulen verbreitet, in anderen Schulformen findet der Ausbau nur tröpfchenweise statt, an der Grundschule gar nicht. Die Landesregierung hat weder ein Gesamtkonzept noch einen Finanzplan für den Ausbau erstellt. Der Bedarf nach Ganztagsschulen wächst, doch bisher führt der Personal- und Raummangel meist nur zu halbgaren Notlösungen.

Jetzt wird es dringend Zeit: Ab sofort müssen die Schulen mit zusätzlichem Personal und Gebäuden für den Ganztag ausgestattet werden müssen. Dazu gehören auch gesundes Essen, Sport- und Grünanlagen, Freizeiträume und Arbeitsplätze für die Lehrer*innen. Dafür muss viel Geld in die Hand genommen werden. Investitionen in Bildung sind aber für DIE LINKE unerlässliche Investitionen in die Zukunft.

Bessere Grundschulen mit gebührenfreiem Ganztag

Der dringendste Handlungsbedarf besteht bei den 2.800 Grundschulen im Land. Echte Ganztagsschulen gibt es fast keine. Nur etwa 40% der Grundschulkinder erhalten einen Platz im gebührenpflichtigen sogenannten „offenen Ganztag“. Dieser wird von Vereinen an einem Teil der Grundschulen als Nachmittagsbetreuung mit höchst unterschiedlicher Qualität organisiert.

Die meisten Mitarbeiter*innen im „offenen Ganztag“ haben schlecht bezahlte, unsichere Jobs. In vielen Schulen erhalten Kinder nur dann einen Platz, wenn die Eltern umfassende Berufstätigkeit nachweisen. Der „offenen Ganztag“ ist heute für alle Beteiligten in hohem Maß belastend und muss ausgebaut und schrittweise zum gebundenen Ganztag umgewandelt werden.

Was tun?

- *Elternbeiträge für den offenen Ganztag streichen, da Schule gebührenfrei sein muss*
- *Ausbau der vorhandenen Plätze, damit jedes Kind bei Bedarf einen Platz erhält*
- *Qualifizierte Erzieher*innen und Lehrer*innen im Ganztag*
- *Ausbau der gebundenen Ganztagsschulen ab sofort, Flächendeckung 2020*

Für Groß und Klein: Nach 16 Uhr muss Feierabend sein

Wenn Schüler*innen von 8 – 16 Uhr in der Schule sind, ändert sich das Lernen. Richtige Ganztagsschulen kennen keine Hausaufgaben, denn die Zeiten für Übungen und Training liegen während der Schulanwesenheitszeit im Ganztag. Am Ende des Schultags gilt: Alle Bücher, Hefte, und Materialien bleiben in der Schule.

Die Wirklichkeit sieht für die Kinder und Jugendlichen und ihre Eltern an vielen Schulen noch anders aus. Es gibt weiterhin die klassischen Hausaufgaben.

Seit der Bildungskonferenz 2011 hat das Land die Aufgabe, die Schulen bei der Umwandlung zum rhythmisierten Lernen im Ganztag zu unterstützen. Hausaufgaben, die noch am Abend und am Wochenende erledigt werden müssen, sind purer Stress für Kinder und Familien.

Was tun?

- *Alle Schulen müssen verlässlich von 8 – 16 Uhr arbeiten*
- *Nach 16 Uhr und am Wochenende haben die Schüler*innen und Familien Freizeit*
- *Übungsaufgaben werden in die Schulzeit integriert*
- *Schulmaterial bleibt in der Schule, keine täglichen schweren Tornister mehr*

Freizeit in der Schule mit Partnern gemeinsam gestalten

Bessere Schulen und weniger Stress für Schüler*innen und ihre Familien bedeutet, dass ein Teil der Freizeitaktivitäten in den Schultag integriert ist. Die Musikschule, Sportvereine, Theater oder Kunstprojekte werden in die Schule hineingeholt und entwickeln in fester Zusammenarbeit mit den Lehrer*innen und Erzieher*innen ein vielfältiges Angebot.

Damit ein solches Angebot flächendeckend entstehen kann, muss die Landesregierung endlich die bereits versprochenen Mittel für die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und außerschulischen Partnern bereitstellen. Dazu gehört auch, dass für solche Angebote keine zusätzlichen Gebühren erhoben werden.

Was tun?

- *Start und Finanzierung umfassender Zusammenarbeit von Schulen und Partnern*
- *Gebührenfreie Angebote: Jedem statt nur manchem Kind ein Instrument*
- *Sport und Kultur im Ganztag statt Terminstress und Elterntaxi*

Bessere Sozialarbeit für alle Schulen

Die vorübergehende Finanzierung der Schulsozialarbeit durch die Landesregierung läuft 2017 aus. Die Schulsozialarbeit muss dringend als feste Aufgabe der Schulen mit einem ausreichenden Schlüssel zur Schüler*innenzahl ins NRW-Schulgesetz aufgenommen werden.

Die Dienstaufsicht soll bei den Schulleitungen, die Fachaufsicht bei den Jugendämtern liegen, damit die Sozialpädagog*innen von der Schulleitung unabhängige Ansprechpartner*innen sein können. Gleichzeitig wären damit die Sozialpädagog*innen feste Größen in einem Kollegium. Sie arbeiten unter den Bedingungen der Tarifbindung (TV-L) und Personalvertretung nach dem Landespersonalvertretungsgesetz.

Was tun?

- *Schulsozialarbeit fest im Schulgesetz mit ausreichendem Schlüssel verankern*
- *Finanzierung sichern für feste Stellen als Landesbeschäftigte mit Tarifbindung*

Schulen demokratisch gestalten

Autonomie und Demokratie spielen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine wichtige Rolle. Schüler*innen sollen von Anfang an lernen, ihr Zusammenleben und ihr Lernen selbst zu gestalten. Das gilt für die Inhalte wie für die Formen des Lernens. Projektorientierung und die Überwindung von Klassen- und

Altersgrenzen sind wichtige Schritte für eine Selbstorganisierung des Lernprozesses. Arbeitsgemeinschaften, die von Schülerinnen und Schülern selbst initiiert werden, sollen gezielt gefördert werden.

Was tun?

- *Entscheidungsstrukturen der Schulen demokratischer gestalten*
- *50 % Stimmen in der Schulkonferenz den Schüler*innen*
- *Schüler*innenvertretungen zugestehen, sich mit allen Belangen befassen zu dürfen*

Schluss mit Stress durch Noten, Zeugnisse und Sitzenbleiben

Bereits Grundschulkinder leiden zunehmend darunter, doch für Jugendliche wird es vor allem an den Gymnasien zum Normalzustand: Schule bedeutet immer mehr Lernstress bis in den Abend, Angst vor Noten und Zeugnissen und Sorgen um die Zukunft. Immer mehr Schüler*innen werden krank durch Stress.

Die UN-Kinderrechtskonvention garantiert das Recht auf Freizeit und Spiel. Wir nehmen die Diskussion um die Kinderrechte und die Warnungen der Pädagog*innen und Mediziner*innen ernst.

Ebenso wie die Schulforschung und die Bildungswissenschaft wollen auch wir das unzureichende System der Ziffernnoten überwinden. An ihre Stelle sollen individuelle Beurteilungen treten, die Fähigkeiten beschreiben und Lernfortschritte berücksichtigen. Ziffernnoten soll es nur noch für die Abschlusszeugnisse geben, solange diese notwendig für den weiteren Werdegang in Ausbildung oder Studium sind.

Was tun?

- *Individuelle Beurteilungen von Fähigkeiten und Lernfortschritten statt Ziffernoten*
- *Stress und Leistungsdruck abbauen und eigene Motivation fördern*
- *„Sitzenbleiben“ abschaffen*
- *„Abschulung“ verbieten*
- *Jahrgangswiederholung nur auf Antrag der Schüler*innen*
- *Schüler*innen gezielt fördern*

Besser lernen in einer gemeinsamen Schule

Alle Studien zeigen, dass das mehrgliedrige NRW-Schulsystem im internationalen Vergleich wenig Chancengleichheit bietet, sozial und ethnisch stark selektiv ist. In erschreckend hohem Maße sind in NRW insbesondere Kinder aus armen Familien und Kinder aus Migrantenfamilien betroffen.

Wir wollen das Schulsystem weiterentwickeln zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse in Ganztagsform. Diese Schule bezieht alle Schulformen, auch Förderschulen und Gymnasien, ein. Die gemeinsame Schule orientiert sich an den individuellen Lernbedürfnissen einzelner Schülerinnen und Schüler. Sie ist inklusiv und sozial ausgleichend. Diese Schule ist jahrgangsübergreifend, fördernd und kennt keine Ziffernnoten. Sie fördert das soziale Miteinander und den Spaß am Lernen.

Was tun?

- *Individuelle Förderung und Rücksicht auf die persönliche Entwicklung*
- *Mehr jahrgangsübergreifendes Lernen*
- *Klassen auf 20 Schüler*innen verkleinern und von zwei Lehrkräften unterrichten*
- *Schulen in NRW schrittweise zu besseren gemeinsamen Schulen umbauen*

Gesamtschulen dem realen Bedarf anpassen

Am nächsten kommen die Gesamtschulen der Idee und Praxis einer besseren gemeinsamen Schule. Statt jährlich mehr als 5.000 Kinder in NRW wegen Platzmangel abzuweisen sollten die Gesamtschulen sofort ausgebaut und weiterentwickelt werden. Der Landtag soll schnellstmöglich allen Kindern einen

Rechtsanspruch auf einen Gesamtschulplatz gewähren und die Kommunen beim bedarfsdeckenden Ausbau der Gesamtschulen unterstützen.

Was tun?

- *Einen Rechtsanspruch für einen Platz in einer Gesamtschule für jedes Kind*
- *Ausbau der Gesamtschulen vor Ort nach Bedarf mit Unterstützung vom Land NRW*

Schulzeitverkürzung (G8) an Gymnasien sofort zurücknehmen

Wir setzen uns für den gemeinsamen Besuch einer Schule für alle Kinder bis zur 10. Klasse nah am Wohnort ein. Für den weiteren schulischen Bildungsweg sollen Oberstufenzentren eingerichtet werden.

Heute jedoch besuchen rund 40 % aller Schüler*innen in NRW ein Gymnasium und müssen dort das „Turboabitur“ in 8 statt 9 Jahren machen (G8). Verbessert wurden hierfür weder die Lernbedingungen an den Schulen noch die Lehrpläne. Der Druck seitens der Betroffenen auf die Landesregierung ist groß, diese Verkürzung zurückzunehmen. Doch SPD und Grüne zeigen sich bislang uneinsichtig.

Was tun?

- *Die Schulzeitverkürzung auf 8 Jahre muss sofort zurückgenommen werden*
- *Das Land muss die Schulen in erforderlichem Maß bei der Umstellung unterstützen*
- *Neueinstellungen von Lehrer*innen sind ein positiver Nebeneffekt*

Oberstufe und Berufskolleg gemeinsam zur besseren Sekundarstufe II entwickeln

Was in vielen Städten bereits aus der Not geboren wurde, sollte zu einer besseren Schule ab dem 11. Jahrgang weiterentwickelt werden: Oberstufenzentren mit einem breiten Fächerangebot, die mit mehreren Schulen der Sekundarstufe I vor Ort kooperieren.

In der Oberstufe steht die Vorbereitung auf den Beruf mit dem Setzen persönlicher Schwerpunkte im Mittelpunkt. Dafür muss es eine Mindestgröße geben, die Wahlmöglichkeiten in einem breiten Fächerangebot ermöglicht.

Mit Oberstufenzentren kann zudem die mit dem Rückgang der Schüler*innenzahlen entstandene Versorgungslücke im ländlichen Raum geschlossen werden.

Zukünftig sollen diese Oberstufenzentren mit den Berufskollegs zu einem umfassenden System der Sekundarstufe II verbunden werden.

Was tun?

- *Gemeinsame Oberstufenzentren für jeweils mehrere Sekundarstufe-I-Schulen einrichten*
- *Eine Mindestgröße von Oberstufen festlegen, die ein breites Fächerangebot ermöglicht*

Inklusion in Regelschulen braucht Ziel, Konzept und viel mehr Personal

Zwar hat sich die rot-grüne Landesregierung die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den Regelschulen auf die Fahne geschrieben, in der Praxis ist aber die Umsetzung bisher gescheitert.

Es fehlen klare Zielbestimmungen und ein Umsetzungskonzept, Qualitätskriterien für die Schulen und eindeutige Aufgabenstellungen für die Sonderpädagog*innen in den Regelschulen.

Vor allem aber stellt das Land NRW den Schulen viel zu wenige Lehrer*innen zur Verfügung, um dem Anspruch der Inklusion auch nur im Ansatz gerecht zu werden. Hinzu kommen mangelhafte Gebäude und fehlende Mittel für Hilfsmittel und Materialien.

Durch das Nebeneinander von Inklusion in Regelschulen und Förderschulen wird die Ressourcenknappheit durch organisatorische Probleme weiter verschärft. Der Umstellungsprozess von Förderschule zur Regelschule wird derzeit nicht beherrscht. Darunter leiden alle Beteiligten: Die Schüler*innen mit Behinderungen und deren Familien und die Lehrer*innen spüren die Probleme am stärksten.

Dass SPD und Grüne im einwohnerreichsten Bundesland der Republik die Inklusion ohne klares Konzept und Finanzierung angegangen sind, hat auch dem Inklusionsgedanken insgesamt geschadet.

Was tun?

- *Garantie auf einen Platz im gemeinsamen Unterricht*
- *Qualitätskriterien für guten inklusiven Unterricht*
- *eine Doppelbesetzung für Klassen im inklusiven Unterricht*
- *Mindestens 9.000 Lehrstellen zusätzlich für den Inklusionsprozess*
- *Integration der Sonderpädagogen in das jeweilige Kollegium der Regelschulen*

Inklusive Klassen sollen die in einem ersten Schritt auf 20 Schülerinnen und Schüler bei vier Kindern im Förderbedarf gemäß AO-SF Verfahren beschränkt werden und eine zweite Lehrerstelle zur Verfügung gestellt bekommen. Für diese Klassen muss es klare Qualitätsstandards geben.

Was tun?

- *Aus- und Weiterbildungsprogramm für 1.000 Sonderpädagog*innen pro Jahr*
- *Lehrer*innen werden zur Hälfte ihrer Stunden freigestellt für die Weiterbildung*
- *Förderzentren zur Unterstützung der Regelschulen bei der Entwicklung zur inklusiven Schule*

Bessere Schulen integrieren kulturelle Vielfalt und Mehrsprachigkeit

Rund 30 % aller Schüler*innen in NRW haben einen Migrationshintergrund. Sie haben damit einen wesentlichen Anteil an der Zukunft unserer Gesellschaft. Kinder mit mehreren Sprachen und solche, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, werden bislang nicht ausreichend gefördert und mit ihren besonderen Fähigkeiten unterstützt. Dabei kann kulturelle und sprachliche Vielfalt als Chance und Bereicherung verstanden werden. Gezielte und allgemeine Sprachförderung muss für alle Kinder mit entsprechendem Bedarf ausgebaut werden, unabhängig von Herkunft und Muttersprache. Muttersprachlicher Unterricht sollte in den Grundschulen für mehrsprachige Kinder in der Form von Ergänzungsunterricht und für alle in weiterführenden Schulen als offene Fremdsprachenangebote gefördert werden.

Was tun?

- *Förderung der Sprachkenntnisse in einem für alle offenen Ergänzungsunterricht*
- *Fortbildung der Lehrkräfte mit den Fächern Deutsch als Zweitsprache und Deutsch als Fremdsprache*
- *Zweisprachige Alphabetisierung in der Grundschule, wie bereits in Modellen erprobt*

Geflüchtete Kinder und Jugendliche in Schulen besser unterstützen

Derzeit werden geflüchtete Kinder in NRW erst beschult, wenn sie einer Kommune endgültig zugewiesen wurden und dort ihren Wohnsitz haben. Diese Praxis widerspricht der von Deutschland unterschriebenen UN-Erklärung über die Menschenrechte der Kinder und ist damit rechtswidrig.

Besonders integrationsfeindlich ist der neue Erlass zur Beschulung von geflüchteten Jugendlichen: Mit ihrem 18. Lebensjahr endet derzeit ihre Beschulung - auch am Berufskolleg, falls sie bis dahin nicht bereits eine duale Ausbildung oder eine Fachschulausbildung aufgenommen haben. Das hindert sie vielfach daran, ihre Deutschkenntnisse in den Seiteneinsteigerklassen zu vervollständigen.

Auch eine Integration in Regelklassen gemäß dem erreichten Wissensstand ist oft hinderlich, da die geflüchteten Kinder dann viel älter als ihre Mitschüler*innen sind. Für diese Gruppen müssen andere, altersadäquate Lernangebote gefunden werden, die ihrem Lernstand, aber vor allem ihrem Reifeprozess und ihren Fähigkeiten und beruflichen Interessen entsprechend gestaltet werden.

Was tun?

- *Beschulung von geflüchteten Kindern von Anfang an*

- *Schulbesuch für geflüchtete Jugendliche bis zum Ende eines ersten Schulabschlusses*
- *Einrichtung von speziellen Klassen für geflüchtete Jugendliche gemäß ihrem Lernstand*

Bessere Bildung ohne bekenntnisorientierten Religionsunterricht

Wir setzen uns für Religionsfreiheit und für die klare Trennung von Religionsgemeinschaften und Staat ein. Religionsfreiheit kann nicht bedeuten, dass man nur zwischen verschiedenen großen Religionsgemeinschaften wählen kann. Tatsächliche Religionsfreiheit ist erst gegeben, wenn es keine institutionelle Förderung ausgewählter Religionsgemeinschaften und ihrer Organisationen durch den Staat gibt.

Normen und Werte, gesellschaftspolitische und philosophische Fragen sollten in Schulen in einem gemeinsamen Unterrichtsfach thematisiert werden. Wir wollen alle Kinder und Jugendlichen mitnehmen wollen und niemanden diskriminieren. Der gemeinsame religionsübergreifende Unterricht wäre ein wichtiger Beitrag zur Integration. Das Verbindende und das Kennenlernen verschiedener Weltanschauungen und Religionen sollte im Mittelpunkt stehen, nicht das Trennende.

Bisher ist das Schulfach „Praktische Philosophie“ in der 5. bis 10. Klasse bzw. Philosophie in der Oberstufe lediglich Ersatzfach für das Pflichtfach Religion. Die geltenden Philosophie-Lehrpläne wären viel besser geeignet für einen gemeinsamen Unterricht zum Thema Ethik, Religionen und Weltanschauungen.

Wir fordern LER (Lebenskunde, Ethik, Religionen) als gemeinsames Schulfach. Bis zu dessen Einführung unterstützen wir die von religiösen Minderheiten geforderte Einführung weiteren Religionsunterrichts.

Was tun?

- *LER (Lebenskunde, Ethik, Religionen) als reguläres Fach für alle Schüler*innen*
- *Unterschiedliche Religionen und Weltanschauungen zusammen kennenlernen*
- *Garantie auf bekenntnisorientierten Unterricht aus der Landesverfassung streichen*

Sponsoring und Lobbyismus an den Schulen zurückdrängen

Da es an den Schulen in NRW seit Jahren an vielem mangelt, haben Lobbyverbände, aber auch einzelne Wirtschaftsunternehmen und andere Interessengruppen ein leichtes Spiel, Einfluss auf die Schulen zu nehmen. Sie stellen zum Teil Lehr- und Unterrichtsmaterial kostenlos zu Verfügung bis hin zu ganzen Klassensätzen von Laptops. Das geht zum Teil einher damit, dass sie "kompetente Experten" in den Unterricht schicken, die dann z.B. aus der Sicht des eigenen Unternehmens oder Interessenverbands zu wirtschaftspolitischen Themen Positionen erläutern können.

Eine andere Folge des Mangels an Geld und Personal ist die deutliche Zunahme der kommerziellen Anbieter von Nachhilfe. Hier konnte in den letzten Jahren ein riesiger Markt entstehen, obwohl es eigentlich Aufgabe der Schulen sein müsste, Schülerinnen und Schüler so zu fördern, dass sie nicht nach der Schule noch Nachhilfe in Anspruch nehmen müssen.

Besonders sichtbar wird der Mangel an Geld und Personal in Zusammenhang mit dem Unterrichtsausfall. Dieser wird in der Statistik des Schulministeriums zwar immer wieder heruntergespielt, tatsächlich hat aber eine Untersuchung des Landesrechnungshofs und auch Stichproben von Elternverbänden gezeigt, dass der Unterrichtsausfall in NRW erheblich ist.

Schließlich sind auch viele Schulgebäude in einem schlechten baulichen Zustand, viele Toilettenanlagen sind dringend sanierungsbedürftig. Es fehlt an geeigneten Räumen für den Ganztag, an Mensen, Fachräumen und Turnhallen.

Was tun?

- *Investitionsprogramm für Schulsanierung und Schulneubau (siehe auch III.2) im Umfang von 1 Milliarde pro Jahr*

- *7.500 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer (Erhöhung der Stellen um 5%) zur Verbesserung der Unterrichtsqualität und zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls*
- *vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit und damit Abschaffung der Eigenanteile für Schulbücher*
- *Wirtschaftsunternehmen und Interessenverbände dürfen keinen Einfluss auf die Unterrichtsinhalte nehmen*

3. Ausbildungsplätze: Mangel beseitigen und Qualität verbessern

„Allen Jugendlichen ist die umfassende Möglichkeit zur Berufsausbildung und Berufsausübung zu sichern."
- Landesverfassung NRW, Artikel 6

Die Notwendigkeit einer qualifizierten Berufsausbildung ist unbestritten. Dennoch haben in NRW immer noch fast eine Million der 20-29Jährigen keinen beruflichen Abschluss (IT NRW). Immer noch sinkt die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen und die Zahl der vergeblich Ausbildungssuchenden bleibt weiterhin hoch.

Im „Ausbildungskonsens NRW" wurde 1996 versprochen: „Jeder junge Mensch in NRW, der ausgebildet werden will, wird ausgebildet." 20 Jahre später ist das Versprechen immer noch nicht eingelöst. Es besteht weiterhin ein deutlicher Bewerberüberhang. Auf 100 Ausbildungsstellen kommen derzeit 120 Bewerber*innen (BA-Regionaldirektion NRW, Presseinfo vom 28.4.2016).

Den Mangel an qualifizierten Ausbildungsplätzen haben die landesweiten und örtlichen Programme, wie „Kein Abschluss ohne Anschluss" oder „Neues Übergangssystem Schule – Beruf") trotz aller Bemühungen der Beteiligten nicht beseitigen können.

Ausbildungsqualität im dualen System verbessern

Angeboten wurden 2015 in NRW rund 120.000 Ausbildungsplätze und damit erneut weniger als im Vorjahr. Dem Angebot standen etwa 140.000 Bewerber*innen gegenüber. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) fasst diesen Personenkreis mit den „ Ausbildungsinteressierten" zusammen, die ihren Vermittlungswunsch bereits vor dem Stichtag 30.9. aufgegeben haben. Insgesamt suchten demnach 2014 in NRW fast 200.000 Jugendliche eine Lehrstelle (BIBB-Datenreport 2016). Die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ist also noch erheblich größer als öffentlich dargestellt.

Von allen ausbildungsinteressierten jungen Leuten erhielten nur knapp 60 % eine Ausbildungsstelle, dies ist nach Berlin die niedrigste Einmündungsquote aller Bundesländer. Zur Ausbildungsmisere trägt zudem die hohe Quote aufgelöster Verträge bei. Häufig sind schlechte Ausbildungsbedingungen der Grund für Vertragsauflösungen. Ebenfalls trägt zur Misere bei, dass nur noch knapp ein Viertel aller NRW-Betriebe ausbildet und die Ausbildungsqualität zum Teil ungenügend ist.

Was tun?

- *Wer nicht ausbildet, soll zahlen! NRW muss sich dafür einsetzen, dass auf Bundesebene endlich eine Ausbildungsplatzumlage eingeführt wird*
- *Einsetzung unabhängiger „Inspekteure", welche die betriebliche Ausbildungsqualität überprüfen und Betriebe beraten*

Kapazitäten im schulischen Berufssystem ausbauen

Das Gros der Schülerschaft im vollzeitschulischen System wird ausgebildet an berufsqualifizierenden Schulen für Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufe. Deren Ausbildungsplatzangebot stagniert seit über einem Jahrzehnt. Viele junge Leute, die an einer Ausbildung in diesen Berufen interessiert sind, müssen abgewiesen werden. Das hat zur Folge, dass der weiterhin steigende Bedarf an Fachkräften nicht gedeckt werden kann. Dabei werden Erzieher*innen, Kranken- und Altenpfleger*innen und auch verschiedene andere Fachkräfte dringend gebraucht.

Was tun?

- *Die Ausbildungskapazität für Gesundheits-, Sozial und Erziehungsberufe sofort deutlich ausbauen*

Das Übergangssystem weiter umbauen

Jedem jungen Menschen soll eine Ausbildung gemäß seiner Neigungen und Fähigkeiten ermöglicht werden. Dafür bedarf es neben einer Ausbildungsplatzoffensive auch öffentlicher und sozialpädagogisch begleiteter Ausbildungsmaßnahmen anstelle von perspektivlosen Warteschleifen. Benachteiligten Jugendlichen und Heranwachsenden müssen darüber hinaus notwendige und geeignete Hilfen zur Verfügung gestellt werden. Die dafür bestehenden gesetzlichen Grundlagen, insbesondere der § 13 SGB VIII, dürfen nicht der „Schwarzen Null“ zum Opfer fallen, sondern müssen angesichts sich verschärfender Jugendarbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Schieflagen verstärkt angewendet werden.

Auch im Jahr 2015 wechselten noch etwa ein Viertel aller Schulabgänger*innen nach der 10. Klasse, insgesamt ca. 61.000 junge Leute, oft solche mit Lernschwächen oder sozialen Problemen in berufsvorbereitende Maßnahmen. Der Rückgang seit 2005 ist damit in NRW geringer als in vielen anderen Bundesländern. Das Übergangssystem mit mehreren Milliarden € jährlicher Kosten steht seit längerem in der Kritik von Politik, Praxis und Forschung. Es besteht aus einem Sammelsurium von Maßnahmen, in das die nicht in Ausbildung vermittelten Jugendlichen abgeschoben werden, häufig ohne Aussicht auf eine anschließende qualifizierte Ausbildung.

Dieses System erfüllt seine Aufgabe, in reguläre Berufsausbildung überzuleiten, nur sehr unzulänglich. Zudem hat es ausgrenzende und diskriminierende Effekte. Daher sollten seine Aufgaben einerseits dem Schulsystem und andererseits dem dualen System übertragen werden. Auf diese Weise ließen sich die bisher dem Übergangssystem zufließenden Mittel sehr viel effektiver einsetzen.

In Betrieben ist die „assistierte Ausbildung“ für Jugendliche mit Unterstützungsbedarf einzuführen. Deren Ausbildungsdauer muss ggf. zeitlich gestreckt werden.

Was tun?

- *Stopp der Überweisungen in das „Übergangssystem“, stattdessen reguläre Ausbildungsplätze oder schulische Weiterqualifizierung*
- *Assistierte Ausbildung für Jugendliche mit Unterstützungsbedarf als flächendeckendes Angebot einrichten*

4. Hochschule: Mehr Studienplätze und sichere Arbeitsplätze schaffen

Hochschulen haben eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Sie müssen dem wissenschaftlichen Fortschritt mit friedlichen Zielen verpflichtet sein. NRW hat die höchste Hochschuldichte und damit Studierendenzahlen bundesweit und mehr als 100.000 Beschäftigte. Schon deshalb muss NRW auch eine Vorreiterrolle als studierenden- und beschäftigtenfreundliches Hochschulland einnehmen – für das Wohl aller Menschen. Wir setzen uns für demokratisch kontrollierte Hochschulen mit qualitativ hochwertiger Lehre und Forschung, ausreichenden Studienplätzen für alle Studiengänge und Abschlüsse, einen Hochschulzugang ohne Selektion, eine gute Betreuungsrelation und Dauerstellen für das wissenschaftliche Personal ein.

Die staatlichen Hochschulen befinden sich seit Jahren in weitreichenden, betriebswirtschaftlich geprägten Veränderungsprozessen. Die Universitäten entwickeln sich zu unternehmerischen Hochschulen, die untereinander im harten Wettbewerb um Exzellenzförderungen und Drittmitteln stehen, auch weil die staatliche Hochschulfinanzierung nicht ausreichend angepasst wird.

Wesentliche Grundlagen der Veränderungen hochschulpolitischer Rahmenbedingungen liegen u.a. in der Bologna-Reform von 1999 mit der Einführung des gestuften Studienabschlusses in Bachelor- und

Masterabschlüssen, die zur Unterteilung in Zwei-Klassen-Akademiker*innen geführt hat. Vielen Bachelor-Absolvent*innen bleibt die Chance auf einen Masterabschluss verwehrt, mit dem verkürzten Studium des Bachelor sind sie der Wirtschaft willkommene, weil unterbezahlte, akademische Fachkräfte.

Flankiert wird der Veränderungsprozess durch vom Bund finanzierte Exzellenzinitiativen, Exzellenzcluster und Graduiertenschulen. Die sich dadurch verschärfende Konkurrenz zwischen den Hochschulen führt ebenfalls zu einer Spaltung in Zwei-Klassen-Hochschulen. Einerseits die Hochschulen, die sich für eine elitäre Spitzenforschung für Master-Studierende etablieren konnten und andererseits den Hochschulen, die eine Massenausbildung in Form des Bachelor für die schnellstmögliche Arbeitsmarktverwertung anbieten.

Durch die einseitige Exzellenzförderung bei gleichzeitig zurückfallenden Mitteln durch die allgemeine Hochschulfinanzierung gerät die Qualität der Lehre zunehmend in den Hintergrund. Die kontinuierlich steigende Drittmittelfinanzierung aus der Wirtschaft auf inzwischen fast 25% ersetzt zunehmend die gesellschaftlich wichtige Grundlagenforschung gegen Auftragsforschung für die Wirtschaftsinteressen. Der steigende Einsatz von Drittmitteln hat die Zahlen der, zum Teil extrem kurzfristigen, Befristungen des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen explodieren lassen.

NRW hatte bei dieser Entwicklung eine unrühmliche Vorreiterrolle, als das unter schwarz-gelb eingeführte Hochschulfreiheitsgesetz den Einfluss der wirtschaftlichen Interessen besonders befördert und die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Hochschulgremien zugunsten der Wirtschaftsinteressen z.B. durch die Hochschulräte, stark eingeschränkt hat.

Das heute geltende rot-grüne Hochschulzukunftsgesetz hat sich zwar den landespolitischen Einfluss zurückgeholt, die durch die Fehlentwicklungen entstandenen Probleme aber nicht ansatzweise gelöst. Dazu gehören die strukturelle Unterfinanzierung für Hochschulen, die nicht zum exklusiven Club der Exzellenz-Unis gehören und damit verbunden die sinkende Zahl von wissenschaftlichen Dauerstellen, zu wenig Studienplätze auch für Masterstudierende und eine schlechte Betreuungsrelation. Ganz zu schweigen von der Qualität der Lehre, die bei der Vergabe von Exzellenzförderungen und Drittmitteln komplett leer ausgeht.

Qualitativ hochwertiger Ausbau der Studienplätze in NRW

Die Nachfrage nach Studienplätzen ist in den vergangenen Jahren enorm angestiegen. Da mittlerweile mehr als 60% aller jungen Erwachsenen in NRW eine Hochschulzugangsberechtigung haben, müssen die Hochschulen ausgebaut und in die Lage versetzt werden, Studienplätze entsprechend der gesellschaftlichen Nachfrage vorzuhalten. Tatsächlich ist es aber so, dass die Kapazitäten für die Hochschullehre kaum ausgebaut wurden. Im Ergebnis ist die Betreuung der Studierenden seit vielen Jahren in NRW bundesweit am schlechtesten. Hinzu kommt, dass trotz des Anstiegs der Zahl der Studienberechtigten die soziale Herkunft bei der Entscheidung für ein Studium immer noch eine große Rolle spielt. Während 75% der Kinder von Akademiker*innen studieren, studieren 75% der Kinder von Nicht-Akademiker*innen nicht.

Was tun?

- *Erhöhung der Zahl der Studienplätze in NRW, so dass genügend Plätze für alle Studieninteressierten zur Verfügung stehen*
- *Abschaffung des Numerus Clausus und anderer Selektionsinstrumente, mit denen junge Menschen am Studium gehindert werden*
- *Verbesserung der Betreuungsrelation von Lehrenden zu Studierenden, so dass sich die Qualität des Studiums wieder verbessert*
- *Die Anzahl der Masterstudienplätze muss sich am Bedarf der Studierenden orientieren - nicht an fiktiven Zahlen des Wissenschaftsrates! Jede*r qualifizierten Bewerber*in ist ein Masterstudienplatz gesetzlich zu garantieren. Zusätzliche Zugangskriterien wie Mindestnote, Bewerbungsschreiben oder gar Abiturnote sind zu verbieten*
- *Für Studierende mit familiären Verpflichtungen und solche, die einer Erwerbsarbeit während des Studiums nachgehen müssen oder wollen, sollen Hochschulen ihr komplettes Studienangebot auch als echte Teilzeitstudiengänge anbieten*
- *Kinderbetreuungsplätze für Studierende mit Kindern an den Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen*
- *Bundesratsinitiative für die Wiedereinführung des elternunabhängigen BAFöGs und Anpassung der Höhe der BAFöG-Sätze an die heutigen Lebenshaltungskosten*

Gute Arbeitsplätze für alle Beschäftigten an den Hochschulen garantieren. – Die Prekarisierung an den Hochschulen muss überwunden werden

Ein großer Teil der Beschäftigten an den Hochschulen befindet sich in befristeten Arbeitsverträgen, häufig mit kurzen Laufzeiten. Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung ist ebenfalls häufig anzutreffen. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Lehraufträgen, die nur stundenweise vergütet werden und mit keinerlei sozialer Absicherung verbunden sind. Da die gute Ausbildung der Studierenden, aber auch die Forschung Daueraufgaben sind, bedarf es hierfür auch dauerhaft beschäftigter Mitarbeiter*innen, die tariflich abgesichert und sozialversichert sind.

Was tun?

- *Einen wissenschaftlichen Mittelbau - also Berufsbiografien, die nicht mit dem Professor*Innentitel enden - aufbauen und im Hochschulgesetz wie auch im Landeshaushalt verpflichtend verankern*
- *Wissenschaftliche Hilfskräfte als Personalkategorie abschaffen und durch deutlich besser entlohnte Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*Innen ersetzen, da beide Stellenkategorien ein abgeschlossenes Studium voraussetzen. Wissenschaftliche Mitarbeiter*Innen benötigen zudem eine gerechte Stellenzuweisung und eine Perspektive, langfristig im Hochschulsystem arbeiten zu können. Die Kettenzeitverträge sind abzuschaffen*
- *Die unterschiedliche Entlohnung von FH- und Unibeschäftigten muss ein Ende finden*
- *Studentische Hilfskräfte benötigen eine professionelle Personalvertretung, um die eigenen Interessen gegenüber denen der Arbeitgeber*Innen verteidigen und durchsetzen zu können*
- *Das Hochschulpersonal wieder zurück in die Landeshoheit überführen*

Hochschulen, ihre Forschung und Lehre dienen der Gesellschaft und nicht wirtschaftlichen Interessen

Forschung und Lehre dürfen nicht von wirtschaftlichen Gewinninteressen abhängen. Um breite Grundlagenforschung z.B. in der Medizin auch weiterhin an den Bedürfnissen resp. Krankheiten der

Menschen zu orientieren und nicht an den Gewinnerwartungen der Pharmakonzerne, brauchen Forschung und Lehre eine insgesamt ausreichende öffentliche Hochschulfinanzierung.

Was tun?

- *Die steigende Drittmittelorientierung der Hochschulen muss wieder durch eine ausreichende öffentliche Finanzierung von Lehre und Forschung ersetzt werden*
- *Bis dahin müssen Forschungsvorhaben, Projekte und ihre Finanzierungen vollständig transparent gemacht und die Pflicht zur Transparenz im Hochschulgesetz verankert werden. Wer, wie das meistens der Fall ist, Forschungsvorhaben aus Drittmitteln und öffentlicher Förderung finanziert, darf sich nicht mit Geheimhaltungsklauseln rausreden. Nur so lässt sich eine demokratische, gesellschaftlich orientierte Forschung garantieren*
- *Forschung für militärische Zwecke muss unter Sanktionen verboten werden. Die Zivilklausel in das neue Hochschulgesetz als MUSS-Bestimmung einführen*

5. Weiterbildung: Angebote ausbauen, Personal anständig bezahlen

Der Ausbau der Weiterbildung zu einem gleichberechtigten Teil des Bildungssystems war bereits die Forderung des Deutschen Bildungsrates im Strukturplan für das Bildungswesen 1970. Der öffentliche Bildungsauftrag für Erwachsenen- und Weiterbildung beinhaltet demnach das Recht auf Lernen in jedem Alter für gesellschaftliche, berufliche, kulturelle oder persönliche Ziele: zur Entfaltung einer eigenen, selbstbewussten Persönlichkeit und zur Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Dafür müssen staatliche Rahmenbedingungen und ausreichende öffentliche Ressourcen zur Verfügung stehen, um Standards und Strukturen in den Einrichtungen sichern zu können.

Demgegenüber ist die aktuelle Entwicklung der Weiterbildung gekennzeichnet durch krasse Fehlentwicklungen auf dem Weg zu einem marktanalogen Gebilde. Sie ist gekennzeichnet durch den Abbau staatlicher Verantwortung und Förderung, durch Privatisierung und Kommerzialisierung, durch Deregulierung und weitergehende Prekarisierung der Beschäftigung sowie soziale Selektion der Teilnehmenden.

Auch bei öffentlichen Einrichtungen müssen diese Einrichtungen immer größere Anteile ihrer Haushalte ‚am Markt' erwirtschaften, um Projektmittel konkurrieren und die Teilnehmenden immer höhere Kosten tragen. Das Postulat des lebenslangen Lernens wird konterkariert und der damit verbundene Blick auf die Individualität von Lernprozessen zweckentfremdet, um die Verantwortung für Bildungsteilhabe dem Individuum zuzuschreiben und den Staat zum Zweck der Kostenersparnis weitgehend aus der Verantwortung zu entlassen. (vgl. hier wie im Folgenden: Weimarer Thesen 2012, prekär-Info I/2013 der GEW). Hochgradig gefährdet sind damit die Pflichtaufgabe, der Versorgungsauftrag und die tatsächliche Offenheit für alle, wie das NRW- Weiterbildungsgesetz (WbG NRW) es fordert.

Dagegen setzen wir die Perspektiven für eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung und einen Ausbau der Volkshochschulen, den örtlichen, wohnortnahen Zentren für Weiterbildung.

Was tun?

- *Ressourcen für einen tatsächlichen Ausbau des Versorgungsauftrages nach dem Weiterbildungsgesetz NRW (WBG NRW) bereitstellen*
- *1 % des Landes- Bildungsbudgets für die Förderung der Weiterbildung aufwenden*
- *langfristig kostendeckende Finanzierung und koordinierte Verantwortung in der öffentlichen Weiterbildung durch Bund, Länder und Gemeinden*
- *Aufstockung der kommunalen Finanzmittel für die Weiterbildung*

Öffentliche Strukturen fördern und ausbauen

Gegen die fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung wollen wir öffentlich geförderte und verantwortete Weiterbildungsstrukturen ausbauen und stärken. Dies gilt besonders für die bundesweit über 900 Volkshochschulen, die den Kern der öffentlich geförderten Weiterbildung darstellen. Es muss verhindert werden, dass sie sich zunehmend dem Bildungsmarkt, seiner kommerziellen Ausrichtung, seinen selektiven Konkurrenzstrukturen und überwiegenden Projektfinanzierung unterwerfen müssen.

Volkshochschulen sind bundesweit ortsnah vorhanden und halten die Grundversorgung an Weiterbildung vor. Viele sind außerdem Ansprechpartner für unterschiedlichsten Zielgruppen, besonders auch für diejenigen, die zu ‚Verlierern' am Bildungsmarkt abgestempelt werden. In den Kommunen tragen sie oft wesentlich dazu bei, den Zusammenhalt von Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Milieus zu erhalten und ihre Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft zu stärken. Im Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetze können Volkshochschulen eine wichtige Schnittstelle darstellen und eine flächendeckende Versorgung für alle Erwachsenen sichern. Eine Perspektive der VHS und ihrer Angebote liegt in der aufsuchenden Bildungsarbeit bis hin zur Sozialraumentwicklung sowie in Aufbau und Anleitung virtueller Lernnetzwerke.

Neben der Förderung von Menschen mit Grundbildungsbedarf und dem Nachholen von Schulabschlüssen zählen wir auch Folgendes zur grundlegenden, allgemeinwohl-bezogenen Weiterbildung: Integrationskurse für Migrantinnen und Migranten, Zugänge zum Arbeitsmarkt, Übergänge zwischen Schule und Ausbildung, ein Zugang zur Hochschule für Berufstätige, Umgang mit neuen Medien; diese sind ohne oder nur mit geringem Teilnehmerentgelt anzubieten. Die individuell aufzubringenden Entgelte dürfen nicht zum Teilnahmehindernis werden.

Was tun?

- *Das Angebot zur Grundbildung der Bevölkerung entgeltfrei zur Verfügung stellen*
- *Ausweitung der Inhalte des Bildungsurlaubs und weiteren Ausbau des Abeitnehmerweiterbildungsgesetzes (AWbG-NRW)*

Um Menschen für eine Teilnahme an Weiterbildung zu motivieren, sie über ihre Möglichkeiten zu informieren, sind wohnortnah subjektorientierte, gender- und kultursensible Beratungsstellen in öffentlicher Trägerschaft einzurichten. Sie arbeiten mit Konzepten, die auf die Ratsuchenden ausgerichtet sind. Zu den guten Rahmenbedingungen zählen auch ein professionelles, wissenschaftlich ausgebildetes Personal mit tariflicher Eingruppierung.

Prekäre Arbeit abschaffen

In keinem anderen Bereich des Bildungswesens wird völlig selbstverständlich hingenommen, dass Unterrichtstätigkeit vorrangig von Honorarkräften durchgeführt wird. Unter ihnen prekär Beschäftigte, die gering vergütet, das Ausfall- und Krankheitsrisiko ebenso allein tragen wie die Kosten zu ihrer sozialen Sicherung. Ihr Einkommen erreicht nach Abzug aller Abgaben oft nur die Höhe von Geringverdienern, viele müssen „aufstocken"! Damit ist Altersarmut vorprogrammiert. Obschon sie öffentliche Bildungsaufgaben erfüllen und in staatlichen Einrichtungen tätig sind, können sie nicht die Bedingungen ihrer Arbeit und ihres Einkommens kollektiv aushandeln; Mitbestimmungsfunktionen sind ihnen weitgehend versperrt. Ein unerträglicher Zustand.

Durch eine verlässliche und deutlich höhere Finanzierung der Erwachsenen- und Weiterbildung können mehr feste Stellen und tarifliche Bezahlung ermöglicht bzw. entsprechend hohe Honorare mit sozialer Absicherung (wieder) eingeführt werden.

Was tun?

- *Auf Antrag den scheinselbstständig Beschäftigten in einem ersten Schritt den Status als Arbeitnehmerähnliche anzuerkennen, und ihnen Urlausgeld zu zahlen. Längerfristig sollen tarifvertragliche Regelungen für alle pädagogischen Tätigkeiten entwickelt und durchgesetzt werden*
- *Bei längerfristigen Angeboten und Maßnahmen sind den Honorarkräften feste bzw. zeitlich befristete Stellen zu tariflichen Konditionen anzubieten*
- *Honorarkräfte erhalten pro Unterrichtsstunde ein Honorar von mindestens 36 €; der Mindestlohn nach dem Branchen-Tarifvertrag Weiterbildung kann hier keine Anwendung finden*
- *Mehr Stellen zu schaffen für Festangestellte mit tariflicher Entlohnung nach dem TVöD. Das setzt voraus, dass Maßnahmen- und Kurskosten mit realistischen, tariflichen Personalkosten kalkuliert werden und die Förderung entsprechend ausgerichtet wird. Die Mehrkosten sind nicht auf die Teilnehmenden abzuwälzen*
- *Den Einsatz multiprofessioneller Teams, u.a. Sozialarbeiter**innen zur Ansprache und Begleitung von längerfristigen und wiederkehrenden Lerngruppen aus den sog. bildungsfernen Schichten und aus der Gruppe der „Schulmüden“*
- *Möglichkeiten einer effektiven und wirkungsvollen Interessenvertretung und Mitbestimmung sind (wieder) einzuführen für das Personal und die Teilnehmenden in der Weiterbildung*

V. Diskriminierung verhindern und Gleichberechtigung verwirklichen

Wir wollen, dass die Vielfalt unterschiedlicher Formen des Zusammenlebens gleichermaßen respektiert, geachtet und geschützt wird. Diskriminierung wollen wir überwinden, gleich ob aufgrund des Geschlechts, des Alters, der Weltanschauung oder Religion, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung und Identität oder aufgrund körperlicher, geistiger oder psychischer Beeinträchtigungen. Barrieren müssen fallen, wir wollen sie in der Mobilität, in schulischer und beruflicher Bildung, im Beruf und in der Kommunikation unter aktiver Einbeziehung der Betroffenen und ihrer Angehörigen gezielt abbauen.

1. Frauen: Zeit und Arbeit neu verteilen

Als LINKE wollen wir mit und für Frauen viel mehr erreichen als nur Gleichstellungspolitik. Wir wollen keine Frauenpolitik, die dafür sorgt, dass Frauen sich bestmöglich stereotyp-männlichen Rollenbildern anpassen, um „erfolgreich“ zu sein. Denn hier wird von Frauen ein Verhalten verlangt, das auf Konkurrenz und Machtstreben zielt anstatt auf ein konstruktives Miteinander. Wie Männer werden damit nun auch sie unter Druck gesetzt, einem sich immer weiter selbstoptimierenden, möglichst profitablen und effizienten Ideal zu entsprechen. Perfekte Selbstausbeutung und ein Leben für den Markt sind aber nicht unsere Ziele.

Wir wollen eine neue Aufteilung der vorhandenen (Lebens-)Zeit. Eine Verteilung, die es allen möglich macht zu arbeiten, sich selber weiterzuentwickeln, sich zu bilden und sich um andere Menschen zu kümmern. Ebenso ließe sich der Wunsch vieler, insbesondere junger Männer, erfüllen, mehr Zeit für ihre Familien sowie gesellschaftliche und soziale Beziehungen zu haben. In einer solchen Gesellschaft können die ungenutzten Erfahrungen vieler Frauen als Krisenexpertinnen ganz anders zum Tragen kommen und glänzen. Beispielsweise in Bereichen der Städteplanung oder der Finanzwirtschaft, wo ein Blick auf die Bedürfnisse des Lebens bislang oft fehlt.

Die meisten Menschen empfinden die Zeit mit ihren Familien und ihren Freund*innen oder die Zeit für sich allein als die schönste und wertvollste Zeit im Leben. Viele von uns wünschen sich mehr davon und freuen sich auf diese Momente – oder bereuen rückblickend, nicht mehr davon gehabt zu haben.

Doch immer häufiger dominiert die Arbeitszeit das Leben, sei es in Form längerer Wochen- oder Lebensarbeitszeiten oder der Ungleichheit der Arbeitszeitverteilung in den Partnerschaften und Familien durch immer mehr Schicht- und Wochenendarbeit.

Gesundheit, Kinder, Senior*innen, soziale Berufe, Elternschaft sind die Bereiche, die dem Rotstift als erstes zum Opfer fallen. Ein Blick in Kitas, Schulen, Stadtparks, Altenheime, Wohnviertel oder Sportplätze reicht als Beleg. Arbeit, die gutes Leben ermöglicht, wird ins unbezahlte „Private“ geschoben, ohne Ausbildung erledigt oder mies bezahlt. Erledigt wird sie zum größten Teil von Frauen. Gleichzeitig wird deutlich, dass unterstützende Angebote nur nutzen kann, wer sie auch bezahlen kann.

Politik für Frauen ist Politik für Menschen

Wir wollen das nicht länger hinnehmen und setzen uns für eine Politik ein, die Arbeitszeit gerechter verteilt, soziale Arbeiten wertschätzt und Frauenarbeit besser bezahlt.
Das Leben und alles, was es lebenswert macht, rückt in den Mittelpunkt des politischen Planens und Handelns. Als starke Stimme für dieses Ziel auf allen Ebenen bieten sich die Gleichstellungsbeauftragten an. Wir wollen ihren Auftrag entsprechend erweitern und die Befugnisse stärken.

Was tun?

- *Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes*
- *Befugnisse der Gleichstellungsbeauftragten ausweiten*

Auf dem Weg für ein gutes Leben für Alle

Heute leben Frauen wesentlich häufiger in Armut als Männer. Viele von ihnen haben Angehörige gepflegt, sich um die Familienarbeit gekümmert und wurden für diese gesellschaftlich notwendige Arbeit nicht bezahlt. Gleichzeitig bekommen sie für gleichwertige Arbeit weniger Geld und sind in entscheidenden Funktionen in Wirtschaft, Politik oder Gesellschaft weniger vertreten. Frauen werden sehr viel häufiger Opfer von Sexismus und Gewalt.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Der Lohnabstand zwischen den Geschlechtern betrug in NRW im Jahr 2015 rund 22 %. Zumeist sind es Frauen, die durch Familienarbeit, durch Teilzeit- und Minijobs später nur eine Armutsrente erhalten und im Alter angewiesen sind auf zusätzliche Leistungen. Und für Frauen in Erwerbsarbeit gilt: Gleichwertige Tätigkeiten werden extrem unterschiedlich bezahlt. Die sogenannten sozialen Berufe rund um Erziehung, Pflege und Gesundheit werden im Schnitt deutlich geringer entlohnt als technische Berufe. Die körperlichen und psychischen Belastungen steigen dabei stetig an. Gleichzeitig sind Frauen in Leitungspositionen weiter unterrepräsentiert. Wir treten dafür ein, dass die Lohnlücke geschlossen wird.

Was tun?

- *Für mindestens 50 % Frauen in Leitungsfunktionen und Aufsichtsorganen sorgen*
- *Aufwertung der sozialen, pflegerischen und Erziehungsberuft*
- *Entgeltgleichheitsgesetz für den öffentlichen Dienst bschließen*

Alleinerziehend, weiblich – ein gutes Leben?

90 % der Alleinerziehenden in NRW sind Frauen und 50 % dieser Frauen leben von Hartz IV, Tendenz steigend. Der Wiedereinstieg in den Beruf nach Erziehungspausen gestaltet sich nach wie vor schwierig. Das höchste Risiko, in Armut aufzuwachsen und dauerhaft in Armut leben zu müssen, besteht für Kinder aus alleinerziehenden Haushalten.

50 % der Kinder von Alleinerziehenden erhalten keinen Unterhalt, 25 % bekommen weniger, als ihnen zusteht. Hinzu kommt eine mangelnde gesellschaftliche Wahrnehmung im Alltag der enormen Belastung von Alleinerziehenden, was zu sozialer Isolation führen kann.

Wir wollen, dass sich die Lage für Alleinerziehende schnell verbessert.

Was tun?

- *Wiedereinstiegsprogramme in den Beruf für Alleinerziehende anbieten*
- *Teilzeitausbildungen mit Kinderbetreuung ermöglichen*
- *Verlässliche Finanzierung von Mütterzentren sicherstellen*
- *Unterstützung von Selbsthilfenetzwerken Alleinerziehender*

Sexismus die rote Karte zeigen

Voraussetzung für eine gleichberechtigte Gesellschaft ist, die alltäglichen sexistischen Diskriminierungen, Erwartungshaltungen, Zuschreibungen, genormte Bilder und Vorbilder abzuschaffen.

Ein gutes Leben für alle bedeutet auch, individuelle Lebens- und Liebesmuster leben zu können. In der Realität werden wir in Bildung, Werbung, Berufsalltag oder im öffentlichen Raum mit traditionellen Rollenbildern konfrontiert, die unser gesellschaftliches Zusammensein maßgeblich beeinflussen. Wir wollen die einschränkende Dominanz dieser Rollenbilder aufbrechen und damit mehr Freiraum für individuelle Entfaltung schaffen.

Was tun?

- *Alte Rollenbilder in Bildung und Erziehung aufbrechen*
- *Lehr- und Lernmaterialien entsprechend überarbeiten*
- *Lehrer*innen und Erzieher*innen entsprechend ausbilden*
- *Keine sexistische Werbung mehr auf öffentlichen Flächen*
- *Gleichstellung aller sexueller Identitäten*

Ein gutes Leben bedeutet auch sexuelle Selbstbestimmung

Die sexuelle Selbstbestimmung ist ein wesentlicher Grundsatz eines linken Feminismus und darf weder eine Frage des Einkommens, noch der Herkunft sein. Konkret bedeutet dies für Frauen, selbst über ihren Körper und ihr Leben zu entscheiden und nicht den unterschiedlichen Erwartungshaltungen einer patriarchalischen Gesellschaft entsprechen zu müssen.

Hierzu gehört eine echte Wahlfreiheit über Verhütung, unabhängig vom finanziellen Status. Der Kampf gegen die sexuelle Herabwürdigung des weiblichen Körpers im Alltag oder auch die Wahl über Geburtsformen und Geburtsorte.

Hebammen absichern

Die Sicherung des Berufs der Hebammen und die dauerhafte Gewährleistung dieser für Frauen unverzichtbaren Unterstützung sind hierbei zwingend erforderlich. Es ist nicht hinnehmbar, dass seit Jahren immer mehr Hebammen aufgrund der Haftpflichtproblematik aus der freiberuflichen Geburtshilfe aussteigen oder gar den Beruf ganz aufgeben. Bereits jetzt findet nicht mehr jede Frau eine Hebamme bei der Schwangerenvorsorge und der Wochenbettbetreuung oder für eine außerklinische Geburt. Insbesondere im ländlichen Raum in NRW mussten bereits Kreißsäle schließen, da keine Beleghebammen mehr zu finden sind.

Was tun?

- *Kostenlose Verhütungsmittel für Geringverdienerinnen*
- *Schwangerenkonfliktberatung flächendeckend sichern, keine Androhung von Strafen*
- *Finanzielle Absicherung der freien Hebammen*

Gewaltfrei leben können

Gewalt gegen Frauen findet zumeist im engen persönlichen Kreis statt, unbeobachtet von der Gesellschaft. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist jedoch keine Privatsache, sondern Ergebnis der gesellschaftlichen Macht- und Ressourcenverteilung. Politik muss Gewalt gegen Frauen bekämpfen und die Unterstützung der Opfer garantieren.

Linker Feminismus ist antirassistisch, wir lehnen jede Form von Ungleichbehandlung von Tätern sexueller Gewalt ab.

Was tun?

- *Konzept zur Gewaltprävention gegen Frauen*
- *Ausbau und Weiterführung der Online-Beratung für Gewaltopfer*
- *Finanzielle Absicherung der Beratungsstellen und Frauen-Notrufe*
- *Frauen- und Mädchenhäuser flächendeckend finanziell absichern*

2. Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen

Seit über 100 Jahren beherbergen das Rheinland und Westfalen Europas größte Industrieregion. Ein Einwanderungsland ist das Gebiet noch länger. An Rhein und Ruhr standen die Waffenschmieden für zwei Weltkriege mit Millionen Opfern und weitreichender Zerstörung in Europa. Auch heute werden von den Rüstungskonzernen in NRW die Waffen produziert, vor denen Menschen etwa aus Syrien zu uns flüchten.

Sowohl nach dem zweiten Weltkrieg ab 1945 als auch nach der Wiedervereinigung seit 1990 sind hunderttausende Geflüchtete aus Osteuropa zu uns gekommen. In den 1960er Jahren schloss die BRD im Namen der Industrie Anwerbeabkommen mit Ländern Südeuropas. Allein aus der Türkei kamen mehrere hunderttausend Arbeitsmigrant*innen, die mit ihren Familien hier heimisch wurden. Anfang der 1990 Jahre erreichten uns viele Menschen, die vor den Kriegen in Jugoslawien geflohen sind.

Ob Einwanderung gelingt oder zu Konflikten führt, hängt wesentlich davon ab, ob alle Beteiligten gleichberechtigt in sozialer Sicherheit leben können. Integrationspolitik bedeutet daher für uns vor allem: Gleiche soziale und politische Rechte für alle.

DIE LINKE NRW sieht in der vollständigen Inklusion von Migrant*innen die Voraussetzung für eine gut funktionierende Einwanderungsgesellschaft. Inklusion findet überall dort statt, wo Menschen gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen teilhaben. Sie ist nur dann verwirklicht, wenn alle Menschen praktisch über gleiche soziale und politische Rechte verfügen.

Für Menschen mit Migrationshintergrund gelten im Rahmen der Ausländergesetze eine Reihe von Sonderregeln, die sie insbesondere in der Arbeitswelt benachteiligen. Menschen ohne anerkannten Aufenthaltstitel dürfen gar nicht arbeiten. Auch deshalb ist die Erwerbslosigkeit bei Migrant*innen in NRW höher als bei der Gesamtbevölkerung. Das Teilhabe- und Integrationsgesetz der SPD-Grünen-Landesregierung wird dieser Diskriminierung kein Ende setzen.

Für ein Einwanderungsland müsste es selbstverständlich sein, dass Menschen, die über Jahre ihren Lebensmittelpunkt hier haben, auch gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Doch die Realität sieht anders aus: Für Menschen mit Migrationshintergrund ist der Zugang zu guter Bildung schwer. Sie sind stärker von Armut und prekärer Beschäftigung betroffen.

Gleiche soziale und politische Rechte für Alle

Über zwei Millionen Menschen in NRW sind nicht eingebürgert. Zunehmend wird es ihnen erschwert, die deutsche Staatsbürgerschaft und damit formal gleiche Rechte zu erlangen. Die Kosten für die Einbürgerung sind extrem hoch. Es ist undemokratisch, eine große Zahl von Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in NRW haben, rechtlich zu Menschen zweiter Klasse zu machen. Statt Sonderregelungen und Erlasse gegen Migrant*innen fordern wir die volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte Einbürgerung und das kommunale Wahlrecht auch für Menschen, die keine EU-Bürger*innen sind.

Ergänzt werden muss eine solche Politik durch einen konsequenten Ausbau des Diskriminierungsschutzes auf allen Ebenen. Das Land NRW muss sich dafür einsetzen, diskriminierende und ausgrenzende Gesetze und Vorschriften auf Landes- und Bundesebene zu beseitigen. Das ist auch ein zentraler Baustein im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung.

Was tun?

- *Verfahren der Einbürgerung vereinfachen und Gebühren abschaffen*
- *Zulassung von Doppel- und Mehrfachstaatsangehörigkeiten erleichtern*
- *Kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft hier lebende*
- *Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen*
- *Antidiskriminierungsgesetz für NRW einführen*

Integration durch Bildung

Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine wichtige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe am Berufsleben, an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen. Kinder mit Migrationshintergrund müssen – wie alle Kinder – höchstmöglich qualifiziert werden. Insbesondere Sprachförderangebote müssen für alle Kinder mit entsprechendem Bedarf stattfinden.

Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund soll als Chance verstanden und gefördert werden. Kinder mit einer natürlichen Mehrsprachigkeit haben einen Anspruch auf eine Förderung, die ihrer persönlichen Situation gerecht wird. Wir wollen an den Schulen ausreichende personelle und sachliche Ressourcen schaffen, um dies flächendeckend sicherzustellen. Wir setzen uns dafür ein, die Herkunftssprache als zweite Fremdsprache anzuerkennen und in Schulen als offene Angebote für alle Schüler*innen anzubieten.

Das bestehende Integrationskurssystem ist in vielerlei Hinsicht verbesserungsbedürftig. Es müssen mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um eine faire Bezahlung der Lehrkräfte und eine hohe Qualität der Kurse zu ermöglichen. Zudem müssen Flüchtlinge mit Duldung, Asylsuchende und Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus einbezogen werden.

Neu hier ankommende Menschen haben vielfach Qualifikationen und Schul- und Berufsabschlüsse verschiedenster Art. Diese anzuerkennen ist ein wichtiger erster Schritt, um den Betreffenden einen guten Start und eine erfolgreiche Inklusion zu ermöglichen.

Was tun?

- *Allen eingewanderten und geflüchteten Menschen unmittelbar kostenlose Sprachkurse zur Verfügung stellen*
- *Feste Stellen und angemessene Bezahlung für Integrationslehrer*innen finanzieren*
- *Integrationskurse für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus anbieten*
- *Schulen zur Förderung von Mehrsprachigkeit angemessen ausstatten*
- *Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen erleichtern*

Interkulturelle Kompetenz ausbauen - Selbstorganisationen stärken

Damit das Zusammenleben gelingt, müssen nicht nur sprachliche, sondern auch kulturelle Barrieren abgebaut werden. Das bedeutet zunächst einmal, die eigene Kompetenz im Umgang mit verschiedenen Kulturen zu stärken.

Sich für die eigenen Interessen zusammenzuschließen ist ein Grundrecht, dessen Ausübung für das Ankommen und selbstbewusste Auftreten in einer neuen Umgebung von besonderer Bedeutung ist. Selbstorganisationen von Migrant*innen sollten daher vom Land NRW gefördert werden.

Was tun?

- *Interkulturell kompetente Fachkräfte in Bildung, Gesundheitswesen und Behörden*
- *Öffentlicher Dienst als Vorreiter für die Integration in Ausbildung und Berufsleben*
- *Für Integrationsprojekte bereitgestellte Gelder aus öffentlichen Landesmitteln sollen zunehmend den Selbstorganisationen der Migrant*innen zur Verfügung gestellt werden*

Für ein uneingeschränktes Recht auf Asyl

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sichert allen politisch Verfolgten ein Asylrecht zu.

Seit 1993 gilt dieses Menschenrecht nicht mehr für Menschen, die aus einem so genannten „sicheren Drittland“ nach Deutschland einreisen. Seit 1997 gilt das Abkommen von Dublin, nach dem allen das Asylrecht genommen werden sollte, die durch Nachbarland nach Deutschland gekommen sind. Seit März 2016 dürfen politisch Verfolgte wieder ausgewiesen werden, wenn sie wegen Eigentumsdelikten zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt wurden.

Das Asylpaket II vom März 2016 setzt die Familienzusammenführung für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutzstatus aus und setzt die Hürden, eine Niederlassungserlaubnis in Deutschland zu erhalten, noch deutlich höher.

Seit Jahren betreiben Deutschland und die EU eine Politik der Abschottung, die es Geflüchteten unmöglich machen soll, das Gebiet der EU zu betreten.

Begleitet werden diese Einschränkungen des Asylrechts durch eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Asylbewerber, zuletzt wieder durch eine Kürzung der Leistungen mit dem Integrationsgesetz.

Trotz der kurzfristigen Öffnung der Grenzen im Spätsommer und Herbst 2015 sehen wir, dass das Menschenrecht auf Asyl für die meisten Geflüchteten bereits abgeschafft wurde.

Was tun?

- *Bundesinitiative: Wiederherstellung des grundgesetzlichen Rechts auf Asyl*
- *Eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive für alle hier lebenden Ausländer schaffen*
- *Die menschenunwürdige Abschiebepraxis beenden*
- *Auflösung der Abschiebehaftanstalten*

Für einen radikalen Wechsel in der Flüchtlingspolitik

Die halbherzige, mangelhafte und oft diskriminierende Behandlung hier eintreffender Geflüchteter produziert Probleme und behindert die Inklusion. Die Grundlage für das künftige Zusammenleben wird vom ersten Tag an gelegt. Wir wollen unverzüglich anfangen, die bestmöglichen Voraussetzungen für gelungene Inklusion zu schaffen. NRW soll ein Land sein, das Geflüchteten offen gegenübertritt. Die Integration von Geflüchteten muss am ersten Tag ihrer Ankunft beginnen.

Die Diskriminierung von Geflüchteten im Sozialrecht muss beendet werden. Dazu gehören die vollständige Abschaffung von Residenzpflicht und Arbeitsverboten, die Auszahlung von Sozialleistungen analog zum ALG II vom ersten Tag an und das Ende der diskriminierenden und zudem kostenintensiveren Praxis, Sachleistungen statt Bargeld zu gewähren.

Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen. Viele Menschen in Deutschland müssen in Armut leben, sind auf Hartz IV angewiesen, arbeiten in schlecht bezahlten Jobs, müssen Aufstockerleistungen beantragen, weil es zum Leben nicht reicht. Sie hätten nicht einen Euro mehr in der Tasche, wenn niemand mehr flüchten würde. Die Ursache für Sozialkürzungen, Unsicherheit und prekäre Beschäftigung ist eine verfehlte Politik, die nur den Reichen nützt. Statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen müssen wir gemeinsam dafür streiten, dass es allen besser geht.

Was tun?

- *Entscheidungen der Härtefallkommission und des Petitionsausschusses müssen für die Ausländerbehörden verbindlich sein*
- *Die Strukturen der Geflüchtetenarbeit ausbauen und verstetigen Dafür mehr Personal sowohl in der Verwaltung als auch im Care-Bereich einstellen.*
- *Eine*n vom Landtag bestellte*n Flüchtlingsbeauftragte*n ernennen*[1]
- *Den Zugang zu Sozialberatung und weitere Beratungseinrichtungen gesetzlich verankern*
- *Pauschalbetrag für die kommunale Betreuung und Beratung von Asylbewerbern*
- *Vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung für Geflüchtete ermöglichen*
- *Unterbringung in Wohnungen, statt in Massenunterkünften*
- *Verbindliche und gute Standards für die Unterbringung und Versorgung schutzsuchender Menschen in den Kommunen*

3. Queer: Gleichstellung und Akzeptanz aller Lebensweisen erreichen

[1] Die/der Flüchtlingsbeauftragte soll den Landtag in allen flüchtlingspolitischen Fragen beraten, auf eigene Initiative Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen und Verordnungen abgeben dürfen, gegenüber den zuständigen Behörden Akteneinsichtsrechte besitzen und die Bevölkerung über flüchtlingspolitische Belange informieren. Der/dem Beauftragten wird ein Beirat aus Vertreter*innen der Landtagsfraktionen, der Wohlfahrtsverbände und flüchtlingspolitischen NGOs, sowie Selbstorganisationen von Flüchtlingen beigestellt.

„Warme Worte kosten nichts“: Unter diesem Motto kann die Queer-Politik der Landesregierung von SPD und Grünen zusammengefasst werden. Zwar hat die Landesregierung mit dem „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt- gegen Homo- und Transphobie“ unter Beteiligung von Selbstorganisationen der Lesben und Schwulen unterstützenswerte Ziele formuliert. Doch zur Umsetzung zahlreicher wichtiger Maßnahmen sind keine finanziellen Mittel vorhanden. Zudem steht auch nach fünf Jahren eine Verankerung des Aktionsplans als Querschnittsaufgabe innerhalb der Landesregierung aus.

Gesellschaftlich nimmt zudem die Ablehnung und Ausgrenzung von Schwulen, Lesben und Transgendern massiv zu, wie Studien und Alltagserfahrungen belegen. Auf die neue Welle von Homo- und Transphobie muss politisch offensiv reagiert werden. Besonders schwer, sich in der Gesellschaft zurecht zu finden, haben es intersexuelle Menschen und Transgender. Der gesellschaftliche Druck, sich eindeutig einem Geschlecht zuzuordnen, führt zu einem täglichen Kampf um Sichtbarkeit und Akzeptanz.

Wir setzen uns für eine umfassende Verhinderung der Diskriminierung von Schwulen, Lesben und Bisexuellen sowie Intersexuellen und Transgendern ein. Das „Verbot“ von Diskriminierungen ist hierzu nur bedingt tauglich. Vielmehr gilt es, die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung unterschiedlicher Lebensweisen und sexueller Identitäten im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern. Insbesondere junge Menschen im Coming-out und in ihren Selbstfindungsprozessen zu unterstützen und damit ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, in dem Diskriminierungen nicht mehr möglich sind.

Was tun?

- *Fortschreibung und Ausfinanzierung des „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt- gegen Homo- und Transphobie“*
- *Aufbau einer landesweiten kostenlosen Rechtsberatung für Opfer von Homo- und Transphobie*
- *Bildungsplan für sexuelle Vielfalt in NRW und ein deutlicher Ausbau des Projekts „Schule ohne Homophobie“ (derzeit nehmen lediglich 17 von über 6.000 Schulen teil)*
- *Das Projekt SchLAu NRW (Schwul-lesbische Aufklärung NRW) einbeziehen und stärker fördern*
- *Eine Zustiftung des Landes NRW an die ARCUS-Stiftung als Teil der Kollektiv-Wiedergutmachung für die Diskriminierung und Verfolgung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen*
- *Arbeitsplätze ohne Diskriminierung als Kriterium für Vergabe öffentlicher Mittel*
- *Verstärkte strukturelle Förderung der Selbstorganisationen von Lesben und Schwulen (LAG Lesben in NRW, Schwules Netzwerk NRW, LSVD)*
- *Aufbau handlungsfähiger Selbstorganisationen „Trans- und Intersexualität“ fördern*
- *Referats für gleichgeschlechtliche Lebensweisen an die Staatskanzlei anbinden,*
- *Queerpolitik als Querschnittsaufgabe wahrnehmen*
- *Eigene Erfassung homo- und transphober Straftaten in der Kriminalstatistik*
- *Den Ausbau von Beratungsstellen und niedrigschwelligen Angebote für Sexarbeiter aus dem Bereich der mann-männlichen Prostitution, insbesondere im Bereich der Armuts- und Beschaffungsprostitution*
- *Ein landesweites Verbot sogenannter kommunaler „Sexsteuern“ für Szenekneipen und -saunen*
- *Eine umfassende Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von Schwulen, Lesben, inter- und transsexuellen Menschen in NRW*
- *Einrichtung einer Dokumentationsstelle zum §175 StGB beim Landesjustizministerium, die beim Nachweis erlittener Verfolgung behilflich ist*
- *Aufbau einer unabhängigen Beratungsstelle, die betroffenen Opfern beim Kampf um Entschädigung und Rehabilitation unterstützt*
- *Aufbau eines interdisziplinären Instituts zur Erforschung queerer Lebenswelten an einer nordrhein-westfälischen Universität, verbunden mit dem Aufbau eines entsprechenden Archivs*

- *Ausreichende und unabhängige Beratungsangebote für Erziehungsberechtigte intersexueller Kinder, um verfrühte operative Eingriffe bzw. hormonelle Medikationen und damit einhergehende Traumatisierungen zu verhindern*

4. Inklusion: Vollständige Teilhabe für Menschen mit Behinderungen ermöglichen

Menschen mit Beeinträchtigungen werden durch verschiedenste einstellungs- und umweltbedingte Barrieren an einer selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gehindert. Erst durch die Wechselwirkung von Barrieren und Beeinträchtigung wird eine Beeinträchtigung zur Behinderung. Die UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland unterschrieben hat, bezieht einen konsequenten und radikalen Standpunkt: Sie fordert einen Abbau dieser Barrieren: Die Gesellschaft hat sich den (behinderten) Menschen anzupassen – nicht umgekehrt!

Eine barrierefreie Umwelt erleichtert das Leben für alle Menschen. Fahrstühle zu den Gleisen sind hilfreich für jeden Menschen mit Gepäck, mit Fahrrad und Kinderwagen, für alte Menschen wie auch für Menschen mit Behinderung. Leichte Sprache in Formularen ermöglicht Menschen mit geringen Schriftkenntnissen, Älteren oder auch Menschen mit Migrationshintergrund ebenso wie Menschen mit Lernbehinderung besser, ihre Rechte zu verstehen und selbstbestimmt soziale Leistungen einzufordern.

Behinderung in NRW – Warum wir noch (lange) nicht zufrieden sind

In NRW leben etwa 1,7 Millionen Menschen mit anerkannten schweren körperlichen, geistigen und/oder seelischen Behinderungen. Materielle Barrieren, sowie ein Denken, das Menschen ohne Beeinträchtigung als Norm setzt und alle aussondert, die dieser »Normalität« nicht entsprechen, behindern die gleichberechtigte Teilhabe nicht nur von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft, sondern auch von chronisch Kranken, älteren oder pflegebedürftigen Menschen.

Die vielen Einzelmaßnahmen der Landesregierung für diese Menschen bleiben vielfach Stückwerk: Das Inklusionsstärkungsgesetz brachte nur kleinere Verbesserungen, teilweise sogar Verschlechterungen für Menschen mit Behinderung. Der Aktionsplan enthält weder überprüfbare, konkrete, Ziele, noch werden ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt, um ihn umzusetzen. Auch dem Schulgesetz fehlen die finanziellen und personellen Ressourcen für die geforderte schulische Inklusion.

Menschen mit Behinderung leben, lernen und arbeiten immer noch oft gesondert in Einrichtungen: Heime für Menschen mit Behinderung, stationäre Altenpflegeeinrichtungen, Förderschulen und auch die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM). Dies widerspricht den anerkannten Menschenrechten, der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Eine gleichberechtigte, selbstbestimmte und gestaltende soziale Teilhabe durch Menschen mit Behinderung kann jedoch nicht abgesondert, sondern nur inklusiv gelingen.

Mit gutem Beispiel voran

„Nichts über uns ohne uns“ heißt eine Forderung der selbstbestimmten Behindertenbewegung. DIE LINKE NRW will gemeinsam mit den Menschen mit Behinderung und ihren Verbänden in NRW die Grundlagen dafür schaffen und verbessern. DIE LINKE NRW will dabei selbst mit gutem Beispiel lernend vorangehen: Sie hat die Umsetzung eines Teilhabekonzeptes für Menschen mit Behinderung für die Landespartei beschlossen und setzt es Zug um Zug um.

Von der Landesregierung fordern wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in NRW auf der Landesebene und der kommunalen Ebene.

Was tun?

- *Die systematische Überprüfung neuer und alter Landesgesetze und Verordnungen auf Konformität mit der UN-Behindertenrechtskonvention.*
- *Die Umwandlung des Aktionsplanes NRW in einen verbindlichen Aktionsplan ohne Kostenvorbehalt, mit überprüfbaren Zielen und Fristen.*

- *Bereitstellung ausreichender personeller und finanzieller Mitteln zur Umsetzung des Aktionsplanes, mit regelmäßiger Überprüfung des Fortschrittes.*
- *Erarbeitung von Aktionsplänen für jede Stadt und jeden Kreis gemeinsam mit den Menschen mit Behinderung und ihren Interessenvertretungen. Bestellung von Inklusionsbeauftragten für deren Umsetzung.*
- *Die Förderung von Initiativen und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um auf allen Ebenen der Gesellschaft, einschließlich der Familie, das Verständnis für Menschen mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu unterstützen.*
- *Stärkung der Stellung des Landesbehindertenbeauftragten, des Landesbehindertenbeirates und der Behindertenvertretungen in den kommunalen Parlamenten durch eine entsprechende Änderung der Gemeinde-, Kreis- und Landschaftsverbandsordnung.*
- *Umsetzung des Wahlrechtes für Alle, auch für Menschen unter vollständiger Betreuung.*
- *Umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien, Wahleinrichtungen).*

Bauen, Wohnen und Verkehr

Die materielle Lebensumgebung unserer Gesellschaft ist zu einem großen Teil gebaut: Straßen, Wohnhäuser, Fabriken, öffentliche Einrichtungen: Überall entscheiden teilweise banale Details wie die Höhe der Bordsteine und die Konstruktionsweise von Türen über die Bewegungsfreiheit und Teilhabemöglichkeit vieler Menschen. Wir wollen, dass die Bedürfnisse aller Menschen beim Bauen berücksichtigt werden.

Was tun?

- *Der Neubau und die Sanierung von allen Gebäuden muss grundsätzlich barrierefrei geschehen. Dies ist in der Landesbauordnung verbindlich festzuschreiben*
- *Fördermittel für den barrierefreien Umbau von Bestandsgebäuden.*
- *Flächendeckende und aufsuchende Wohnberatung*
- *Festlegung der DIN 18040 (Barrierefreiheit) als verbindliche „Technische Baubestimmung“*
- *Ausstattung der Gebäude des Landes NRW mit Induktionsschleifen*
- *Systematischer und Flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen*
- *Förderprogramm des Landes für den barrierefreien Ausbau von Bus und Bahn*
- *Verbindlicher Ausbau der Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs bis 2022, Beteiligung des Landes an den Kosten des Ausbaus und die Beteiligung der Betroffenen an den Planungen*
- *Schulung des Personals im öffentlichen Personenverkehr zum Thema Inklusion*

Bildung und Arbeit

Die Trennung von Menschen mit und ohne Behinderung im Bildungssystem muss ein Ende haben. Dazu müssen Kitas und Schulen passend ausgestattet werden. Auch im Arbeitsleben sollen Menschen mit Behinderung als vollwertige Mitmenschen anerkannt und entsprechend entlohnt werden. Um die gesellschaftliche Aufgabe der Inklusion zu bewältigen benötigen wir zudem mehr Menschen mit bestimmten inklusionsbezogenen Kompetenzen.

Was tun?

- *Förderung der Inklusion in den KiTas durch bessere Sach- und Personalausstattung und eine veränderte Ausbildung von Erzieher*innen*
- *Umsetzung der Standards für inklusive Schulen: Barrierefreie Schulgebäude, kleinere Klassen, multiprofessionelle Unterstützungsteams, mehr sachliche und personelle Ressourcen sowie eine entsprechende Lehreraus- und weiterbildung*
- *Förderung der Anwendung des Budgets für Arbeit als Instrument regulärer Beschäftigung für Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt*
- *Schrittweise Einführung einer tariflichen Entlohnung für Werkstattbeschäftigte, zunächst auf Außenarbeitsplätzen*
- *Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugt an Betriebe mit einem hohen Schwerbehindertenanteil, an Integrationsunternehmen und Betriebe mit Integrationsabteilungen. Dafür eine Änderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes*
- *Für Gebärdensprachdolmetschung soll ein Studiengang an den Hochschulen in NRW angeboten werden, zusätzlich soll sich das Land NRW für die Schaffung einer Berufsausbildung Gebärdensprachdolmetschung einsetzen*
- *Das Land soll sich für die Schaffung einer Ausbildung „Übersetzer*in leichte Sprache“ und „Prüfer*in leichte Sprache“ einsetzen*
- *Erhöhung des Zuschusses für die Blindenhörbücherei*

Gesundheit und Pflege

Der barrierefreie Zugang zum Gesundheitssystem ist von besonderer Bedeutung. Arztbesuche dürfen nicht an unzugänglichen, bzw. nicht barrierefreien Praxen scheitern. Daher wollen wir den barrierefreien Umbau festlegen und hierfür Fördermittel bereitstellen.

Im eigenen Zuhause zu leben ist ein menschliches Grundbedürfnis. Das wollen wir mit einem Ausbau entsprechender Unterstützungsleistungen für alle Menschen ermöglichen. Wer in stationären Einrichtungen lebt, hat Anspruch auf Schutz gegen Willkür und Gewalt.

Was tun?

- *Barrierefreiheit als Zulassungskriterium bei Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen einführen*
- *Förderung von Umbaumaßnahmen für Barrierefreiheit bei Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen*
- *Traumaambulanzen flächendeckend ausbauen und für bessere Versorgung mit Therapeut*innen sorgen*
- *Finanzielle Förderung des barrierefreien Wohnungsneu und –umbaus*
- *Förderung von persönlicher Assistenz in jeder Lebenslage*
- *Die bedarfsgerechte Bereitstellung von Hilfsmitteln*
- *Förderung des Persönlichen Budgets, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt wohnen, leben, lernen und arbeiten können*
- *Einen Rechtsanspruch auf gleichgeschlechtliche Pflegekräfte*

- *Maßnahmen gegen Gewalt in stationären Einrichtungen, insbesondere gegenüber Frauen mit Behinderung oder pflegebedürftigen Menschen*
- *Eine Stärkung der Heimaufsicht*
- *Eine Stärkung der Heimbeiräte*
- *Fixierungen und Ruhigstellungen durch Medikamente abschaffen*

Beratung, Kommunikation und Information

Auch der Zugang zu Information und Kommunikation muss barrierefrei sein, damit die Inklusion gelingen kann. Wir wollen den Weg nicht nur ebnen, sondern auch durch Wegweiser.

Und wer hätte einen besseren Blick auf die Problemlagen als selbst Betroffene? Wir wollen Hilfsangebote, in denen Betroffene mitarbeiten, besonders fördern.

Was tun?

- *Barrierefreiheit von Informations-, Kommunikations- und anderen Diensten, einschließlich elektronischer Dienste und Notdienste*
- *Schaffung barrierefreier Verwaltungen – vom Formular bis zum Gebäude*
- *Flächendeckender Aufbau und Förderung von unabhängigen Beratungsstellen und aufsuchender Beratung, in denen Menschen mit Behinderung Beratung für Menschen mit Behinderung leisten (Peer-Counseling)*

VI. Die Zerstörung unserer Umwelt beenden

1. Umweltschutz: Sich gemeinsam den Konzernen entgegenstellen

Umweltschutz ist für uns nicht bloß eine Frage des Lifestyles für Leute, die sich etwas teurere Bioprodukte leisten können. Es geht um Arbeitsbedingungen in Landwirtschaft und Industrie, bei denen die Menschen nicht ihre Gesundheit ruinieren – hier bei uns und im Rest der Welt. Es geht um einen Umgang mit den natürlichen Grundlagen unseres Lebens, bei dem die Welt intakt und lebenswert bleibt. Aber damit sie das auch in Zukunft ist, müssen wir jetzt schnell den Kurs deutlich ändern. Wir haben die Erde nicht von unseren Eltern geerbt, sondern von unseren Kindern geliehen.

Ökologische Politik müssen wir in NRW vor allem gegen die Interessen großer Konzerne durchsetzen, die mit umweltschädlicher Produktion oder Energieerzeugung Profite erwirtschaften wollen.

Wir freuen uns, dass wir zusammen mit immer mehr Menschen und Initiativen beispielsweise gegen die Gefährdung durch die Atomwirtschaft oder durch Fracking aktiv sein können. Viele wollen sich den zunehmenden Fluglärm nicht länger gefallen lassen und fordern wie wir endlich konsequent umweltfreundliche Verkehrskonzepte. Auch beim Widerstand gegen die Zerstörung von Landschaft und Wäldern stehen wir nicht allein auf weiter Flur. Gemeinsam mit dieser lebendigen Umweltbewegung wollen wir in NRW für mehr ökologische und nachhaltige Politik sorgen. Wir wollen vorwärts gewandte Arbeitsplätze und Produktionsweisen voranbringen, die Zukunft haben, statt unsere Zukunft zu bedrohen.

Was tun?

- *Umweltinitiativen und engagierte Menschen in den Mittelpunkt der Umweltpolitik stellen*
- *Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik an strengen Umwelt- und Klimaschutzzielen ausrichten*
- *Ökologischer Landwirtschaft den Vorrang geben*
- *Flächenverbrauch und -versiegelung wirksam reduzieren, Bäume besser schützen, Grünstreifen naturnäher bepflanzen, Fassaden- und Dächerbegrünung sowie die Regenwassernutzung besser fördern*
- *Nationalparks, Natur- und Landschaftsschutzgebiete ausweiten*
- *Militärisch genutzte Gelände wie die Senne in Naturschutzgebiete umwandeln*
- *Braunkohletagebau beenden, den Hambacher Forst und die übrigen tagebaugefährdeten Landschaften erhalten*
- *Kommunen zu Baumschutzsatzungen verpflichten*
- *Projekte der ökologischen Selbstorganisation wie Urban Gardening fördern*
- *Lärm und Lichtverschmutzung als umweltpolitische Probleme endlich wahrnehmen und dagegen etwas unternehmen*

2. Landwirtschaft: Nachhaltig produzieren ohne Gifte und Antibiotika

Wir wollen die Landwirtschaft nachhaltig organisieren durch eine Stärkung der ökologischen Landwirtschaft und bessere Standards im konventionellen Bereich. Unser Ziel ist der Zugang zu gesunden, umweltverträglich und fair produzierten Nahrungsmitteln für alle.

Die Landwirtschaft ist infolge falscher politischer Rahmenbedingungen geprägt von Massentierhaltung und Monokulturen. Der Einsatz von Pestiziden, Düngemitteln und Medikamenten nimmt stetig zu.

Noch immer werden die großen Betriebe der industriellen Landwirtschaft stärker gefördert als Kleinbetriebe. Dies wollen wir ändern.

Der Preisdruck der Handelsketten und der Lebensmittelindustrie führt vielfach zu schlechten und unsicheren Arbeitsbedingungen, sowie zu Umwelt- und Tierschutzproblemen in der Landwirtschaft.

Was tun?

- *Nutztiere möglichst artgerecht zu halten: mit genügend Auslauf und Bewegungsmöglichkeiten*
- *Güllehandel verbieten*
- *Einsatz von Medikamenten, insbesondere Antibiotika, in der Tierhaltung strenger regulieren und kontrollieren*
- *Ökologisch produzierende Betriebe unterstützen*
- *Regionale Vermarktung und regionale Wirtschaftskreisläufe stärker fördern*
- *Anbau von Hanf, Klee und anderen alternativen Nutzpflanzen unterstützen*
- *Streuobstwiesen gesetzlich schützen*
- *Heimische Insektenvielfalt, insbesondere die Bienen, besser schützen*
- *Abwechslungsreiche Bepflanzung statt Monokulturen fördern*
- *Randstreifen von Herbiziden und Pestiziden freihalten*
- *Auf Gentechnik verzichten*
- *Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat gesetzlich verbieten*

3. Tiere: Mit Respekt behandeln und artgerechter halten

Zu einer besseren Zukunft für NRW gehört auch, dass wir unser Verhältnis zu den Tieren verändern. Wir wollen natürliche Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Wir wollen Schinderei und quälerische Haltungsweisen beenden und wissen doch, dass keine Gefangenhaltung jemals 100% artgerecht sein wird. Wir wollen, dass respektvoller Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert wird. Für Landwirtschaft und Jagd müssen sich einige Regeln ändern.

Was tun?

- *Massentierhaltung in NRW beenden*
- *Produkte die Bestandteile aus Massentierhaltung enthalten, sind – auch in der Gastronomie – zu kennzeichnen*
- *Kükenschreddern und schmerzhafte körperliche Eingriffe an Tieren ohne Betäubung verbieten*
- *Lebendtransporte auf maximal vier Stunden begrenzen*
- *Pelztierhaltung ausschließen und den Handel mit falsch deklarierten Pelzen empfindlich bestrafen*
- *Treib- und Drückjagden sowie die Jagd mit Bleischrotmunition verbieten*
- *Tierversuche verbieten, Forschungsmethoden fördern, die ohne Tierversuche auskommen*
- *Dressuren an Jungtieren nicht mehr zulassen.*
- *Tierheime besser unterstützen und das Berufsbild Tierheimpfleger*in einführen*
- *Den tiergerechteren Umbau von Zoogehegen unterstützen und die Zoohaltung von Tieren, die nicht annähernd artgerecht gehalten werden können, verbieten*
- *Zirkusse und Jahrmärkte veranlassen, auf Wildtiere zu verzichten*
- *Den Besitz gefährlicher invasiver Arten außerhalb wissenschaftlicher Zoos verbieten*
- *Mehr Amtsveterinäre zur Durchsetzung des Tierschutzes einstellen*
- *Auch juristischen Personen ermöglichen, Jagd in ihren Wäldern zu verweigern*
- *Tier- und Umweltschutzverbänden Verbandsklagerecht einräumen*

4. Wald: Für gute Luft und Artenvielfalt sorgen

Wälder und Forste dienen nicht nur der Holzproduktion, sondern auch dem Schutz der Artenvielfalt, als Wasserspeicher, der Aufnahme von CO_2 aus der Atmosphäre, der Luftreinhaltung und als Erholungsgebiet. Wir wollen sie erhalten und vor weiteren Schäden bewahren. Dafür brauchen wir mehr Personal bei den Forstbehörden und eine ökologische Stadt- und Landschaftsplanung. Ein flächendeckendes System von

Landschaftserhaltungsverbänden soll eine naturschutzorientierte Regionalentwicklung fördern und die Umsetzung der Natura-2000-Gebiete organisieren.

Was tun?

- *Mehr Personal in den Forstbehörden einstellen*
- *Bodenschonende Abbaumethoden vorziehen, zum Beispiel mit Rückepferden*
- *Naturnaher Mischwälder fördern statt anfälliger Monokulturen*
- *Verbindliche Standards für natur-, umwelt- und klimaverträgliche und nachhaltige Forstwirtschaft im Landeswaldgesetz verankern*
- *Privatisierung von Waldflächen verhindern, der Wald gehört allen, Privatwald nach Möglichkeit zurückkaufen*
- *Landeseigene Waldflächen FSC-zertifizieren*

5. Tourismus: Umweltfreundlicher verreisen

Wo wir heute Urlaub machen, sollen sich auch andere später noch erholen können. Dazu muss Tourismus sozial gerecht, barrierefrei, ökologisch sanft und ressourcenschonend sein.

Urlaubs- und Erholungsgebiete sollen möglichst durch den öffentlichen sollen mit dem Nah- und Fernverkehr besser erreichbar sein. Wichtig ist aber auch der Ausbau der Naherholung, damit Menschen sich in der Nähe ihres Wohnortes erholen können. Immer gilt: Menschen mit niedrigem Einkommen müssen Reise- und Erholungsangebote nutzen und erreichen können.

Was tun?

- *Die Mitnahme von Fahrrädern in Bus und Bahn erleichtern.*
- *Zugang zu öffentlichen Plätzen, Wäldern und Seen für alle erhalten.*
- *Naturlehrpfade ausbauen und wiederherstellen, um die Bedeutung von Naturschutz zu verdeutlichen.*
- *Rad- und Wanderrouten ausbauen.*
- *Stadtranderholung für Kinder gewährleisten.*
- *Naturfreundehäuser und vergleichbarer Einrichtungen erhalten.*
- *NRW-Pass für günstigen Eintritt in Schwimmbäder, Theater, und Museen.*

6. Wasser: Unsere Lebensgrundlage besser schützen

Wasser ist lebenswichtig für jeden von uns. Die Qualität des Wassers wollen wir sichern und Privatisierungen verhindern. Den Zustand der Oberflächengewässer wollen wir, insbesondere durch weniger Nährstoffeinträge, in einen ökologisch besseren Zustand bringen. Um die aufwendige Aufbereitung von Trinkwasser zu verringern, soll Regenwasser besser genutzt werden.

Was tun?

- *Bewässerung von Parks auf die Bewässerung mit Regenwasser umstellen*
- *Regenwasseranlagen für neu gebaute öffentliche Gebäude vorschreiben*
- *Keine Privatisierung des Trinkwassers, bereits erfolgte Privatisierungen zurücknehmen*
- *Auflagen und Kontrollen bei Mülldeponien verschärfen*
- *Der Trinkwassergewinnung Vorrang geben vor dem Rohstoffabbau*

Die Gefahr von Überschwemmungen wird, auch wegen der globalen Erwärmung, zunehmen. Wenn die Schäden gering gehalten und die Menschen geschützt werden sollen, müssen wir vorbeugen. Die immer noch zunehmende Bodenversiegelung muss zum Schutz der Bodenfunktionen auf das Notwendigste minimiert werden.

Was tun?

- *Auen und Überschwemmungsbereiche bewirtschaften, um ein System von Rückhalteflächen zu schaffen*
- *Überschwemmungsbereiche und Auenflächen von jeder Bebauung und Versiegelung freihalten*
- *Naturnahe Fließgewässerstrecken erhalten, die übrigen so weit wie möglich renaturieren*
- *Flächenversieglungsabgabe für Neubauten einführen*
- *Böden mit befestigten Flächen entsiegeln*
- *Hochwasserschutzmaßnahmen und -pläne mit Blick auf die Klimaveränderung überprüfen*
- *Deiche verstärkt rückverlegen und Schwachstellen beseitigen*

7. Luft: Schadstoffe vermeiden und für mehr Filter sorgen

Luftverschmutzung ist nach wie vor ein großes Problem in NRW. Regelmäßig werden in Städten die Grenzwerte für Schadstoffe überschritten. Zwei Drittel der Quecksilberemissionen gehen auf das Konto von Kohlekraftwerken. Auch Müllverbrennungsanlagen stoßen noch immer zu viele Schadstoffe aus. Bei Verdunstungskühlanlagen besteht die Gefahr von Legionellen.

Was tun?

- *Kraftwerksbetreiber zum sofortigen Einbau von Filteranlagen zur Reduzierung des Quecksilberausstoßes verpflichten.*
- *Schärfere Auflagen für Verdunstungskühlanlagen machen.*
- *Niedrigere Grenzwerte für Emissionen der Müllverbrennungsanlagen und höhere Auflagen für die Ausbringung der Reststoffe wie Schlacken erlassen.*
- *Strengere Abgasfilterung bei Lkw, Bussen, Baumaschinen, Lokomotiven und im Schiffsverkehr nicht nur bei neuen Motoren vorschreiben.*
- *Bei Nichteinhalten der Grenzwerte von Feinstaubemissionen die verursachenden Betriebe vorübergehend schließen.*

8. Energie: Wir brauchen einen sozial-ökologischen Umbau

NRW ist Energieland Nummer 1 in Deutschland: Mit Eon und RWE sind hier zwei der größten Energiekonzerne ansässig. Im rheinischen Braunkohlerevier stehen aber drei der fünf Kraftwerke mit dem größten CO_2-Ausstoß in Europa. Unser Land muss seinen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutz-Grenze von 1,5° Celsius leisten. Bedrohungen durch Wetterextreme wie Dürren und Überschwemmungen treffen uns alle. Der Markt bietet keine Lösung: Der Verbrauch von Rohstoffen, Wasser, Boden und Energie steigt. Die Folge des verschwenderischen Umgangs mit Ressourcen sind Umweltzerstörung und Bedrohung der Lebensgrundlagen.

Wir fordern ein umfassendes Programm zur Förderung erneuerbarer Energien für NRW mit dem Ziel, bis 2030 den vollständigen Energiebedarf regenerativ zu decken.

Die zynische Doppelstrategie der Energiekonzerne

Die Energiekonzerne versuchen einerseits, die umweltschädliche Stromproduktion durch Kohlekraftwerke so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, andererseits wissen sie, dass die Energiewende unvermeidlich ist. Sie spalten die Unternehmen auf, um die alten, schmutzigen Unternehmensbereiche auf Kosten der Allgemeinheit zu entsorgen. Dabei muss die Allgemeinheit bereits die unmittelbaren Folgen der Klimaerwärmung tragen. Die Konzerne dürfen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Ausstieg aus der Kohle

Aus der Nutzung der Kohle wollen wir schnellstmöglich und aus der Braunkohle sofort aussteigen. Gerade auch für die Beschäftigten ist es besser, einen Sofortausstieg aus der Braunkohle staatlich zu organisieren. Wegen der immer preiswerteren erneuerbaren Energie wird es nicht mehr lange dauern, bis sich die alten Kraftwerke nicht mehr rechnen. Damit die Beschäftigten nicht die Leidtragenden sind, muss der Ausstieg

jetzt angegangen werden. Zuerst müssen die Braunkohlekraftwerke, anschließend die Steinkohlekraftwerke geschlossen werden, die älteren vor den jüngeren. Schon heute muss dafür gesorgt werden, dass der Steinkohleimport nur unter Einhaltung ökologischer und menschenrechtlicher Mindestbedingungen erfolgt.

Was tun?

- *Keine neuen Kohlekraftwerke mehr errichten*
- *Braunkohleabbau beenden*
- *Keine neuen Tagebaue erschließen*
- *Bürgerinitiativen vor Ort unterstützen*
- *Auf eine Änderung des Bundesberggesetzes hinwirken und eine Beweislastumkehr einführen, damit Braunkohle-Betroffene die gleichen Rechte bekommen wie Menschen im Bereich des Steinkohlebergbaus*

Sozialverträglich aussteigen

Um den Ausstieg aus der Kohleverstromung sozialverträglich zu gestalten, wollen wir landesweite und regionale Infrastrukturprogramme auflegen. Die Energiekonzerne müssen die Kosten für Ersatzarbeitsplätze und die Folgen des Braunkohleabbaus übernehmen. Wie wir die Konversion gestalten und die Abbaugebiete in den Braunkohleregionen renaturieren, wollen wir in regionalen Foren unter Beteiligung von Gewerkschaften, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen diskutieren.

Die Beförderung von CO_2 in unterirdischen Anlagen („CCS-Technologie“) ist für uns keine Alternative. CCS ist weder wirtschaftlich noch ökologisch sinnvoll, zumal sich eine neue Endlagerproblematik ergibt.

Was tun?

- *Restmengen für den Braunkohleabbau definieren*
- *Die Genehmigungen für die Kohlekraftwerke Datteln und Lünen sofort stoppen*
- *Investitionen in Kohle-, Öl- und Gasunternehmen bei den neuen Anlagekriterien NRWs ausschließen und bestehende Aktien verkaufen*
- *RWE und E.ON zu einem schnellen Kohleausstieg verpflichten*
- *Energiekonzerne zugunsten von dezentralen und kommunale*
- *Energieversorgungsstrukturen entflechten, dezentralisieren und rekommunalisieren*
- *Daten zu Verläufen tektonischer Störungslinien offenlegen*
- *Zentrale Schlichtungsstelle für Bergschäden in NRW schaffen*
- *Mehr Messstationen einrichten und bessere, moderne Messmethoden für Staubbelastungen nutzen*

Ausstieg aus der Atomenergie mit allen Konsequenzen

Auch wenn in NRW selbst kein Atomkraftwerk in Betrieb ist, bleiben in unserem Land Aufgaben für den Atomausstieg. Wir wollen Atomtransporte durch NRW untersagen. Dies gilt auch für den Atommüll aus dem Forschungszentrum Jülich (KFA). Brennelemente aus Lingen dürfen nicht nach Belgien und Frankreich transportiert werden. Das Zwischenlager Ahaus ist ebenso zu schließen wie die Urananreicherungsanlage Gronau. Die Landesregierung muss endlich dafür sorgen, dass auch die für NRW bedrohlichen Atomkraftwerke in Nachbarländern, wie Tihange und Doel, stillgelegt werden.

Was tun?

- *Atommüllexport in die USA verhindern*
- *Bestmöglich gesichertes neues Zwischenlager in Jülich für die dort entstandenen Abfälle errichten*

- *Lieferung von angereichertem Uranmaterial aus Gronau einstellen*
- *Transport radioaktiver Fracht der Atomindustrie landesweit verbieten*
- *Aufklärung und Schutz der Bevölkerung in der 170-Kilometer-Zone von Tihange und Doel vorantreiben*

Verbot von Fracking und Gasbohren

Die Gasgewinnung durch Fracking birgt zahlreiche Gefahren wie die Grund- und Trinkwasserverseuchung durch Chemikalien und Lagerstättenwasser, entweichendes Methan ist besonders klimaschädlich. Fracking und die Verpressung von Lagerstättenwasser können Erdbeben hervorrufen, wie es jetzt schon in Niedersachsen zu beobachten ist. Die Entsorgung der giftigen Bohrschlämme ist ungeklärt. Und solange die Ursachen der erhöhten Krebsraten an Gasförderstandorten in Niedersachsen nicht aufgeklärt sind, ist es unverantwortlich, Genehmigungen für Fracking auch nur zu erwägen.

Entgegen dem Eindruck, den die SPD und Grüne Landesregierung in NRW erwecken will, wird Fracking im Entwurf des Landesentwicklungsplans NRW jedoch nicht umfassend ausgeschlossen.

Das Bergrecht berücksichtigt das Allgemeinwohl und die Rechte von Betroffenen nur unzureichend. Wir brauchen mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und ergebnisoffene Genehmigungsverfahren.

Was tun?

- *Fracking im Landesentwicklungsplan vollständig ausschließen*
- *keine Bohrschlämme aus anderen Bundesländern mehr in NRW annehmen*
- *gemeinsam mit den Initiativen gegen Fracking und Gasbohren auf Änderung des Bundesberggesetzes drängen*
- *Bergrecht grundsätzlich zu reformieren, Vorrang für Mensch, Umwelt und demokratische Mitsprache*
- *Keine Erteilung neuer Aufsuchungsgenehmigungen, auch nicht für wissenschaftliche Zwecke, bereits erteilte Genehmigungen nicht verlängern*

100% Erneuerbare Energien

Wir setzen auf den Ausbau dezentraler erneuerbarer Energien, die vor Ort ökologischen Strom liefern können. Der Vorteil: Die regionale Wertschöpfung wird gesteigert, nachhaltige Arbeitsplätze vor Ort werden geschaffen und der sozial-ökologische Umbau findet mit den Bürger*innen gemeinsam statt. Offshore-Anlagen, bei denen die erzeugte Energie durch riesige Stromtrassen transportiert werden muss, sind der falsche Weg.

Was tun?

- *Kommunale Windflächen in Übereinstimmung mit den Anwohner*innen und den kommunalen Energieversorgern ausweisen*
- *Finanzielle Mittel für die Erforschung angemessener Speicherstrukturen bereitstellen*
- *Ausschließlich pflanzliche Abfälle und Gras zur Biogaserzeugung nutzen*
- *Schulen, Kindergärten und anderen öffentlichen Bauten und Betriebsgebäude energiesparend ökologisch umbauen*

Energieversorgung ist eine öffentliche Aufgabe

Energie ist ein Teil der Daseinsvorsorge. Deshalb muss sie den Bürger*innen gehören, nicht großen Konzernen. Wir fordern eine Wende in der Energiepolitik hin zu dezentralen Strukturen, die Überführung der Energiekonzerne in öffentliche Hand und ihre demokratische Kontrolle.

Was tun?

- *Eine Preisaufsicht über Strom- und Gastarife einführen.*

- *Energieversorgung vor Ort demokratisch und ökologisch organisieren.*
- *Kommunen beim Rückkauf von Stadtwerkeanteilen unterstützen.*
- *Stromnetze in die öffentliche Hand zurückholen für eine gerechte Versorgung.*

Jede*r Bürger*in hat ein Recht auf Energieversorgung. Strom-, Gas- und Wasserabschaltungen sind zu verbieten. Eine Grundversorgung muss gewährleisten sein.

In NRW sind jedes Jahr zehntausende von Haushalten von Stromsperren betroffen. Damit Menschen nicht im Dunkeln sitzen, brauchen wir Sozialtarife für Hartz-IV-Beziehende und Menschen mit geringem Einkommen. Wir wollen nicht, dass wie bislang Kleinverbraucher*innen hohe und Großverbraucher*innen niedrige Tarife zahlen, sondern wer wenig verbraucht, soll weniger pro Kilowattstunde zahlen, aber Energieverschwendung teurer werden. Die Befreiung der energieintensiven Industrie von Steuern und Abgaben ist zurückzunehmen. Die Kosten der Energiewende sind nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip zu verteilen.

Die Stadtwerke wollen wir demokratisieren. Sie sollen als partizipative Eigenbetriebe geführt werden. Aufsichtsräte sollen sich aus Belegschaften, Umweltschützer*innen und kommunalen Verteter*innen zusammensetzen.

Was tun?

- *Sozialtarife für Energie und Wasser einführen*
- *Strom- und Gas- und Wassersperren verbieten*
- *Energiepreise sozialverträglich an Energieeffizienz, Energieeinsparung, Förderung erneuerbarer Energien und Klimaschutz ausrichten*
- *Stadtwerke demokratisieren*

Abfallvermeidung und vollständiges Recycling

Viel Abfall bedeutet, dass viele Ressourcen verschwendet werden. Wir wollen Müll vermeiden und mehr recyceln.

Abfall soll nur verbrannt werden, wenn der Rohstoff nicht anderweitig aufgearbeitet werden kann. NRW hat sich zu einem Importland für Müll anderer Länder entwickelt. Tonnenweise wird Müll aus dem Ausland importiert, um in NRW verbrannt zu werden. Diese Umweltbelastung wollen wir beenden.

Wir sind der Auffassung, dass den ökologischen Erfordernissen ebenso wie den sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung im Rahmen öffentlich-rechtlicher Unternehmen besser Rechnung getragen werden kann. Daher treten wir für eine Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ein.

Was tun?

- *Keine neuen Müllverbrennungsanlagen genehmigen.*
- *Ausstiegsplan aus der Müllverbrennung erarbeiten und umsetzen.*
- *Müllimporte stoppen.*
- *Die Abfallwirtschaft rekommunalisieren.*

VII. Den Rechtsruck aufhalten, Grundrechte stärken

Wir erleben zu dieser Landtagswahl eine Debatte über „innere Sicherheit“, bei der es vielen gar nicht um Sicherheit für die Menschen im Land geht. Für uns ist klar: Wir wollen, dass alle Menschen in NRW vor Gewalt bestmöglich geschützt sind. Der beste Schutz vor Gewalt ist, sie gar nicht erst entstehen zu lassen. Es gilt, bei den Ursachen anzusetzen. Durch eine soziale Politik wollen wir sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung, belastenden Familienverhältnissen und anderen Umständen, die Gewalt begünstigen, vorbeugen.

Wir wollen, dass Opfer von Gewalt schnellstmöglich versorgt werden, dass Gewalttäter*innen ermittelt und vor Gericht gestellt werden. Ganze Bevölkerungsteile oder Religionsgemeinschaften unter Generalverdacht zu stellen, widerspricht allen demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien. Es dient auch nicht der Bekämpfung von Straftaten, sondern diffamiert Menschen und schadet dem Zusammenleben.

Der Umgang mit dem NSU ist bis heute ebenso ein Skandal wie die gesamte Verstrickung des Geheimdienstes mit der rechten Szene. Im Innenministerium muss das Thema „Rechte Gewalt“ endlich dem Ernst der Lage angemessen behandelt werden. Der „Verfassungsschutz“ war und ist dabei keine Hilfe. Wir wollen die Geheimdienste auflösen.

Wir brauchen eine demokratisch strukturierte Polizei, die sich auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentriert: Gewalt verhindern, Straftäter*innen ermitteln und die Ordnung des Verkehrs. Wir brauchen aber keine Verfolgung von Menschen, die Rauschmittel konsumieren und keine brutalen Abschiebungen. Auch für die Polizei gilt: Umdenken, damit es für alle besser und gerechter wird.

Wir wollen die Grundrechte stärken, statt sie immer weiter abzubauen. Das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung ist für uns unverzichtbar.

Die meisten Menschen im Land wünschen sich anstelle von Kontrolle und Bevormundung deutlich mehr direkte Demokratie und Möglichkeiten der Mitbestimmung. Wir unterstützen diese Anliegen. Wir wollen die Hürden für kommunale Bürgerentscheide senken und auch die Wahlen selbst demokratischer machen.

Antifaschismus ist eine Grundhaltung für DIE LINKE. Wir wollen ohne Nazis leben und bekämpfen Neofaschismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie und anderen Formen der grupppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften.

1. Antifaschismus: Zusammen Stärke zeigen gegen Rassismus und Neofaschismus

Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in NRW. Auch hier brennen geplante oder bereits bewohnte Flüchtlingsunterkünfte, werden insbesondere Geflüchtete, Migrant*innen, Schwule und Lesben, Antifaschist*innen, Gewerkschafter*innen und viele andere, die nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen, verbal und körperlich attackiert. Die Meldungen sind fast nicht mehr zu überschauen.

Wir setzen uns dafür ein, rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen. Viele Menschen fühlen sich abgehängt oder haben Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg. Rechte Parteien und Organisationen geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“ aus. Sie greifen bestehende Ressentiments und anti-europäische Stimmungen auf, um einem rassistischen und aggressiven Nationalismus den Weg zu bahnen.

Wir müssen Rechte weiter inhaltlich stellen. Wir lassen rassistische, menschenverachtende und herabwürdigende Äußerungen nicht unwidersprochen stehen, sondern widersetzen uns. In den Parlamenten, egal ob in den Kommunen oder im Landtag, darf es keine Zusammenarbeit mit Rassisten, Rechtspopulisten und Faschisten geben. Zustimmung zu ihren Anträgen oder ihre Einbeziehung in interfraktionelle Initiativen führen zu einer Normalisierung, die es zu verhindern gilt. Wir werden darauf dringen, dass auch die anderen Fraktionen den Rechten keine Bühne geben.

Wir brauchen breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich Nazis in den Weg stellen. Gemeinsam mit anderen demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen arbeiten wir in antifaschistischen Bündnissen. Rechten Aufmärschen widersetzen wir uns mit zivilem Ungehorsam wie Blockaden und anderen Aktionsformen. Der Staat darf antifaschistisches Engagement nicht behindern oder kriminalisieren. Stattdessen müssen rechte Straftaten konsequent verfolgt werden.

NSU-Terror endlich aufklären

Die „Sicherheitsbehörden" in NRW sind tief in die Vorgänge im Zusammenhang mit dem NSU verstrickt. Der Mord an Mehmet Kubaşık in Dortmund und die Anschläge in der Kölner Keupstraße durch die Nazi-Terroristen waren möglich, weil sie einen Rückhalt in der neonazistischen Szene hatten. Die zahlreichen Kontakte der Behörden zu V-Leuten und ihre Bedeutung für die Taten, sind noch immer weitgehend ungeklärt. Der Landtag hat viel zu spät reagiert und erst Ende des Jahres 2014 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingerichtet. Die Aufarbeitung darf nicht mit der Landtagswahl enden. Das Land NRW ist es den Opfern, ihren Angehörigen und Freunden schuldig, endlich wirksam aufzuklären. Schluss mit Geheimnissen, alle vorhandenen Informationen müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Den NRW-Geheimdienst abschaffen

Unter dem Namen „Verfassungsschutz" treibt der NRW-Landesgeheimdienst sein Unwesen. Trotz zahlreicher V-Leute und Informationen, die auf den NSU hindeuteten, hat er nichts getan, um die schrecklichen Taten zu verhindern. Dafür beobachtet er die linke Opposition und gibt alljährlich Berichte heraus, in denen der Kern der Verfassung entstellt und linke Politik als verfassungsfeindlich denunziert und diffamiert wird. So werden Zusammenschlüsse innerhalb der LINKEN noch immer als des „Extremismus" verdächtig erwähnt.

Geheimdienste sind Fremdkörper in einer demokratischen Gesellschaft. Sie lassen sich weder vom Parlament, noch von den Gerichten oder der Öffentlichkeit kontrollieren, weil sie selbst darüber entscheiden, welche Informationen sie herausgeben und was verborgen bleibt. Überdies sind die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums selbst der Geheimhaltung unterworfen, so dass aus der Kontrolle, beispielsweise durch das Parlament, keine Konsequenzen gezogen werden können.

DIE LINKE will den NRW-Geheimdienst abschaffen. V-Leute haben auch in NRW zahlreiche Straftaten begangen, während sie zugleich für den „Verfassungsschutz" gearbeitet haben. Die Bezahlung durch den Geheimdienst konnten sie nutzen, um die neonazistische Szene weiter aufzubauen. Der Einsatz von V-Leuten muss sofort beendet, ihre bisherige Tätigkeit öffentlich aufgearbeitet werden.

Gemeinsam stärker: Opfer nicht alleine lassen

Notwendig ist eine Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie. Schwerpunktmäßige Aufgabe soll die Dokumentation und öffentliche Aufklärung über neonazistische und andere gegen die Grundsätze der Verfassung gerichteten Aktivitäten in NRW sein. Die Einrichtung von Opferberatungsstellen durchzusetzen, war ein Erfolg der LINKEN im Landtag. Wir wollen sie erhalten und ausbauen.

Was tun?

- *Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Mitgliedern des Landtags sowie der Beamten im Landesdienst, insbesondere in den Ministerien, der Justiz und der Polizei.*
- *Ein konsequentes Vorgehen gegen Hass-Sprache („hate speech").*
- *Keine Diffamierung oder Kriminalisierung antifaschistischer Initiativen.*
- *Projekte und Initiativen gegen Neofaschismus unterstützen.*
- *Flächendeckende Informations- und Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt.*
- *Rechte Gewalt- und Wiederholungstaten müssen konsequenter verfolgen.*

- *Verschleierung rechter Tatmotive durch Strafverfolgungsbehörden beenden.*
- *8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus als gesetzlicher Feiertag.*
- *Die Auflösung des NRW-Verfassungsschutzes.*
- *Aufarbeitung der bisherigen V-Leute-Praxis beim Verfassungsschutz.*
- *Den Erhalt der Mahn- und Gedenkstätten antifaschistischen Widerstands.*

2. Grundrechte: Menschen schützen, Überwachung stoppen

Seit Jahren werden demokratische Rechte durch immer neue Überwachungsmaßnahmen eingeschränkt. Wer die Eingriffsbefugnisse des Staates noch mehr ausweiten will, entkernt die Grundrechte, bis von ihnen nichts mehr übrig ist. Bereits jetzt ist Kameraüberwachung allgegenwärtig. Polizei und Geheimdienste verfügen über gigantische Datenbanken. Die davon Betroffen wissen zumeist nicht einmal, dass ihre Daten dort gespeichert sind. Mit der Vorratsdatenspeicherung stehen alle unter Generalverdacht, während der Staat mit Onlinedurchsuchungen heimlich in Computersysteme eindringt. Wir wollen Grundrechte schützen und den Überwachungsstaat eindämmen.

Was tun?

- *Keine Ausweitung, sondern weniger Kameraüberwachung*
- *Die unter rot-grün 2016 eingeführte Regelung zu „Bodycams“ streichen*
- *Ein Verbot der Verwendung biometrischer Daten zur automatischen Erfassung*
- *Die Speicherung persönlicher Daten bei der Polizei auf Ausnahmefälle beschränken*
- *Verbot der Nutzung von stillen SMS, Funkzellenauswertungen und IMSI-Catchern*
- *Den Einsatz von „predictive policing“ gesetzlich verbieten*
- *Abschaffung der Rasterfahndung, Bundesinitiative gegen Vorratsdatenspeicherung*
- *Verbot des Exports von Hard- und Software für Überwachung und/oder Zensur*
- *Unterstützung von Open Source-Projekte zur „digitalen Selbstverteidigung“*
- *Mit allen staatlichen Stellen eine anonyme, sichere und auf offenen Standards basierende Kommunikation ermöglichen*

Für eine Demokratisierung der Polizei

Wir wollen eine bürgernahe und demokratisch strukturierte Polizei. Demokratie bedeutet Gewaltenteilung, Verantwortung und Kontrolle. Polizist*innen üben staatliche Gewalt aus. Im Dienst sind sie nicht nur Bürger*innen wie jede*r andere. Als Beamt*innen haben sie eine enge Bindung an Recht und Gesetz. Der Staat ist gehalten, die Polizei wirksam zu kontrollieren, Fehlverhalten zu ahnden und Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen seitens der Exekutive zu schützen.

In der Öffentlichkeit wird viel über Gewalt gegen Polizist*innen gesprochen. Gewalt durch die Polizei aber ist ein Tabuthema. Nach wie vor bestehen strukturelle Defizite bei der Aufarbeitung polizeilichen Fehlverhaltens. Anzeigen wegen Körperverletzung im Amt werden fast ausnahmslos eingestellt. Zuletzt lag die Verurteilungsquote im Jahr 2010 in NRW bei 0,2 %. Teilweise sehen Opfer aus Angst von einer Strafanzeige ab oder werden sogar selbst strafrechtlich verfolgt, weil auf ihre Anzeige gegen Polizistinnen und Polizisten zur Einschüchterung mit Gegenanzeigen durch die Polizei reagiert wird.

Ermittlungen gegen Beamt*innen der Polizei müssen unabhängig durchgeführt werden. Es darf nicht sein, dass sie ein Büro weiter von Kolleg*innen bearbeitet werden. Für Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamt*innen braucht es polizeiexterne Stellen mit strafprozessualen Befugnissen, die der Sachleitung eines Sonderdezernats der Staatsanwaltschaft für Delikte von Vollzugsbeamten unterstehen.

Wir wollen eine*n beim Landtag angesiedelte*n Polizeibeauftragte*n einsetzen, die als Monitoringstelle für die Polizei fungiert. Sie/Er soll darüber hinaus Anlauf- und Vermittlungsstelle für Bürger*innen sein.

Eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen hat die SPD/Grünen-Koalition nicht hinreichend umgesetzt. Damit werden Straftaten von Polizeibeamt*innen in einigen Fällen weiterhin nicht aufklärbar sein, weil die Täter*innen nicht identifiziert werden können. Polizeibeamt*innen müssen grundsätzlich namentlich gekennzeichnet sein.

Das Pfefferspray sitzt zu locker. Eingeführt als Distanzwaffe, damit Beamt*innen nicht zur Schusswaffe greifen müssen, wird es mittlerweile weitgehend hemmungslos eingesetzt. Dabei sind die gesundheitlichen Risiken enorm, es kann zu lebensbedrohlichen und mitunter tödlichen körperlichen Reaktionen kommen.

Der Staat darf Rechtsbrüche nicht fördern. Daher lehnen wir die polizeiliche Praxis, Straftaten durch sogenannte „Agents Provocateurs“ zu provozieren, um sie sodann verfolgen zu können, ab.

Was tun?

- *Ermittlungen wegen polizeilichen Fehlverhaltens unabhängig durchführen*
- *Schaffung einer/eines Polizeibeauftragten als Monitoringstelle beim Landtag*
- *Einbeziehung von Bürgerrechtsorganisationen in die Polizeiausbildung*
- *Einführung einer namentlichen Kennzeichnung für Polizeibeamt*innen*
- *Verbot des Einsatzes von Pfefferspray durch die Polizei*
- *Verbot des Einsatzes von Agents Provocateurs sowie von V-Leuten*
- *Beendigung diskriminierender polizeilicher Maßnahmen (z.B. „racial profiling“)*
- *Erweiterung der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen*

Für ein demokratisches Versammlungsrecht

NRW braucht ein modernes und freiheitliches Versammlungsgesetz. Wer wegen seines politischen Engagements private oder berufliche Nachteile befürchten muss, wird seine Rechte nicht unbefangen wahrnehmen können. Wir wollen deshalb die anonyme Teilnahme an Versammlungen ermöglichen. Das in den 1980er Jahren von CSU-*innenminister Zimmermann eingeführte Vermummungsverbot wollen wir abschaffen. Teilnehmer*innen, die sich beispielsweise vermummen, um sich vor fotografierenden Nazis zu schützen, werden kriminalisiert. Das Vermummungsverbot schränkt die Versammlungsfreiheit ein. Es ist zu unbestimmt und dient nicht selten zur Rechtfertigung polizeilicher Maßnahmen gegen friedliche Versammlungen. Es gilt sogar für den Weg zu einer Versammlung.

In diesem Sinne wollen wir auch das Verbot, sogenannte „Schutzwaffen“ und vergleichbare Gegenstände auf Versammlungen mitzuführen, ersatzlos streichen. Protektoren u.ä. sprachlich in die Nähe von Waffen zu rücken ist unredlich. Mit ihnen können keine Verletzungen zugefügt, sondern insbesondere Kinder und ältere Menschen können vor Verletzungen bewahrt werden.

Was tun?

- *Weniger Anmeldepflichten und weniger versammlungsrechtliche Auflagen*
- *Keine Videoüberwachung durch die Polizei*
- *Keine namentliche Erfassung von Ordner*innen*
- *Aufgabe des Vermummungsverbots sowie des Verbots von „Schutzwaffen“*
- *Wasserwerfer abschaffen*

3. Gewalt: Menschen schützen, Opfern helfen

Die politische Diskussion wird zunehmend geprägt vom Thema Sicherheit. Wir fragen uns, ob der Staat wirklich in der Lage ist uns und unsere Familien, die Kolleg*innen, Freund*innen und Nachbarn vor Gewalt zu schützen.

Für einige ist diese Frage weniger neu. Feminist*innen, Kinderrechter*innen, Sozialarbeiter*innen oder Opferberater*innen fragen sich schon lange, wann in der Politik gegen Gewalt und für deren

Opfer endlich mehr getan wird. Stattdessen wird bevorzugt in Wahlkämpfen die Angst der Menschen vor Gewalt benutzt, um Stimmung gegen eingewanderte Menschen zu machen.

Gegen Terror hilft kein Krieg

Immer wenn Gewalt in der Öffentlichkeit verübt wird, erklären Politiker*innen, die innere Sicherheit müsse gestärkt werden. Sie überbieten sich mit Forderungen, die Grundrechte einzuschränken und den Staat aufzurüsten. Nicht einmal vor dem im Grundgesetz verbotenen Einsatz der Bundeswehr im Innern wird zurückgeschreckt.

In der aktuellen Diskussion aber treten die Gefahren des Rechtsterrorismus mehr und mehr in den Hintergrund. Dabei hat mit dem NSU eine rechte Terrorgruppe über Jahre schwerste Gewalttaten begangen, bis heute ist die Verantwortung des Staates nicht geklärt. Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte sind an der Tagesordnung. Seit Jahren werden zudem hunderte Haftbefehle gegen Neonazis nicht vollstreckt, weil diese untergetaucht sind.

Was tun?

- *Kein Einsatz der Bundeswehr, keine gemeinsamen Übungen mit der Polizei.*
- *Stärkung der schulischen und außerschulischen Demokratieerziehung.*
- *Ausbau von Programmen zur Gewaltprävention.*
- *Polizei und Justiz für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sensibilisieren.*
- *Rechte Straftaten konsequent aufklären.*

Gewalt gegen Frauen: Konsequenter verfolgen, Opfer besser schützen

Etwa ein Drittel aller Frauen war schon mindestens einmal Opfer von sexueller Gewalt. Frauen und Kinder von Gewalttätern lernen die Abgründe des menschlichen Zusammenlebens früh kennen. Entgegen vieler Vorurteile sind die Täter in den meisten Fällen Bekannte, Verwandte oder Lebenspartner der Opfer. Nach jahrzehntelangem Ringen der Frauenbewegung wurde die Vergewaltigung in der Ehe erst 1997 gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU im Bundestag als Straftat anerkannt. Bis heute wird erzwungener Sex mit der Ehefrau oder Partnerin in Teilen unserer Gesellschaft als männliches Recht angesehen, wohingegen eine Vergewaltigung durch andere Personen als „Missbrauch“ bezeichnet wird.

Nur ein geringer Teil der Gewalttaten in Partnerschaften wird angezeigt. Ein Grund dafür ist die Sorge von Frauen, dass sie keine Unterstützung erhalten und vor dem Täter nicht ausreichend geschützt werden. Bei Frauen mit Kindern sind diese Sorgen umso größer.

Wir wollen eine Landespolitik voranbringen, die auf allen Ebenen dazu beiträgt, dass die Gewalt gegen Partnerinnen und Ehefrauen als schwere Verletzung der Menschenrechte zum Thema gemacht wird. Die Polizei muss schneller und besser geschult beim Opfer sein, wenn sie gerufen wird. Die flächendeckende Versorgung mit Frauenhäusern muss durch das Land unterstützt und in Verhandlungen mit Bund und Kommunen sichergestellt werden.

Was tun?

- *Kampagne der Landesregierung: Keine Gewalt gegen Frauen.*
- *Flächendeckend Frauenhäuser mit sicherer Finanzierung.*
- *Schulung von Polizist*innen zum Umgang mit Opfern sexueller Gewalt.*
- *Mindestens eine Polizistin einsetzen bei Notrufen von Frauen.*

Gewalt gegen Kinder: Kein kleiner Klaps

Noch immer wird der kleine Klaps von vielen nicht als Gewalt, sondern als normale Erziehungsmaßnahme angesehen. Regelmäßig fordern Eltern von Lehrer*innen, dass diese härter bestrafen sollen, sie sollten die Kinder Nachsitzen lassen oder sogar schlagen. Die Gewalt von Kindern und Jugendlichen gegenüber Kindern nimmt zu, besonders in sozial benachteiligten Stadtteilen.

DIE LINKE unterstützt mit Nachdruck die Kampagne „Kinderrechte ins Grundgesetz“. Nicht zuletzt der Schutz von Kindern vor Gewalt und ihre Recht auf eine gewaltfreie Erziehung und Bildung soll damit verbessert werden.

Vor allem brauchen wir für die Kinder dauerhafte und sicher finanzierte Maßnahmen der Jugendhilfe, der Schulsozialarbeit und der Arbeit mit Eltern in Familienzentren.

Gewalt gegen Kinder ist keine Lappalie, sondern eine schlimme Menschenrechtsverletzung. Opfer von Gewalt werden häufig selbst zu Täter*innen. Auch deshalb muss ein gewaltfreier Umgang miteinander zu einem zentralen Thema für Kitas, Schulen und die Arbeit der Jugendhilfe werden.

Was tun?

- *Kinderrechte ins Grundgesetz und in die Landesverfassung*
- *Gewaltfreie Erziehung und Erziehung zur Gewaltfreiheit in Kitas und Schulen*
- *Flächendeckende Anti-Gewalt-Projekte mit Kindern und Jugendlichen*
- *Elternarbeit in flächendeckenden Familienzentren*
- *Ausbau und sichere Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe und Schulsozialarbeit*

4. Justiz: Große Fische fangen statt Gefängnis für schwarzfahren

Jeder muss die Möglichkeit haben, die Gerichte in Anspruch zu nehmen, um seine Rechte durchsetzen zu können. Immer mehr Menschen haben aber faktisch keinen Zugang zu den Gerichten, weil sie sich die hohen Gebühren nicht leisten können. Ein geringes Einkommen darf nicht dazu führen, dass auf Ansprüche verzichtet wird. Die Länder haben den Bund in der Vergangenheit dazu gedrängt, Beratungs- und Prozesskostenhilfe einzuschränken, um Kosten zu sparen. DIE LINKE wird darauf hinwirken, dass diese Verschlechterungen zurückgenommen werden.

Notwendig ist eine gute personelle und materielle Ausstattung der Justiz, insbesondere der besonders belasteten Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichte. Sie müssen die vor ihnen ausgetragenen Verfahren effektiv und zügig bearbeiten können. Noch immer sind beispielsweise zahlreiche Bescheide der Jobcenter rechtswidrig, viele Klagen vor den Sozialgerichten sind erfolgreich. Das Land ist in der Pflicht, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Rechte von Bezieherinnen und Beziehern von Sozialleistungen zu wahren. Dazu gehört, die Verfahrensdauer von Gerichtsverfahren deutlich zu reduzieren.

Das weitgehend abgeschaffte Widerspruchsverfahren eröffnete Bürger*innen eine günstige und einfache Möglichkeit, Behörden zu einer Überprüfung ihrer Entscheidungen zu veranlassen. Heute müssen sie direkt gegen Bescheide klagen. Wir wollen den Bürger*innen eine Wahlmöglichkeit geben, Widerspruch einzulegen oder vor dem zuständigen Gericht zu klagen. Jeder soll den schnelleren oder erfolgversprechenderen Weg gehen können.

Was tun?

- *Widerspruchsverfahren wieder einführen, gekoppelt an eine Wahlmöglichkeit, unmittelbar Klage erheben zu können*
- *Mehr Personal für Sozial-, Arbeits- und Verwaltungsgerichte*
- *Mehr Personal zur Verfolgung von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung*
- *Einrichtung von Richter*innenwahlausschüssen, Selbstverwaltung der Justiz*
- *Mehr Beratungs- und Prozesskostenhilfe ohne Rückzahlungspflicht*

Prävention und Resozialisierung, statt mehr und härtere Strafen

Noch immer kommen Menschen für kurze Zeit ins Gefängnis, weil sie Geldstrafen nicht bezahlen können oder wegen Bagatelldelikten wie Schwarzfahren oder Diebstahls geringwertiger Sachen. Diese Strafen sind nicht nur ohne Maß, sie schaden erwiesenermaßen. DIE LINKE will Ersatzfreiheitsstrafen sowie Freiheitsstrafen bei Bagatelldelikten daher zugunsten von Auflagen und Weisungen abschaffen.

Härtere Strafen oder neue Gefängnisse werden nicht dazu führen, dass weniger Straftaten – insbesondere von Jugendlichen – begangen werden. Wer aus Perspektivlosigkeit, wegen einer Krankheit oder Drogensucht straffällig wird, wird sich von einer hohen Strafdrohung nicht abschrecken lassen. Die Gesellschaft ist in der Verantwortung, Menschen zu unterstützen, statt sie wegzusperren. Wir sagen deshalb: Mehr Prävention, statt härtere Strafen.

Jugendgefängnisse sind der ideale Einstieg in eine kriminelle Erwachsenenlaufbahn – die Rückfallquote beträgt 80 Prozent. Jugendliche brauchen Perspektiven, also in erster Linie eine gute Ausbildung und im Anschluss einen sicheren Job. Daneben braucht es Jugendsozialarbeit in den Stadtteilen sowie Maßnahmen gegen Jugendgewalt und Konflikttrainings. Die finanziellen Mittel, die derzeit für Jugendstrafverfahren aufgewendet werden, wären hier besser eingesetzt.

Was tun?

- *Weniger Freiheitsstrafen: Ausbau von Haftvermeidungs- und Haftverkürzungsprojekten sowie stärkere Nutzung von Aufschub- und Bewährungsstrafen*
- *Verbesserung der Haftbedingungen, keine Erhöhung der Zahl der Haftplätze*
- *Keine Privatisierungen des Strafvollzugs*
- *Keine Gefängnisstrafe für Bagatellkriminalität wie Schwarzfahren und Diebstahl geringwertiger Sachen*
- *Statt Jugendgefängnissen mehr finanzielle Mittel für Prävention und Jugendarbeit*
- *Mehr Sozialarbeiter*innen sowie Vollzugsbeamt*innen*
- *Ausbau der Drogenberatungs- und Therapieangebote*
- *Möglichkeit der Originalstoffvergabe in Justizvollzugsanstalten*
- *Qualifizierte Bildungs- und Arbeitsangebote in Haftanstalten, um auf das Leben in Freiheit vorzubereiten*
- *Arbeitsschutz und angemessene Löhne für Inhaftierte*
- *Keine Abschiebung von Straftäter*innen*

5. Drogen: Nüchtern aufklären, Cannabis legalisieren

Trotz der seit Jahrzehnten herrschenden Verbotspolitik sind auch illegale Drogen flächendeckend verfügbar. Wie die legalen Drogen Tabak, Alkohol und frei verkäufliche Medikamente werden auch illegale Substanzen gehandelt und konsumiert. Allerdings auf dem Schwarzmarkt, verbunden mit erheblichen zusätzlichen gesundheitlichen Risiken für die Verbraucher*innen.

Wir sind froh darüber, dass sich an der vorherrschenden Drogenpolitik immer mehr Zweifel breit machen und die Kritik lauter wird. Denn das Betäubungsmittelstrafrecht erfüllt nicht den Zweck einer Schutzfunktion. Vielmehr verursachen gerade die Illegalisierung diverser Substanzen und die Kriminalisierung der Konsument*innen erhebliche Probleme. Die (straf-) rechtlichen Konsequenzen und Kosten, gesundheitliche und soziale Schäden stehen in keinem Verhältnis zu dem fraglichen Nutzen der Verbotspolitik.

Drogenkonsum, erst recht übermäßiger, ist problematisch für die Verbraucher*innen und kann auch - zum Beispiel im Straßenverkehr - zum Risiko für andere werden. Das kann niemand bestreiten. Schließlich wird es uns tagtäglich von Alkoholkonsumierenden vor Augen geführt.

Den Risiken und negativen Auswirkungen des Drogenkonsums kann man mit den Mitteln des Strafrechts und der Kriminalisierung allerdings in keiner Weise effektiv begegnen.

Wir setzen uns für eine menschenwürdige Drogenpolitik ein, die präventiv, sachlich und glaubwürdig Aufklärung über die Wirkung und Risiken der unterschiedlichen Drogen leistet. Dies ist auch die Bedingung dafür, dass ein selbstverantwortlicher Umgang, also Drogenmündigkeit, mit Rauschmitteln entwickelt werden kann.

Wenn Drogenkonsum problematische Formen annimmt, muss schnell, unkompliziert und bedarfsgerecht Hilfe geleistet werden können.

Zu einer humanen und rationalen Drogenpolitik gehören neben Präventions- und Informationsangeboten vor allem akzeptanzorientierte und niedrigschwellige therapeutische Hilfen.

Was tun?

- *Information und Aufklärung über Genuss- und Rauschmittel an den nordrhein-westfälischen Schulen, der die Lebenswirklichkeit von Schüler*innen nicht ignoriert*
- *Sachlicher Umgang mit legalen und illegalisierten Drogen durch die Landesregierung*

Wirklich an der Zeit: Legalize It!

Die volkswirtschaftlichen Kosten für die Strafverfolgung und nicht eingenommenen Steuern werden von Ökonomen auf 3 bis 4 Milliarden bundesweit geschätzt. Die Ausgaben für die Strafverfolgung belasten den Landeshaushalt. Personal der Polizei wird für unsinnige Aufgaben.

gebunden, statt Menschen vor Gewalt zu schützen oder Wirtschaftskriminalität zu verfolgen. Ein staatlich regulierter Verkauf von Cannabis würde den kriminellen Vereinigungen, die heute am Verkauf verdienen, den Markt erheblich entziehen.

Was tun?

- *Strafverfolgung wegen Cannabis durch die Staatsanwaltschaften beenden*
- *Bundesinitiative aus NRW zur Legalisierung von Cannabis*
- *Als erster Schritt in Richtung Legalisierung von Cannabis ist die Erlaubnis des Anbaus zum Eigengebrauch zu gewährleisten. Dies betrifft gleichermaßen die Erlaubnis zur Bildung von „Cannabis Sozial Clubs“ als Produzenten- und Konsumentenvereinigungen*
- *Staatlich regulierte Verkaufsstellen für kontrolliert angebaute Cannabisprodukte*

Realistische Grenzwerte setzen: Keine willkürliche Entziehung der Fahrerlaubnis

Nach Meinung des überwiegenden Teils entsprechender Experten ist „analytischen Grenzwert“ von 1,0 ng/ml THC im Blutserum viel zu niedrig festgesetzt worden. In der Praxis bedeutet dies, dass jemand den Führerschein verliert, obwohl er/sie eben nicht unter der Wirkung von THC am Straßenverkehr teilgenommen hat! Denn ein Wert von 1,0 ng/ml THC im Blutserum wird häufig auch dann noch gemessen, wenn der letzte Konsum 10 - 20 Stunden und länger zurück liegt und keine beeinträchtigende Wirkung mehr vorliegt.

Was tun?

- *Den Grenzwerts auf 5,0 ng/ml THC im Blutserum heraufsetzen.*

Hilfe statt Verfolgung und Ausgrenzung

Die Kriminalisierung von Drogengebrauch und Sucht verhindert Hilfe, treibt Betroffene in die Illegalität und bindet finanzielle und personelle Mittel. Stattdessen wollen wir eine menschliche und vernünftige Politik in diesem Themenfeld voranbringen.

Was tun?

- *Zu Ecstasy und Speed neben Aufklärungsarbeit in NRW auch anonym zugängliche „Drug-Checking-Projekte" einsetzen.*
- *Einen Rechtsanspruch auf Diamorphinbehandlung mit flächendeckenden Vergabestellen verwirklichen.*
- *Sicherung und Verbesserung der Qualität einer flächendeckenden Substitutionsbehandlung, auch mittels Berücksichtigung und Umsetzung entsprechender wissenschaftlicher Erkenntnisse und Standards.*
- *Niedrigschwellige Abgabe von Notfall-Sets mit dem Medikament Naloxon, um bei akuten Überdosierungen von Opiaten Leben retten zu können.*
- *Die Drogenhilfe weiter ausbauen, insbesondere Projekte wie Spritzenautomaten und „Druckräume" fortführen und weiterentwickeln.*

Wirksamen Verbraucherschutz sicherstellen

Eine moderne Verbraucherpolitik ist für uns in erster Linie vorsorgender Verbraucherschutz. Angesichts von Privatisierung und Globalisierung braucht es eine aktive Verbraucherpolitik, welche die Rechte der Verbraucher*innen in den Mittelpunkt stellt und Märkte reguliert. Sie muss sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit verpflichtet sein.

Wir wollen hohe soziale und ökologische Standards für alle Produkte und Dienstleistungen. Wirksamer Verbraucherschutz braucht handlungsfähige und durchsetzungskräftige öffentliche Institutionen sowie starke, finanziell gut ausgestattete Verbraucherorganisationen. Gleichzeitig setzen wir uns für die Rekommunalisierung bereits privatisierter Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge ein.

Was tun?

- *Zentrale Infrastruktur der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand betreiben.*
- *Sozialtarife im Energiebereich.*
- *Flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen als gesetzlichen Mindeststandard.*
- *Kosten bei Dispokrediten und beim Abheben am Geldautomaten senken.*
- *Barrierefreie Planungen in allen Bereichen sowie die Beseitigung bestehender Barrieren.*
- *Herkunft und Zusammensetzung von Lebensmitteln transparent machen.*
- *Anbau gentechnisch veränderte Lebensmittel muss verbieten.*
- *Gaststätten gesetzlich zu verpflichten, Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen am Eingang auszuhängen.*

6. Mehr Demokratie: Wahlrecht erweitern, Bürgerentscheide vereinfachen

Für einen Politikwechsel hin zu mehr Gerechtigkeit reicht eine starke LINKE im Parlament nicht aus. Für uns ist klar, dass es eine starke soziale Bewegung und den Druck der Bevölkerung braucht, damit sich die Verhältnisse ändern. Demokratie und Mitbestimmung dürfen sich deshalb nicht in Parlamentswahlen erschöpfen. Wir wollen Menschen ermutigen, selber Entscheidungen zu treffen, Politik vor Ort und

politische Initiativen zu entwickeln. Das geschieht bereits in vielen Kommunen. Wir beteiligen uns vor Ort und auf Landesebene in Bündnissen und Initiativen und setzen uns ein, die Hürden der direkten Demokratie deutlich zu senken.

Bereits 2011 haben wir im Landtag erfolgreich dafür gesorgt, dass die kommunalen Bürgerbegehren einfacher werden und die Abwahl von (Ober-)bürgermeister*innen durch die Bevölkerung möglich ist.

Alle Menschen sollen wählen und mit entscheiden dürfen

In den Parlamenten wird viel über Geflüchtete und über Kinder und Jugendliche geredet. Wir finden es nicht richtig, dass über die Köpfe der Menschen hinweg über Belange entschieden wird, die sie selbst unmittelbar betreffen. Weder eingewanderte noch jüngere Menschen dürfen vom Wahlrecht ausgeschlossen werden.

Bei Wahlen wollen wir eine größtmögliche Beteiligung aller hier dauerhaft lebenden Menschen erreichen und das Wahlalter für alle Wahlen auf höchsten 16 Jahre herabsetzen. Früher 21, heute 18 oder 16 Jahre, das sind alles willkürliche Grenzziehungen. Eine sachliche Begründung, warum man mit 16 eine politische Entscheidung treffen kann und nicht mit 15, gibt es nicht. Wir wollen eine gesellschaftspolitische Debatte darüber, wie Kinder und Jugendliche besser an politischen Entscheidungen beteiligt werden können. Sie wollen und sollen mitreden dürfen, wenn es darum geht, ob wir ihnen eine Welt hinterlassen, in der es noch Energie, Wälder oder sauberes Wasser gibt.

Wir haben konkrete Vorschläge für die ersten Schritte hin zu mehr Beteiligung.

Was tun?

- *Das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken*
- *Bei den Kommunalwahlen den Wähler*innen die Möglichkeit geben, ihre Stimme durch Kumulieren und Panaschieren auf verschiedene Bewerber*innen zu verteilen*
- *Kinder und Jugendliche zwingend beteiligen, wenn ihre Interessen bei kommunalen Planungen oder Vorhaben berührt werden (nach dem Vorbild der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein)*

Bürger*innenbegehren in den Kommunen leichter machen

Die kommunale Demokratie muss gestärkt und ausgebaut werden. Hierfür müssen die Hürden für Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide gesenkt, das Verfahren vereinfacht und die Möglichkeiten, durch Bürger*innenentscheide die Politik in der Kommune bestimmen zu können, erweitert werden.

Was tun?

- *Die Frist, in der Bürger*innenbegehren eingereicht werden können, muss gestrichen werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen Ratsbeschlüsse genau so lange wieder aufheben können wie der Rat dies kann*
- *Die Themenausschlüsse bei Bürger*innenbegehren streichen. Die Bürger*innen sollen über alles entscheiden können, über das auch der Rat entscheiden kann*
- *Der Kostendeckungsvorschlag für Bürger*innenbegehren muss abgeschafft werden*
- *Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide müssen von der Verwaltung aktiv unterstützt werden. Über die formale Zulässigkeit von Bürgerbegehren soll eine Vorprüfung erfolgen*
- *Eine unabhängige Beratung der Menschen, die ein Bürger*innenbegehren starten wollen, gewährleisten*
- *Eine*n Landesbeauftragte*n für direkte Demokratie berufen*
- *Die Abstimmung per Brief muss portofrei sein*
- *Es müssen genügend Abstimmungslokale zur Verfügung stehen*

- *Mehrere Bürger*innenentscheide sollten wenn möglich an einem Tag stattfinden und/oder mit Wahlen zusammengelegt werden, damit mehr Menschen zur Abstimmung gehen*
- *Bei wichtigen Themen wie der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge bzw. wesentlichen Veräußerungen öffentlichen Eigentums sollen obligatorische (also verpflichtende) Bürger*innenentscheide stattfinden*
- *Einführung und Ausbau von Beteiligungshaushalten durch Einwohner*innenbeteiligung bei Aufstellung, Rechenschaftslegung und Prioritätensetzung der Ausgaben durch Versammlungen und Voten sowie die Nutzung des Internets*
- *Auch unterhalb des Bürger*innenbegehrens müssen durch verpflichtende Einwohner*innenbefragungen die kommunalen Mitwirkungsmöglichkeiten gestärkt werden*
- *Nicht nur in den Kommunen, auch im Land muss direkte Demokratie verwirklicht werden*
- *Die Unterschriftenhürde für die Volksinitiative soll auf 30 000 Unterschriften gesenkt werden. Eine erfolgreiche Volksinitiative muss automatisch als Zulassungsantrag auf ein Volksbegehren gelten*
- *Das Quorum für die Unterschriften für Volksbegehren soll auf zwei Prozent gesenkt werden*
- *Haushaltswirksame Volksbegehren müssen zugelassen werden*
- *Volksabstimmungen für Verfassungsänderungen sollen verpflichtend eingeführt werden, Bürger*innen müssen bei Verfassungsänderungen die letzte Entscheidung treffen*
- *Unterschriften sollen auch online gesammelt werden können*

Für einen transparenten Landtag

Interessenskonflikte zwischen Abgeordnetenmandat und Unternehmerinteressen müssen wirksamer vermieden werden. Bisher müssen Abgeordnete ihre Nebeneinkünfte nur grob angeben. Wir wollen eine Veröffentlichung auf Euro und Cent sowie die namentliche Nennung aller Geldgeber. Auch Abgeordnete sollen sich am Solidarsystem beteiligen und für ihre Altersversorgung verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.

Der Einfluss von Lobbyist*innen auf das Parlament muss sichtbar gemacht werden. Dazu braucht es ein verpflichtendes und sanktionsbewehrtes Lobbyregister.

Was tun?

- *Nebeneinkünfte von Abgeordneten vollständig veröffentlichen.*
- *Die Abgeordnetenversorgung in die gesetzliche Rentenversicherung überführen.*
- *Ein verpflichtendes und sanktionsbewehrtes Register für Lobbyist*innen einführen.*
- *Karenzzeit für Minister*innen: Statt der bestehenden Anzeigepflicht muss die Aufnahme einer Beschäftigung genehmigungspflichtig sein.*

7. Laizismus: Staat und Religion konsequent trennen

Wir verteidigen das Recht aller Menschen auf Freiheit des Bekenntnisses zu Weltanschauungen oder Religionen. Wir treten ein für den Schutz weltanschaulicher und religiöser Minderheiten. Das erfordert für uns die institutionelle Trennung von Staat und Glaubensgemeinschaften.

Grundrechte und Arbeitnehmer*innenrechte müssen auch in den Kirchen und Religionsgemeinschaften und deren Einrichtungen Geltung haben, insbesondere das Streikrecht, das Betriebsverfassungsgesetz und das Antidiskriminierungsgesetz.

Was tun?

- *Den Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen umsetzen*
- *Das Erziehungsziel „Ehrfurcht vor Gott“ in Artikel 7 der Landesverfassung und im Schulgesetz NRW streichen*
- *Die Garantie für den bekenntnisorientierten Religionsunterricht in der Landesverfassung streichen*
- *Alle Träger, die staatliche Mittel erhalten, müssen das Streikrecht, das Betriebsverfassungsgesetz und einen nicht diskriminierenden Umgang mit Arbeitnehmer*innen gewährleisten*
- *Beendigung der Diskriminierung von Konfessionslosen durch kirchliche Arbeitgeber*
- *Das Feiertagsgesetz daraufhin zu überprüfen, inwieweit es zur Wahrung der religiösen Empfindungen der Angehörigen der unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften erforderlich ist. Besondere Regelungen für „stille Feiertage“, etwa das Tanzverbot an Karfreitag, sind zu streichen*
- *Der Austritt aus der Kirche muss kostenlos sein, die bisherige Gebühr von 30 € ist zu streichen*
- *LER (Lebenskunde, Ethik, Religionen) als gemeinsames Schulfach, kein Bekenntnisunterricht an Schulen*
- *Keine öffentliche Finanzierung der Theologie an öffentlichen Universitäten*

Schluss mit der Finanzierung von Kirchentagen aus öffentlichen Mitteln.

VIII. Netzpolitik, Medien und Kunst

In der Digitalisierung sehen wir Chancen für mehr Selbstorganisation und Selbstbestimmung von uns allen. Wir stehen für freien Informationszugang, direktere Vernetzung und mehr demokratische Beteiligungsmöglichkeiten.

Das freie Internet kann nur als öffentliches Gut zum Nutzen aller Menschen funktionieren. Die Netze gehören unter gesellschaftliche Kontrolle und müssen demokratisiert werden. Die Medienvielfalt muss erhalten werden, die zunehmende Monopolbildung bei Medien und Presse beobachten wir mit Sorge.

1. Netzpolitik: Für ein freies Internet, das allen gehört

Wir setzen und gemeinsam mit immer mehr Menschen für ein freies Internet ohne Zensur ein. Ausbauinitiativen und Genossenschaften sollen verstärkt gefördert werden. Freie W-LAN-Angebote wollen wir weiter ausbauen. Beim Breitbandausbau sind wir für den flächendeckenden Ausbau der Glasfasertechnologie. Den Zugang zu digitalen Technologien und zum Internet wollen wir unabhängig vom Einkommen und sozialen Hintergrund ermöglichen.

Das Land ist zuständig für Bildung und hat im Bereich der digitalen Medien bislang viel zu wenig unternommen. Schüler*innen und Student*innen sind heute Digital Natives, sie sind mit dem Internet, mit mobilen Geräten und Apps groß geworden. Sie schauen lieber YouTube als Fernsehen, hören Musik nicht auf Kassette, sondern im Netz. Für einen großen Teil der Lehrer*innen in Schulen, Berufskollegs und Hochschulen ist diese Welt noch weitgehend fremd. Hier brauchen wir eine große Weiterbildungsoffensive im Bereich digitale Medien.

Netzneutralität gesetzlich garantieren

Der Einsatz für Netzneutralität wird ein wesentliches Thema der kommenden Jahre sein. Es geht um die wichtige Frage, ob alle Menschen gleichberechtigt ihre Daten durch die Leitungen schicken können. Schon heute dominieren mächtige Konzerne im Netz und wollen immer mehr bevorzugt auf Datenleitungen zugreifen. Wir brauchen hier dringend gesetzliche Regelungen. Wir wollen das Internet der Menschen, nicht das der Konzerne.

Was tun?

- *Den Glasfaserausbau vorantreiben*
- *Förderung für freie und nicht kommerzielle W-LAN-Angebote wie Freifunk auch für Kommunen öffnen*
- *Netzneutralität für NRW gesetzlich garantieren und Initiative dazu auf Bundesebene*

Dringend für mehr Datenschutz

Wir setzen uns ein für ein verstärktes Angebot und die Nutzung von Open Data. Das Informationsfreiheitsgesetz NRW wollen wir zu einem Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild ausbauen. Staatliche Informationen müssen grundsätzlich in maschinenlesbaren Formaten im Internet auf einer geeigneten Plattform zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für eine Förderung von Open Access an Hochschulen in NRW ein, das Land muss eine stringente Förderstrategie entwickeln und umsetzen.

Der Schutz personenbezogener Daten muss gestärkt werden. Dafür wollen wir das Datenschutzgesetz NRW weiterentwickeln und unnötige Datensammlungen abschaffen.

Was tun?

- *Recht auf Anonymität im Internet und Kontrolle über die eigenen Daten.*
- *Die Landesbeauftrage für Datenschutz und Informationsfreiheit stärken.*
- *Über eine Bundesratsinitiative die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung.*
- *Ein Verbot des Exports von Hard- und Software für Überwachung und/oder Zensur.*

- *Open Source-Projekte zur „digitalen Selbstverteidigung“ unterstützen.*
- *Mit allen staatlichen Stellen eine anonyme, sichere und auf offenen Standards basierende Kommunikation ermöglichen.*

Jetzt aber schnell: Weiterbildung in digitaler Kommunikation

Die neuen Medien und die damit verbundene Digitalisierung prägen die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler. In diesem Bereich darf das Feld nicht privaten Unternehmen, Verlagen und Bildungsanbietern überlassen werden. Wir setzen uns für die Nutzung und die Erstellung offener Lehr- und Lernmaterialien (Open Educational Ressources, OER) sowie den Einsatz von Open-Source Software ein.

Digitale Angebote sind intuitiv, ohne Vorwissen, nutzbar. Den verantwortungsbewussten Umgang mit Medien müssen Kinder und Jugendliche aber erlernen. In der Schule muss Medienbildung stärker vermittelt werden, dazu zählen Medienkritik, Medienkunde und Mediengestaltung. Unter anderem sind Datenschutz und Privatsphäre, Cyber-Mobbing und Netiquette sowie digitale Bürgerrechte und Demokratie in Zeiten des Internets zu thematisieren. Die Vermittlung von Medienkompetenz kann aber nicht auf die Schule beschränkt sein, sondern muss auch an den Hochschulen und in der Weiterbildung berücksichtigt werden.

Was tun?

- *Medienbildung im Schulunterricht einen größeren Raum zu geben und durch geeignete Angebote auch Eltern einzubeziehen.*
- *Einen wirksamen Jugendschutz durch Löschung illegalen Materials an der Quelle. Keine Netzsperren und Internetzensur.*
- *Die Nutzung freier und quelloffener Software fördern.*
- *Nutzung und Erstellung offener Lehr- und Lernmaterialien (Open Educational Ressources, OER) an Schulen sowie Einsatz von Open-Source Software.*
- *Eine Förderstrategie für Open Access an Hochschulen.*
- *Das Informationsfreiheitsgesetz zu einem Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild ausbauen.*
- *Verwaltungsdaten in offenen Formaten zur Verfügung stellen.*

2. Medien: Die Vielfalt erhalten und Beschäftigte gut bezahlen

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in NRW ist eine der wichtigsten Institutionen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Er hat einen umfassenden Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsauftrag, dem er mit qualitativ hochwertigen Programmen nachkommt. Zu einer vielfältigen Medienlandschaft gehört ein gutes öffentlich-rechtliches Angebot. Dieses gilt es zu erhalten. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollen perspektivisch auf Sponsoring und Werbung verzichten. Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten lehnen wir ab.

Sozialversicherungspflichtige Stellen dürfen nicht durch Werkverträge ersetzt werden.

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch die Haushaltsabgabe ist ungerecht. DIE LINKE setzt sich für eine einkommensabhängige, personengebundene Abgabe ein. Menschen mit geringem Einkommen müssen die Möglichkeit der Befreiung haben, ohne dass ihre Angehörigen mehr zahlen müssen.

Der Bürgerfunk, freie Radios und lokale Fernsehprogramme sind wichtige Bestandteile der Medienlandschaft. Wir wollen sie erhalten und weiter aus Landesmitteln fördern.

Wir wollen das qualitativ hochwertige und differenzierte Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu erhalten.

Was tun?

- *Keine Verschlechterungen für die Beschäftigten beim WDR.*
- *Eine Frauenquote von 50 % im Rundfunkrat des WDR.*
- *Den Rundfunkbeitrag durch eine personengebundene Abgabe ersetzen.*
- *Die Frist von sieben Tagen, nach der Inhalte in den Mediatheken öffentlich-rechtlicher Sender nicht mehr verfügbar sind, abzuschaffen.*
- *Bürgerfunk, freie Radios und lokale Fernsehprogramme weiter fördern.*

3. Kunst und Kultur für uns alle: Schützen, unterstützen und finanzieren

Auch unter den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen wollen wir am Anspruch „Kultur für alle“ festhalten. Kulturelle Selbstverwirklichung und Teilhabe an Kultur dürfen nicht Vorrecht, sondern sollten Möglichkeit für alle sein. Angesichts zunehmender sozialer Ausgrenzung und einer wachsenden Zahl von Menschen, die in Armut leben, wird die Forderung nach uneingeschränkter kultureller Teilhabe immer wichtiger. Die Lebenschancen einer und eines jeden hängen heute vom freien Zugang zu Informationen und Wissen ebenso ab wie von der Möglichkeit sich zu bilden und mit Künsten und Medien umzugehen. Für kulturelle Teilhabe zu streiten ist deshalb Teil unseres sozialen Engagements.

NRW ist ein reiches Kulturland. Dies gilt es nicht nur zu erhalten, sondern weiter auszubauen. Denn die Zukunftsaufgaben der Gesellschaft stellen auch Kunst und Kultur, von der sogenannten „Hochkultur“ bis zum kleinen Kulturhaus vor Ort, vor neue Herausforderungen. Die Bewältigung des demographischen Wandels, die Integration von Migrant*innen und Geflüchteten oder die Entwicklung der Industrie 4.0 sind Aufgaben, denen sich auch die Kultur stellen muss.

Dabei ist für uns klar, Kultur und Kunst benötigen den Schutz des Staates. In der zunehmenden Unterwerfung von Kultur unter ökonomische Zwänge sehen wir eine substanzgefährdende Entwicklung. Wir lehnen es ab, Kunst und Kultur unter einen ökonomischen Legitimationsdruck zu setzen. Wir stehen für eine ausreichende öffentliche Förderung und eine langfristige Sicherung für die Gesamtheit der kulturellen und künstlerischen Bereiche.

Um die reiche Kulturlandschaft NRW zu erhalten, wird in allen Regionen ein breites Kulturangebot benötigt. Dies muss berücksichtigen, dass NRW Einwanderungsland und zunehmend eine multiethnische Gesellschaft ist. Angesichts zunehmender gesellschaftlicher, aber auch kultureller Konflikte in der Welt und unserer Gesellschaft wollen wir den Dialog der Kulturen fördern und vielfältige Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs schaffen. Kulturelle Vielfalt muss auf „Augenhöhe“ miteinander stattfinden.

Kultur ist überall

Kunst soll auch einen Beitrag zur Verständigung unterschiedlicher Kulturen leisten. Deshalb wollen wir eine stärkere Einbeziehung der Künstlerinnen und Künstler aus allen Nationen, die in unserer Mitte leben. Dabei geht es uns nicht einfach um eine finanzielle Förderung migrantischer Kunst, sondern sie muss Bestandteil kultureller und künstlerischer Arbeit vor Ort sein. Nur wenn sie vor Ort als Alltagsbestandteil verstanden und gelebt wird, lassen sich Vorurteile abbauen und gegenseitiges Verständnis entwickeln. Interkultur ist kein Randgebiet.

Kulturelle Bildung findet nicht nur an Schulen statt, sondern auch in Theatern, Kunst – und Musikschulen, Medienwerkstätten, Bibliotheken oder Museen, Kulturhäusern und soziokulturellen Zentren. Kulturelle Einrichtungen und Initiativen sind damit nicht nur Kulturanbieter, sondern auch Lernorte für Demokratie und Dialog, für die Entfaltung von Kreativität und sozialer Kompetenz. Um dem Anspruch gerecht werden zu können, benötigen die kulturellen Einrichtungen dringend mehr Personal für die pädagogische Arbeit. Die Kapazitäten für die kulturpädagogische Arbeit sind deutlich zu erhöhen.

Kultur ist Investition in die Zukunft

Kunst und Kultur gibt es nicht zum Nulltarif. Wir halten es für dringend notwendig, den Kulturetat des Landes unmittelbar wieder mindestens auf die Höhe des Jahres 2012 (200 Millionen) und dann schrittweise auf 0,5 % des Gesamtetats des Landes zu erhöhen.

Rund 80% aller kulturellen Ausgaben werden von den Kommunen geschultert. Angesichts leerer kommunaler Kassen, insbesondere in den Ruhrgebietsgemeinden, wird auch bei Kunst und Kultur gespart, gekürzt, geschlossen. Mancherorts steht die kulturelle Grundversorgung auf der Kippe. Das Kulturfördergesetz NRW bietet zwar Ansätze der Verbindlichkeit der Förderung von Kunst und Kultur, das Land selbst will sich an den Forderungen gegenüber den Kommunen finanziell aber nicht beteiligen. Das kann nicht der richtige Weg sein. Dabei geht es nicht nur um Entlastung der Kommunen, sondern vor allem die Erhöhung der finanziellen Mittel für Kunst und Kultur in NRW. Ohne finanzielle Beteiligung des Landes innerhalb des Kulturfördergesetzes wird die kommunale Kulturpflege und -förderung sowohl in den urbanen Zentren und auch im ländlichen Raum nicht dauerhaft und verlässlich gesichert.

Unabhängig davon gibt es in NRW zahlreiche Förderprogramme von den unterschiedlichsten Institutionen und Ministerien. Kultureinrichtungen vor Ort und die freie Szene haben kaum eine Möglichkeit, diesen Förderdschungel zu durchschauen und die geforderten Auflagen zu erfüllen.

Wir fordern, die verschiedenen Programme zu konzentrieren und die Antragstellung und die Förderungsmöglichkeiten für alle kulturellen Ebenen zu ermöglichen, den Zugang zur Förderung zu erleichtern. Außerdem müssen die Overheadkosten bei diesen Förderprogrammen auf max. 10% der Fördersumme beschränkt werden. Kulturförderung muss auch bei den kulturellen Akteuren ankommen.

Dazu gehört auch eine Entflechtung der Bereiche der Kreativwirtschaft und der verbindlichen Festlegung der Förderinstitutionen.

Die Landschaftsverbände sichern durch ihre Museen und die vielfältige Förderung sowie qualitativ hochwertige Beratung kommunal getragener Kulturarbeit ein gutes, sehr breit gefächertes kulturelles Angebot. Finanziert wird dies im Wesentlichen von den Kommunen über die Landschaftsumlage. DIE LINKE NRW sieht eine institutionelle Förderung der Museen der Landschaftsverbände durch das Land als dringend notwendig an.

Keine Prekarisierung kultureller Arbeitsbedingungen!

Von Kunst und Kultur muss man leben können. Wir wollen Kulturförderung so ausbauen, dass Künstlerinnen und Künstler auch von Ihrer Arbeit leben können. Dies muss Bestandteil von Kulturförderungskriterien werden. Dabei geht es nicht nur um die Höhe von Gehältern oder Honoraren, sondern auch um Verlässlichkeit und Zukunftssicherheit. DIE LINKE tritt auch im künstlerischen Bereich in erster Linie für existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse ein.

Wir Linken haben wir ein klares Bekenntnis zur Freiheit der Kunst und der Kulturproduktion. Sponsoren und Mäzen dürfen keinen bestimmenden Einfluss auf öffentliche Kulturangebote haben. Kunst und Kultur muss nicht nur „Altes“ bewahren, sondern sich auch kritisch mit der Gesellschaft auseinandersetzen können, ohne bei Kulturförderung ausgegrenzt zu werden.

Wissen bewahren und zugänglich machen!

Die Bibliotheken im Land haben eine besondere Bedeutung als Vermittlerin von Informations- und Medienkompetenz, bei der Verbesserung der Leseförderung und als kulturelles Zentrum des unmittelbaren Wohnumfeldes. Hierfür benötigen die Bibliotheken dringend eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung. Auch die Bibliotheken müssen sich den verändernden Bedingungen ihres Umfeldes stellen und entsprechende Angebote entwickeln. Dabei ermuntern wir sie zu einem aktiven Zugehen auf die Menschen in ihrem Stadtteil. Unser Ziel ist es, auch im ländlichen Bereich ein flächendeckendes Angebot abzusichern.

Denkmalschutz ist Landesaufgabe!

In der laufenden Legislaturperiode hat sich die Landespolitik aus dem aktiven Denkmalschutz zurückgezogen, indem die Zuschüsse für den Erhalt von Denkmälern praktisch eingestellt und durch „kostengünstige Darlehen“ ersetzt wurden.

Die negativen Folgen dieser Entscheidung wurden von vielen Seiten fachpolitisch heftig kritisiert. Eine solche Politik gibt das kulturelle Erbe des Landes dem Verfall preis. Das Land ist nicht nur auf der gesetzgeberischen Ebene, sondern auch inhaltlich und materiell für den Denkmalschutz zuständig. Dieser Verantwortung muss es auch nachkommen.

Was tun?

- *Änderung der Gemeindeordnung im Landtag: Kultur zur Pflichtaufgabe machen.*
- *Kostenlosen Eintritt in alle Dauerausstellungen der Landesmuseen ermöglichen.*
- *Arbeitsmöglichkeiten, Ateliers, Ausstellungsmöglichkeiten und mehr Stipendien im Rahmen öffentlicher Kulturförderung schaffen.*
- *Selbstverwaltete Kulturhäuser und soziokulturellen Zentren ohne Einflussnahme der Städte und Kommunen auf die Angebote finanziell fördern.*
- *Unterstützung und Planungssicherheit für die Volkshochschulen garantieren.*
- *Bei der Besetzung von Stellen an Kunsthochschulen und Jurys Frauen stärker berücksichtigen.*
- *Freie Kulturszene gleichwertig zur etablierten Kulturszene öffentlich fördern.*
- *Antirassistische, interkulturelle Angebote mit dem Ziel, Respekt, Toleranz und Vielfalt auszuprägen gezielt fördern.*
- *Förderung der Inklusion beim Zugang und in der Ausübung von Kunst und Kultur.*
- *Musik- und Kunstunterricht als fester Bestandteil des Lehrplanes für alle Schulen.*
- *Wiedereinführung der Zuschüsse für den Denkmalschutz.*
- *Kein Verkauf von Kunstgegenständen durch öffentliche Institutionen.*

IX. Internationale Solidarität

Wir stehen für eine solidarische Weltordnung, die nachhaltige Entwicklungsperspektiven für alle Länder schafft. Frieden ist dafür die wichtigste Voraussetzung. Aber auch ein Ende der Ausbeutung sowie die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards müssen gewährleistet werden.

Die große Weltpolitik fängt zuhause an. Fairer Handel, kritisches Engagement in Bezug auf die Entwicklungsrichtung der EU und Engagement gegen Rüstungsexporte sind nur einige der Arbeitsfelder, in denen wir hier in NRW etwas zu einer besseren Weltordnung beitragen können.

1. Konsequent für Frieden und Abrüstung

DIE LINKE ist eine Friedenspartei. Wir treten für Gewaltfreiheit ein, ob im Inneren von Gesellschaften oder zwischen Staaten. Gemeinsam mit Friedensbewegungen und allen friedensorientierten Partner*innen wollen wir Gewalt vorbeugen und Konflikte zivil lösen. Kriegseinsätze, den Bruch des Völkerrechts, Menschenrechtsverletzungen und militärische Logiken im Umgang mit Konflikten lehnen wir ab.

Unser Leitbild ist die Idee des gerechten Friedens. Es braucht mehr als die bloße Abwesenheit von Gewalt. Frieden gibt es nur, wenn wir soziale, wie ökonomisch und ökologisch nachhaltige Bedingungen schaffen.

Rüstungskonzerne auf zivile Produktion umstellen

Auch in NRW wird an Kriegen und Krisen kräftig verdient. Große Rüstungskonzerne wie Rheinmetall und Thyssen-Krupp haben hier ihren Sitz und exportieren Waffen, militärische Drohnen und andere Rüstungsgüter in alle Welt. Mit Erlaubnis der Bundesregierung werden dabei auch autokratische Regimes beliefert, die gegen die Demokratiebewegungen in ihren Ländern mit brutaler Gewalt und Repression vorgehen.

Jede Waffe findet ihren Krieg, wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, dass weniger Waffen im Umlauf sind, statt immer mehr davon zu produzieren. Deshalb wollen wir die Produktion von Rüstungsunternehmen, erforderlichenfalls im Wege der Vergesellschaftung, auf eine zivile Fertigung umstellen.

Was tun?

- *Ein Verbot von Rüstungsexporten auf Bundesebene.*
- *Die Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung umstellen.*

Urananreicherung beenden, Atomwaffen abziehen

Die Urananreicherungsanlage Gronau stellt Nuklearbrennstoff für Atomkraftwerke her und eignet sich zur Herstellung hochangereicherten Urans für Atomwaffen. Zivile und militärische Nutzung von Atommaterial lassen sich nicht trennen. In Büchel in der Eifel lagern nach wie vor Atombomben der USA und die Bundeswehr übt im Rahmen der atomaren Teilhabe den Abwurf dieser Bomben. Die USA planen, ihre Atomwaffen zu modernisieren.

Wir wollen die Urananreicherung in NRW stilllegen. Atomwaffen müssen vollständig aus NRW abgezogen werden.

Was tun?

- *Die Urananreicherungsanlage in Gronau stillzulegen und ihre Technologie nicht zu verbreiten oder zu verkaufen.*
- *Das sofortige Ende der Atomwaffenstationierung in Büchel und den jeweils nur 30 km von NRW entfernten belgischen Städten Volkel und Kleine-Brogel.*

Umbau von Militäreinrichtungen für zivile Zwecke

NRW beherbergt einige der wichtigsten Militäreinrichtungen in Deutschland. Kalkar und Uedem am Niederrhein sind Ausgangspunkt für Bundeswehr- und NATO-Kriegsführung. Von hier wird der gesamte nordeuropäische Luftraum bis nach Russland überwacht, von Geilenkirchen werden Eurofighter und AWACS-Aufklärungsflugzeuge bis an die russische Grenze herangeführt. Kampfdrohnen, deren Anschaffung in Planung sind, können auch von hier gesteuert werden.

Auf dem Truppenübungsplatz im ostwestfälischen Senne werden Kampfeinsätze geübt. Ausgerechnet in der "Friedensstadt" Münster soll das deutsch-niederländische Korps den Hauptteil der sogenannten NATO-Speerspitze Ost bilden. Diese Eingreiftruppe soll innerhalb weniger Tage in Einsatzbereitschaft versetzt werden können. In der Tomburg-Kaserne in Rheinbach sind die Cyberwar-Spezialisten der Bundeswehr angesiedelt. Die Einheit soll nach der neuen Cyberstrategie der Bundesregierung künftig verstärkt werden. Nicht zuletzt hat das Bundesverteidigungsministerium seinen Sitz auf der Hardthöhe in Bonn.

Was tun?

- *Luftkriegszentren in Kalkar und Uedem schließen.*
- *Entmilitarisierung des Truppenübungsplatzes Senne.*
- *Ende der Beteiligung von Bundeswehreinheiten an der NATO-„Speerspitze Ost“.*
- *Umnutzung aller Bundeswehr- und NATO-Einrichtungen für zivile Zwecke.*

Bundeswehr raus aus Schulen, Jobcentern und anderen Einrichtungen

Durch eine Kooperationsvereinbarung mit dem Schulministerium hat die Bundeswehr in NRW einen bevorrechtigten Zugang zu den Schüler*innen. Anwerbeversuche der Bundeswehr gibt es aber nicht nur hier, sondern auch in Berufskollegs und Arbeitsagenturen, bei Ausbildungsplatzmessen und Jobbörsen und auf den Straßen und Plätzen in NRW. Die Bundeswehr nutzt an dieser Stelle die Perspektivlosigkeit, die Zukunftsangst und die Armut vieler junger Menschen für ihre Rekrutierung aus.

Was tun?

- *Kooperationsvereinbarungen des Landes mit der Bundeswehr sofort aufkündigen.*
- *Bundeswehr raus aus Schulen und zivilen Ämtern, kein Werben fürs Sterben.*

Zivilklausel: Friedliche Forschung an NRW-Hochschulen

Seit 2014 gibt es im NRW-Hochschulgesetz eine Zivilklausel. Damit darf an Hochschulen nicht mehr für Rüstung und Militär geforscht werden. Viele halten sich jedoch nicht an diese Vorgabe. Die Zivilklausel muss konsequent umgesetzt werden. Die Angebote der NRW-Stiftung Umwelt und Entwicklung wollen wir auf friedenspolitische Projekte ausdehnen.

Was tun?

- *Die Zivilklausel konsequent umsetzen.*
- *Ausbau der Friedenswissenschaften an den Hochschulen.*
- *Vergabe von Landesmitteln für Forschungsförderung nur für zivile Vorhaben.*
- *Friedensdienste, internationale Begegnungen und Städtepartnerschaften ausbauen.*

Die Umstellung der Rüstungsindustrie ist möglich

Wer heute im Rüstungsbereich arbeitet, wird bei einer Umstellung auf zivile Produktion nicht arbeitslos werden. Die hochqualifizierten Fachkräfte würden den Fachkräftemangel in der zivilen Industrie lindern. Viele der Rüstungsbetriebe sind Mischkonzerne, die Beschäftigte in zivilen Bereichen weiterbeschäftigen können. In die Forschung, Entwicklung und natürlich den Absatz dieser todbringenden Güter fließen Jahr für Jahr Milliarden aus Steuermitteln. Diese könnten anderweitig eingesetzt werden.

Die Forschung zur Rüstungskonversion, also zur Umstellung von militärischer auf zivile Produktion, soll sowohl mit öffentlichen Geldern als auch durch die betroffene Privatwirtschaft und ihre Verbände finanziert werden.

Was tun?

- *Förderung von Rüstungsforschung und der Herstellung von Rüstungsgütern beenden.*
- *Stattdessen Forschung zur Umstellung militärischer auf zivile Produktion.*
- *Paritätisch besetzte Ausschüsse zur Umstellung auf alternative Produktion.*

Landesprogramm zur Umstellung militärischer Standorte

Militärischen Liegenschaften können kommunal für Wohnraum, Sport, Bildung, Kultur oder Gesundheitseinrichtungen genutzt werden. Möglich ist auch eine wirtschaftliche Nutzung durch die Ansiedlung von produzierendem Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen oder eine touristische Nutzung von Naturreservaten. Die Erfahrung zeigt, dass Kommunen von einer Standortschließung profitieren können, wenn sie sich frühzeitig beteiligen. Kommunen müssen für diese Aufgabe die entsprechende Unterstützung vom Land bekommen.

Was tun?

- *Einrichtung eines Landesamtes für Konversion und Abrüstung.*
- *Vorrang öffentlicher Nachnutzung bei Standortschließungen militärischer Liegenschaften, unter anderem durch ein Vorkaufsrecht für Kommunen.*
- *Konversionsbeauftragte einsetzen, um in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen Konzepte für eine Umwandlung militärischer Flächen und Liegenschaften sowie für die Schaffung alternativer Arbeitsplätze zu erarbeiten.*

3. Nein zur EU der Banken und Konzerne – Nein zu den Freihandelsverträgen

Immer noch werden die EU und ihre Institutionen als Garanten für Frieden und Wohlstand für Alle dargestellt. Doch die Realität sieht anders aus. Unter den europäischen Institutionen werden demokratische Rechte abgeschafft, Militarisierung vorangetrieben und soziale Standards abgebaut.

Die großen europäischen Nationen benutzen die EU und den Euro um die Interessen ihrer Banken und Konzerne durchzusetzen und hinterlassen dabei eine Spur der sozialen Verwüstung in Europa. Griechenlands versuch eine sozialere Politik durchzusetzen und aus der Schuldenspirale auszubrechen wurde hart bestraft, Portugal muss jederzeit mit ähnlichen Maßnahmen rechnen, in Frankreich versucht die neoliberale Sozialdemokratie unter Hollande, eine französische Agenda 2010 umzusetzen und stößt auf die erbitterte Gegenwehr der französischen Arbeiterklasse. Die herrschende Politik der Institutionen ist deutlich: Die Kosten der Krise werden Armen und Mittelschichten aufbürdet, während eine kleine Minderheit immer reicher wird.

Austeritätspolitik

Die starke Industrienation Deutschland dominiert den Euroraum, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. In Ländern wie Griechenland und Italien, Portugal und selbst in Frankreich führte diese Dominanz zur Deindustrialisierungstendenzen. Gerade das Beispiel Griechenland zeigt, dass der Euro und die Europäische Union nicht zu Wohlstand für alle beitragen, sondern die Interessen von Banken und Konzernen im Fokus stehen. Die sogenannten Eurorettungspakete waren nichts weiter als Finanzhilfen für Banken. Bezahlen müssen die arbeitenden Menschen durch einen weiteren Abbau sozialer Standards und Infrastruktur in allen Ländern der Europäischen Union. Nicht nur die Agenda 2010 Politik wird in andere Länder exportiert, sondern auch die Schuldenbremse.

Die Europäische Union steht für sogenannte Austeritätspolitik. Diese in den Mitgliedsstaaten durchzusetzen und zu überwachen, ist derzeit ihre vorrangige Aufgabe. Dies geht einher mit einem

Generalangriff auf die Rechte der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Was in Frankreich unter dem Etikett "Reform des Arbeitsgesetzes" stattfindet, lief vor wenigen Jahren in Italien unter dem Label "Abschaffung des Art.18 des Arbeitsgesetzes", in Deutschland hatte die „Agenda 2010“ einen ähnlichen Effekt und in Griechenland wurden Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften regelrecht liquidiert.

Wir sind solidarisch mit den Kämpfen der Beschäftigten in Deutschland, Griechenland, Italien, Spanien und allen anderen Ländern. Statt einer Politik im Interesse der Konzerne treten wir für soziale und ökologische Standards ein. Wir wollen mit den Menschen, die von der Verarmungspolitik der EU betroffen sind, gemeinsam erfolgreich gegen die herrschende Austeritätspolitik vorgehen.

Es scheint vielleicht so, dass die Wirtschaft in NRW von der deutschen Exportstärke profitiert. Aber tatsächlich leidet NRW unter der jahrelangen Vernachlässigung der Binnenkonjunktur. Löhne und Gehälter in Deutschland wie in NRW blieben weit hinter den Möglichkeiten zurück. Durch die auf europäischer Ebene durchgesetzte Lohndumpingspirale wird der nötige Strukturwandel an Rhein und Ruhr erschwert.

Das Dogma der EU sind die im Lissabon-Vertrag für alle Ewigkeiten festgeschriebenen Marktfreiheiten um jeden Preis: Waren, Kapital, Dienstleistungen oder Arbeitnehmer. Eine notwendige Regulierung dieser Märkte wird abgelehnt.

Europaweite Ausschreibungen ohne ein durch klare soziale Standards abgesichertes Vergaberecht führen zu einem Unterbietungswettbewerb im Kampf um die größten Töpfe. Diese führen zu schlechteren Arbeitsbedingungen und Löhnen. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs gegen den Mindestlohn im Tariftreue- und Vergabegesetz NRW und das Rüffert-Urteil gegen die Vorgabe von Tarifgittern bei Ausschreibungen sind Ausdruck einer EU-Gesetzgebung, die soziale Standards geringer bewertet als die Profitinteressen der Konzerne.

Der Brexit ist nur ein erstes Erdbeben, dessen Ursache eine EU und ein Währungsraum sind, die immer offensichtlicher Europa spalten, statt zu einen. Diese Entwicklung hat in Europa für erhebliche Unruhe gesorgt.

Nein zu TTIP, CETA und TISA

DIE DIENKE. NRW versteht sich als Teil des Widerstands gegen die Durchsetzung der undemokratischen Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA. Denn die Folgen werden auch das Land NRW und seine Kommunen treffen: Entscheidungen von Land und Kommunen können vor internationalen Schiedsgerichten/ Investorengerichten landen, wenn sie die Profitinteressen der Konzerne berühren. Dies betrifft konkret die Politik und das Leben vieler Menschen in NRW: Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge geraten noch stärker unter Ausschreibungsdruck als bisher. Zuschüsse für die öffentliche Daseinsvorsorge werden erschwert und der Liberalisierungsdruck steigt. Kommunale Hoheitsrechte wie die Organisationsfreiheit sind betroffen, dies vor allem aufgrund der weitreichenden Marktzugangs-, Nichtdiskriminierungs- und Investitionsschutzregeln. Maßnahmen der Kommunalpolitik, wie die Steuerung von Gewerbeansiedlungen, der Erhalt von Sparkassen oder der Mieterschutz könnten als TTIP-Verstöße unter Druck geraten. Das Tariftreuegesetz bei der öffentlichen Auftragsvergabe, das mit maßgeblicher Unterstützung der DIE LINKE NRW im nordrhein-westfälischen Landtag verabschiedet werden konnte, stünde zur Disposition. Auch eine Rekommunalisierung des Gesundheitswesens käme unter die Räder, weil internationale Investoren durch die Freihandelsabkommen Bestandsschutz genießen würden. Zusätzlich sind Fracking-Verbot und Kohleausstieg in Gefahr.

CETA und TTIP schützen die 'legitimen Gewinnerwartungen' der Investoren wie es in den Vertragstexten heißt. Nicht geschützt werden die legitimen Erwartungen der Bürger*innen sauberes Trinkwasser trinken zu können oder den Schutz der Erdatmosphäre vor weiterer Erwärmung durch eine ökologische Energiewende mit Wind- und Sonne aufrecht zu erhalten. Jede Form staatlicher oder kommunaler Regulierung steht zur Debatte. Aus diesem Grunde unterstützt DIE LINKE NRW ausdrücklich die

Volksinitiative gegen TTIP und CETA in NRW. Zwingen wir die Landesregierung zu einer klaren Kante gegen diese Abkommen.